

radix

Zeitschrift für eine Ökologische Linke

Nummer 1

Winter 1998/99 (1/98)

Schwerpunkt: EUropa

Lomé-Abkommen

MAI

TierRECHTSbewegung

Grüne

...und vieles mehr

Editorial

Nach längeren Vorbereitungen ist es nun auch hierzulande gelungen eine "Ökologische Linke" zu gründen und mit dieser Zeitschrift "radiX" an die Öffentlichkeit zu treten.

Daß das was hier "Ökologische Linke" heißt sich erst in einem Aufbauprozeß befindet bringt u.a. der Untertitel dieser radiX zum Ausdruck: "Zeitschrift für eine Ökologische Linke" und nicht "Zeitschrift der Ökologischen Linken", denn eine solche wird es erst geben, wenn sich genug Menschen zusammentun um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Wir können dazu einen kleinen Beitrag leisten, mehr nicht. Werdet also selbst aktiv, setzt Euch mit uns in Verbindung und macht - wenn Euch unsere Überlegungen zusagen - einfach bei uns mit. Oder werdet eben sonstwo aktiv... Die Linke wird so sein wie wir sie machen!

Diese Nummer der radiX ist schon einmal unheimlich dick geworden und kosten damit Unmengen an Geld das wir als kleine Gruppe ohne

Förderungen selbst aufstellen müssen. Wenn Ihr uns dabei etwas helfen könnt freuen wir uns über Post mit beigelegten Scheinen, ein Konto wird es erst bei der nächsten Nummer geben. Ein Abo der radiX kostet für 4 Nummern ÖS 100.-, da wir aber auch Portokosten,... haben bitten wir uns doch noch zusätzlich Geld beizulegen.

Da wir bereits völlig überladen waren und mit der drohenden Abschiebung eines kurdischen Revolutionärs ein weiterer notwendiger Text in den letzten Augenblicken dazugekommen ist, fehlt ein gemeinsamer ÖKOLI-Text über "Theorie und Praxis" den wir - da er im Inhalt ziemlich zeitlos ist - das nächste mal nachreichen werden. LeserInnenbriefe haben wir - da das unsere erste Nummer ist - natürlich auch noch nicht, wenn ihr uns aber welche schickt könnt ihr sie im nächsten radiX lesen.

Nun aber Schluß, denn ich muß zur Anti-EU-Gipfel-Demo.....

Euer XXX

INFOLADEN

INFOLADEN

Juze Z6/ Dreiehligenstr. 9/ 6020 Ibk
Öffnungszeiten: Mi und Fr, 18⁰⁰ - 20⁰⁰

**Zeitungen, Bücher, Broschüren, Tonträger
(CD,LP,Tapes), Graffitistuff(Caps,Dosen,
Magazine), Aufkleber, T-Shirts u.v.m.**

Theorie...

Infos und Materialien zu:
Antifa/Faschismus
Feminismus/Sexismus
Tierrechte
Graffiti
Anarchismus
Repression
Internationalismus



... und Praxis

wann ist was los:
-Veranstaltungen
-Demos
-Konzerte
-Aktionen

Außerdem haben wir zu all diesen Themen ein Archiv. Weiters gibt es die Möglichkeit, die im Infoladen verkauften Produkte auch über unseren Mailorder zu erhalten. Bestellungen an: Grauzone/Pf 705/6021 Ibk.

Impressum:

Verleger, Herausgeber und Hersteller:
Ökologische Linke (ÖKOLI), Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien

Redaktion: ebendort;

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Die radiX befindet sich zu 100% im Eigentum der Politischen Partei Ökologische Linke (ÖKOLI) und wird vom Exekutivkomitee derselben herausgegeben. Grundsätzliche Richtung lt. Satzungen der Politischen Partei "Ökologische Linke" (ÖKOLI): Die Ökologische Linke strebt eine herrschaftsfreie, ökologische, radikaldemokratische Gesellschaft ohne Krieg, Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Kapitalismus, Sexismus und Militarismus an.

**ALLE MENSCHEN
SIND
AUSLANDER/INNEN
- FAST ÜBERALL**

**10
JAHRE
TATblatt**

**Bestelladresse: 1100 Wien,
Wielandgasse 2-4/414, e-mail:
TATblatt@blackbox.at
Konto: PSK 92037311 (lautend
auf Verein "Infrastruktur")
* drei Probenummern sind gratis
(für alle, die noch kein
(Probe)Abo hatten)
* 10-Nummern-Abo: 180,-
20-Nummern-Abo: 350,-
20-Nummern-Förder-Abo: 700,-**

Die Festung Europa schließt ihre Pforten

Ein Aspekt EUropäischer Politik entlarvt die EU immer mehr als Zusammenschluß des reichen „christlichen Abendlandes“ gegen den Armen Süden: Die Schaffung eines Machtblockes mit dichten Grenzen, für alle, die nicht zu diesem EUropa gehören.

Nicht erst mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Schengen - der uns statt Grenzkontrollen an den Grenzen zu Italien und Deutschland eben solche Kontrollen im Zug von Vorarlberg nach Wien, sowie das Schengener Informationssystem (SIS) als wichtigen Schritt zur polizeilichen Totalüberwachung bescheert hat - wurde klar, daß dieses neue EUropa keinen Platz für Menschen aus anderen Teilen dieser Welt hat.

Asylbestimmungen werden verschärft

Bereits zuvor wurden Asylbestimmungen in allen Mitgliedsstaaten verschärft, Drittstaatsklauseln eingeführt und so das Recht auf Asyl immer mehr ausgehöhlt. Staaten, die eine etwas liberalere Flüchtlingspolitik verfolgten - wie etwa Italien, das Schiffen mit Kurdischen Flüchtlingen die Landung erlaubte - kommen schon seit Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik von noch restriktiveren EU-Staaten wie etwa Deutschland oder Österreich.

Bereits seit einigen Jahren gilt die Regelung, daß Flüchtlinge, deren Asylantrag in einem EU-Staat abgelehnt wurde, einen solchen in keinem anderen mehr stellen dürfen. Asyl von EU-BürgerInnen in einem anderen EU-Staat - etwa von Baskischen UnabhängigkeitskämpferInnen aus Spanien - sind sowieso schon längst ausgeschlossen, und die letzten Jahre werden auch immer mehr solcher Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer abgeschoben.

Aber nicht nur nach Spanien wird abgeschoben. Jedes Jahr werden hunderte Flüchtlinge in solch vorbildliche Staaten wie die Türkei (Kurdistan), den Sudan, Sri Lanka oder Peru zurückbefördert. Auch aus Österreich werden immer wieder Menschen direkt in die Haft, Folter oder den Tod geschickt.

Mitte September dieses Jahres wurde sogar bekannt, daß eine zwanzigjährige Asylwerberin aus Nigeria sogar schon bei der Abschiebung selbst von den belgischen Sicherheitskräften die sie nach Nigeria abschieben ermordet wurde. Die Beamten hatten sie mit einem Kopfkissen gewürgt, daß sie wenig später an einer Hirnblutung im Spital verschied. Der Vorgesetzte der professionellen Abschieber meinte dazu nur, seine Beamten hätten die Order panisch gewordene Abgeschobene „mit

einem Kopfkissen zu beruhigen“ (ARTE, 1998)

Österreich als Vorreiter der Festungspolitik

Der Österreichische EU-Vorsitz "bereicherte" die Debatte um weitere Verschärfungen der Asylbestimmungen um das "Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik", das der Österreichische EU-Vorsitz im Juli den EU-InnenministerInnen vorlegte. Darin wird bereits ganz offen die Genfer Flüchtlingskonvention zur Debatte gestellt. Die Grenzen sollen noch dichter werden, Abschiebungen in "sichere Drittstaaten" noch leichter.

Punkt 69 des Österreichischen Papieres hält etwa fest, es wäre *"notwendig, bilaterale Verträge abzuschließen, die die Rücknahme eigener Staatsangehöriger sicherstellen, wobei die Beweislast der Staatsangehörigkeit nicht allein beim Abschiebungsstaat liegen sollte, sondern objektivierbare Mittel der Glaubhaftmachung genügen müssen."*

Punkt 107 stellt klar, daß Flüchtlinge die nicht direkt aus dem Verfolgerstaat kommen in der EU nichts zu suchen haben und nicht einmal laufende Asylanträge künftig eine Abschiebung verhindern können sollten: *"Die Rücknahme zwischen Transitstaaten muß unabhängig von der Einbringung von Individualanträgen des Betroffenen erfolgen, sonst hat es der einzelne in der Hand, aufgrund der aufschiebenden Wirkung von Anträgen die völkerrechtlichen Vereinbarungen außer Kraft zu setzen."*

Bereits jetzt müssen AusländerInnen beim ersten Behördenkontakt in der EU sich zwingend Fingerabdrücke nehmen lassen. Das Österreichische "Strategiepapier" hätte sogar vorgesehen, daß die Herkunftstaaten von "illegalen Auswanderern" dazu "gebracht werden müssen, leistungsfähige Fingerprintdateien anzulegen". (VÖLKER, 1998)

Dieses Papier war selbst den anderen EU-Innenminister (noch) zu xenophob und wurde vorerst zur weiteren Diskussion verwiesen. Wie schnell jedoch "die Zeit reif" sein kann für weitere Verschärfungen haben die vergangenen Jahre gezeigt. Nach kurzer Empörung der "humanistischen Öffentlichkeit" wurde noch jede Verschärfung des Asylrechtes durchgesetzt.

Feindbild Islam

Wie jeder sich neubildende Nationalstaat benötigt auch die EU als Supernationalstaat ein einigendes Band. Solche einigende Bänder sind mit Vorliebe Feindbilder nach außen, die von den internen Problemen und Widersprüchen ablenken sollen und gleichzeitig eine Argumentationsbasis für ein starkes Militär samt Rüstungsindustrie nach außen und Überwachung und Polizeistaat nach innen liefern.

In Europa wird seit dem Wegfall des Feindbildes „kommunistischer Ostblock“ wieder immer mehr auf das alte Feindbild des „christlichen Abendlandes“, den Islam, Bezug genommen.

Die Kreation oder Restauration dieses Feindbildes Islam stößt dabei auf eine gewaltige Resonanz, die kein anderes Feindbild erreichen hätte können. Von FaschistInnen und RassistInnen, die um die „Reinerhaltung“ diversester vermeintlicher Europäischer Nationen, Rassen oder anderer Konstrukte bemüht sind, über Konservative (und) Christen, denen es um die Erhaltung des „christlichen Abendlandes“ geht, Liberalen, denen die Erhaltung der „westlichen Demokratie“ ein Herzensanliegen ist, bis zu großen Teilen der Linken und des Feminismus, denen die „frauenfeindlichen Moslems“ mit ihrem „islamischen Fundamentalismus“ auch mehr als nur suspekt sind, sind fast alle vom neuen alten Feind begeistert.

So machen sich auch Gruppierungen Sorgen um die Europäische Kultur, die vor nicht allzulanger Zeit noch für „offene Grenzen“ eingetreten sind. So meint etwa Milena Grigorova vom Jugendklub der Bulgarischen Grünen in der Europa-Broschüre der Föderation der Jungen Europäischen Grünen (FJEE) - in der grüne Jugendorganisationen aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Belgien und anderen Europäischen Staaten zusammengeschlossen sind:

"In einer Zeit der kulturellen Krise in Europa sind wir der Meinung, daß die Kultur Europas und die Besonderheiten der nationalen und regionalen Kulturen des Kontinents erhalten werden müssen."

Zu ihren grünen MiteuropäerInnen meint die Grünfunktionärin aus Bulgarien unwidersprochen:

"So werden wir uns näherkommen und feststellen, daß wir tatsächlich die gleichen Wurzeln haben." (GRIGOROVA, 1995: 14)

Bei so viel Zustimmung zur „Europäischen Kultur“ durch die Europäischen Junggrünen, braucht sich wirklich niemand mehr Sorgen darüber machen, daß jemand dieses Konstrukt „Europa“ als solches entlarven würde.

Die Kampagne

In Frankreich wird seit Jahren im Namen des säkularen Staates eine Kampagne gegen die algerische Minderheit im Lande geführt. Kopftuchverbote - die meist nur dazu führten, daß islamische Mädchen die Schulen nicht mehr besuchen - oder Wahlerfolge der Nationalen Front sind dabei nur die Spitze eines Eisberges.

Auch in Deutschland hetzen die bürgerlichen Medien ebenso gegen Muslime wie die auflagenstärkste feministische Zeitschrift „Emma“. Der Staat hilft mit Lehrverboten für islamische Lehrerinnen, die sich ein Kopftuch aufsetzen, nach. Und „Emma“ jubelt auch hier. Ein islamischer Mann dürfte natürlich unterrichten, denn er trägt ja kein Kopftuch. Aber vielleicht kommt zur Ausgleichenden Gerechtigkeit ja auch noch ein Unterrichtsverbot für islamische Männer mit Bart.

Außenpolitisch mischen die Europäischen Staaten immer wieder auf Seiten der US-Machtpolitik im Mittleren Osten mit, beteiligen sich am Krieg gegen den Iraq ebenso wie sie der Bombardierung Afghanistans oder einer Medikamentenfabrik im Sudan durch die USA zuzubeln.

Innerhalb der EU haben islamische Staaten sowieso nichts verloren. So positiv es auch ist, daß ein Staat mit systematischer Folter und einem schmutzigen Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung keinen Platz in der EU hat, so wenig entspricht dieser vorgeschobene Grund den wahren Ursachen für die Ablehnung des Aufnahmeantrags der Türkei in die EU.

Christliches Abendland

Bereits Jahre zuvor hatte sich die konservative Fraktion des EU-Parlaments - die „Europäische Volkspartei“ in der u.a. ÖVP, CDU, Forza Italia, die Spanische Volkspartei, die Britischen Tories,... organisiert sind - offiziell darauf festgelegt, daß kein islamisches Land der EU beitreten dürfe. Aber selbst jene Fraktionen, die sich nicht offiziell auf ein Europa als „christliches Abendland“ festgelegt haben, zählten Albanien, Bosnien oder die Türkei noch nie zu diesem neuen Europa.

Nicht umsonst stellte Kardinal König - das allseits beliebte Aushängeschild für die konservativen wie die modernen KatholikInnen Österreichs - in seinem Artikel für die Festschrift des Außenministeriums zur ersten EU-Präsidentschaft Österreichs erfreut fest:

"Europa ist kein Kontinent aufgrund der geographischen Gegebenheiten wie Afrika, Amerika, Australien oder Asien. Europa ist durch seine Geschichte und Kultur zum selbstständigen Kontinent geworden. [...]"

Christopher Dawson macht in seinem Buch „Making of Europe“ darauf aufmerksam, daß schon in der Zeit des Frankenreiches im nordalpinen Raum jene „Achsen-Drehung der Weltgeschichte“ erfolgte - die vom Mittelmeerbecken der Römerzeit in nordöstliche Richtung führte. Die Soldaten des Karl Martell, die im Jahr 732 in der Schlacht bei Tours und Poitiers die Araber besiegten hießen bereits „Europäer“. Und als Fortsetzung des „Imperium Romanum“ wuchs jene „Civitas Dei“, die in der Kaiserkrönung Karls des Großen in Rom im Jahr 800 als „Pater Europae“ ihren sichtbaren Höhepunkt erfuhr.“ (KÖNIG, 1998: 22)

Bei solch starken Worten verwundert es überhaupt nicht mehr, daß als einer der höchsten Auszeichnungen der Europäischen Union, der in Aachen vergebene Karlspreis fungiert mit welchem sich auch die EU selbst auf den Retter des „Christlichen Abendlandes“ vor den „Muslimischen Horden“ beruft.

Es geht gegen Menschen

Natürlich geht es uns hier nicht um die Verteidigung des Islam oder irgend einer anderen Religion. Die Leidtragenden dieser Kampagne sind aber die Menschen aus islamischen Ländern in Europa und die Bevölkerung in diesen Ländern selbst.

„AusländerInnen“feindlichkeit gepaart mit abendländischem Antiislamismus vermischt sich so zu einer für Menschen aus dem Mittleren Osten oft tödlichen Mischung. Mit dem Argument es handle sich eh nur um „islamische Fundamentalisten“, können Menschen im Sudan oder in Afghanistan bombardiert werden ohne daß irgendwo Kritik laut würde. Die Vernichtung einer Pharmafabrik in einem Land wie dem Sudan bedeutet weiteren Tod für die Menschen in einem von Malaria, Billharziose und anderen Krankheiten heimgesuchten Land.

Daß die USA erst ein Jahr nach dem Ende ihres Krieges gegen den Iraq zugegeben haben, daß der Großteil ihrer Greulpropaganda gegen den Iraq nur eine kriegsnotwendige Propagandalüge war, hat da natürlich keinen gestört. Die UN-Embargo gegen den Iraq, Libyen und den Sudan - unter denen nur die ZivilistInnen der jeweiligen Länder leiden, sich aber noch keine einzige Regierung geändert hat - interessieren schon gar niemanden. Sind ja nur Araber, die da ohne medizinische Versorgung krepieren müssen...

Jedes Europa grenzt aus

Dabei geht es nicht nur um die konkrete Ausformung dieser EU als „Festung EUropa“, sondern um die Frage was denn „Europa“ sein soll. Jedes Konzept eines Europas, das

über den geographischen Begriff einer westasiatischen Halbinsel hinausgeht, ist ein Konzept der Abgrenzung, ein Konzept das dieses Europa eben von jenen Teilen der Welt abgrenzt, die nicht Teil dieses Europas sind, gegen Nordafrika, Asien, den Mittleren Osten,...

Eine radikale Kritik der EU darf also nicht an der Kritik dieser real existierenden EU stehen bleiben und etwa ein „Europa von Unten“ fordern, sondern muß zu einer Kritik jeglichen „Europas“ als politische Einheit kommen. Jeder Nationalstaat grenzt sich nach außen ab und wird zu einer mehr oder weniger starken militärischen und politischen Macht. Ein großer Nationalstaat, etwa ein Europäischer Nationalstaat, wird eben zu einer noch größeren militärischen und politischen Macht, zu einer noch größeren Gefahr für jene Menschen, die davon ausgeschlossen sind.

Armenfeindlichkeit

Neben dem außen- wie innenpolitischen Feindbild Islam herrscht in der Festung EUropa vor Allem eine Mauer gegen Arme. Reiche US-Bürger oder ebenso reiche InvestorInnen aus Japan,... sind in der EU durchaus willkommen. Nicht willkommen sind Menschen aus dem Süden, Arme aus dem Süden.

So stellt sich die EU immer mehr als Zusammenschluß der Reichen heraus, als Raubrittersyndikat, das den vom Trikont geraubten Reichtum mit Zähnen und Klauen gegen die Bevölkerung eben dieses Trikont verteidigt.

Genau dazu dient in Wirklichkeit die „Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik“ der EU, der Ausbau EUropas zu einer Militärmacht, die verstärkten Grenzkontrollen und die Flüchtlingsjagden an der EU-Außengrenze.

An uns allen - den Menschen EUropas und des Südens - wird es liegen, ob der Ausbau dieser „Festung Europa“ gelingen wird oder nicht.

Thomas Schmidinger

Quellenangaben:

ARTE -Nachrichten vom 21.9. 1998

EROPÄISCHE UNION DER RAT: Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik, Bruxelles 1.Juli 1998

GRIGOROVA, Milena: Kultur - Kulturen; in: Europäische Gedanken, eine Publikation der Fédération jeunes écologistes européens (FJEE), Bruxelles 1995

KÖNIG, Franz: Europa sucht seinen Weg; in: Schlüssel Wolfgang (Hg.): AUSTRIA, Zur ersten EU-Präsidentschaft Österreichs 1998, Wien 1998

VÖLKER, Michael: Auf dem Weg zur Polizei-Union; in: Der Standard 31. Oktober/1.November 1998

EU- Umweltpolitik in der Sackgasse?

Zu Beginn der EWG im Jahre 1957 war Umweltschutz noch kein Thema.

Erst bei der Pariser Gipfelkonferenz am 19./20. Oktober 1972 wurde das Thema erstmals behandelt, was zum Beschluß eines „Umwelt-Aktionsprogrammes“ mit der Dauer von 5 Jahren führte.

Bis jetzt gibt es 5 solcher Aktionsprogramme, das letzte wurde ab 1993 gültig und hat u.a. eine gemeinsame Strategie für Verbraucher, Wirtschaft und öffentl. Verwaltung bei den derzeit größten Umweltschädenverursachern zum Ziel: Energie, Verkehr, Tourismus, Industrie und Landwirtschaft.

Erst 1986 wird die Einheitliche Europäische Akte unterzeichnet, die die Geburtsstunde einer EU- Umweltpolitik bedeutet. Ergebnis waren die zwei Umweltartikel der EU, Artikel 130 r-t des EWG- Vertrags und Artikel 100 a.

Laut Artikel 130 r-t obliegt die Einführung strengerer Umweltschutzbestimmungen primär den einzelnen Mitgliedsstaaten. Allerdings dürfen diese Bestimmungen kein „Handelshemmnis“ darstellen oder den Wettbewerb verzerren.

Der Artikel 100 a hingegen ist stärker binnenmarktbezogen und wird im Rat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen.

Wird in der Kommission keine Einigung erzielt, muß der Fall vor den Europäischen Gerichtshof gebracht werden, der schließlich über die Einführung strengerer Umweltschutzmaßnahmen in einem Mitgliedsstaat entscheidet. Das bedeutet, daß die einzelnen Staaten auf nationalstaatlicher Ebene kaum mehr Möglichkeiten als den Artenschutz (Schutzgebiete etc.) haben, um die Wettbewerbsverhältnisse nicht zu gefährden.

Sogar ein von den EU- Umweltministern in Auftrag gegebener Bericht über die Umweltauswirkungen des Binnenmarktes (Task- Force- Bericht; 1989) zeichnet kein schönes Bild der Zukunft (weshalb er wahrscheinlich bis September 1990 unter Verschuß gehalten wurde): „Ohne starken politischen Willen und ohne ein Umdenken in den bisher gültigen Wirtschaftsmechanismen wird der schrankenlose Binnenmarkt mit einem schmutzigen Wachstum verbunden sein. Es muß befürchtet werden, daß die Chance, die ökologischen Belange in die Regelungen des schrankenlosen Binnenmarktes mit einzubeziehen, vertan wird.“

Weltweit gesehen ist die EU für 13% der CO₂-

Emissionen verantwortlich. Diese werden zu 31% von Kraftwerken, zu 26% vom Verkehr und jeweils zu 20% von Industrie und Kleinverbrauchern verursacht.

Die Lösung des Treibhausproblems war zu beschließen, daß bis zum Jahr 2000 die CO₂-Emissionen auf den Stand von 1990 stabilisiert werden sollten. Die Maßnahmen hierfür waren, eine Energie- und CO₂- Abgabe einzuführen, sowie zwei Forschungsprogramme zu initiieren: 1. SAVE: Das Programm zur Steigerung der Energieeffizienz durch verschiedene Energiesparmaßnahmen und Verbesserung der „Energieintensität“ beim Endverbraucher.

2. ALTENER- Programm zur Förderung regenerativer Energien und ordnungspolitischer Maßnahmen im Rahmen des SAVE- Programms. Seit März 1997 ALTENER II für Maßnahmen und Aktionen zur Förderung von erneuerbaren Energieträgern.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten mußten die Maßnahmen erst billigen, was dazu führte, daß sich nun jeder Mitgliedsstaat von den Maßnahmen zurückziehen kann. Über Vorschläge des SAVE- Programms bezüglich Energieeffizienzstandards kann aufgrund von Widerständen gegenüber deren einheitlicher Einführung jeder Mitgliedsstaat selbst entscheiden. Auch genaue Zielwerte und Zeitpläne wurden fallengelassen. Deshalb wurde das SAVE- Programm selbst von der EU-Kommission in seiner Wirksamkeit angezweifelt und das Budget des Aktionsprogrammes ist äußerst beschränkt.

Im Dezember letzten Jahres fand in Kyoto die Klimakonferenz der Vereinten Nationen statt. Die EU spielte dabei eine entscheidende Rolle und schlug vor, den Ausstoß der wichtigsten Treibhausgase bis 2010 gegenüber 1990 um 15% zu senken. Bremsende Mächte waren wieder einmal die USA und Japan. Die EU blieb überraschend standhaft mit ihrem Vorschlag, doch bleibt das Ergebnis der gerade in Buenos Aires stattfindenden Klimakonferenz abzuwarten.

Der EU- Vorschlag war zwar der gewagteste der Konferenz, doch nach Meinung einiger Umweltschutzorganisationen ist es klimapolitisch notwendig, die CO₂- Emissionen um 20% zu reduzieren, und Schätzungen zufolge werden die von der EU ausgestoßenen Treibhausgase trotz (scheinbaren) Bemühungen bis 2010 um 8% zunehmen.

Durch die beiden „Ölkrise“ 1973 und 1979/80 veranlaßt war das erste Ziel der gemeinsamen

Energieprogramme, möglichst wenig von Erdölimporten abhängig zu sein. Die Einsparungen beim Erdölverbrauch sollten durch den Ausbau der Kernenergie und verstärkte Verwendung von Festbrennstoffen ausgeglichen werden.

Auch für die Ware Elektrizität soll der freie Warenverkehr im Binnenmarkt Anwendung finden. Doch trotz SAVE- und ALTENER-Programm bezieht die EU nur rund 6% ihres Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbarer Energien, während die Atomindustrie weiterhin forciert wird. Die Kernenergie wird laut Euratom- Vertrag von den EU- Ländern als „unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt“ betrachtet. Staaten wie Deutschland und Frankreich setzen wie eh und je auf Kernkraftwerke. Frankreichs elektrische Energie kommt zu 80% aus AKWs, die auch finanziell unterstützt werden und europaweit wird mit billigem Atomstrom geworben. Das Argument des „sauberen“, nämlich ohne Emittierung von CO₂ hergestellten, Atomstroms ist inkorrekt. 54 Gramm CO₂ pro im AKW produzierten Kilowattstunde werden indirekt beim Uranabbau, bei der Anreicherung etc. emittiert.

In der EU fallen pro Jahr ca. 2,2 Mrd. Tonnen Abfall an, davon 30 Millionen Tonnen Giftmüll. 1975 wurde eine Richtlinie erlassen, die die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, Abfälle so zu beseitigen, daß keine Gefahren für die menschliche Gesundheit oder Schädigungen der Natur zu erwarten sind. Über Verpackungen und Verpackungsabfälle legte die Kommission 1992 einen Vorschlag vor, der besagt, daß Mitgliedsstaaten 90% aller Verpackungsabfälle verwerten müssen. Allerdings umfaßt diese Verwertung auch die „thermische Nutzung“, sprich Müllverbrennung, bei der zahlreiche giftige Gase frei werden. Weiters gibt es Bestrebungen, „Abfälle“ mit dem Begriff „Ware“ gleichzusetzen, was zu einer Geschäftemacherei mit der Ware Müll führt. Abfallvermeidende bzw. rohstoffsparende Produktionsprozesse stehen nicht zur Debatte.

Im Bereich Wasserschutz gibt es einige Richtlinien, die darauf abzielen, gefährliche Stoffe durch Grenzwerte zu determinieren bzw. zu verringern. Doch an den Ursachen der Wasserverschmutzung wird nicht gerüttelt. So werden zum Beispiel in Portugal von der Zellstoffindustrie ausgedehnte Industrie-Eukalyptuswälder gepflanzt, die im Umkreis von Kilometern den Grundwasserspiegel senken und die Felder der Bauern vertrocknen

lassen, da diese Baumart bis in 20 Meter Tiefe wurzelt und ihr Wasserverbrauch enorm hoch ist.

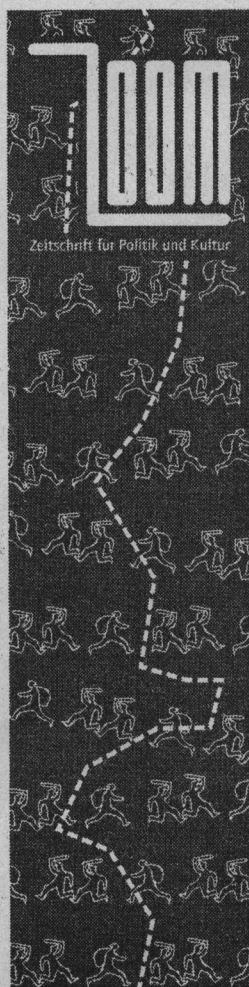
Nun will die EU eine weitere Richtlinie erlassen, die zur Folge hätte, daß es keinen einheitlichen Trinkwasserschutz in der EU mehr gibt.

Das Wasser vergiftet, die Wälder sterben, die Schlöte rauchen, Verkehrslawinen überrollen uns, Atomstrom erhellt die Städte und schlußendlich werden wir unter Abfallbergen begraben.

Um das zu vermeiden, muß endlich eine grundlegende Wandlung Europäischer Umweltpolitik stattfinden, weg vom „Wettbewerbs- und Wachstumsdenken“, hin zu einer umfassenden ökologischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform.

Alicia Allgäuer

(Blümchen Blau, Sternstunden der EU- Umweltpolitik, Projektteam EU- Kritik 1994; one world web Forum Umwelt & Entwicklung)



♦ ZOOM ist die Zeitschrift der ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung. Themenschwerpunkte der ZOOM sind ♦ *Gewalt- und Herrschaftskritik*, insbesondere die kritische ♦ *Analyse der Entwicklung militärischer und polizeilicher Apparate* sowie der ♦ *Politik der EU*. In jüngerer Zeit bemühen wir uns um ♦ *verstärkte theoretische Auseinandersetzung*, um den zum Teil disparaten politischen Bemühungen Diskussions- und Orientierungsmöglichkeiten anbieten zu können.

Ja, das will ich mir genauer ansehen. Ich möchte ein ♦ *kostenloses Probeabo* (die nächsten drei Ausgaben). Dieses Probeabo wird ♦ *nicht automatisch verlängert* – ich werde lediglich zur Verlängerung eingeladen.

Name

Straße

PLZ & Ort

ZOOM • Schottengasse 3a/1/4/59 • 1010 Wien
Fax: ++43-1/532 74 16 • E-Mail: zoom@thing.at

Verkehrte Verkehrspolitik

Das Verkehrsthema stellt ein sehr aktuelles und zukünftig äußerst wichtiges Hauptthema im Umweltbereich dar. Denn auf EU-Ebene hat der Anteil der Verkehrs am Energieverbrauch 30% erreicht.

Verfälschte Verkehrspolitik zeigt sich vor allem bei uns an der Inntal- und Brennerroute am deutlichsten. 95% sind dort dem internationalen Gütertransit zuzurechnen.

An Untersuchungen des Gesundheitszustands der dort hausenden Menschen kann man die Folgen des Verkehrs erkennen. Neben Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Schädigungen des Nervensystems wurde ein vierzig Mal höheres Lungenkrebsrisiko im Vergleich zu einem gering belasteten Vergleichsszenario festgestellt. Entlang der Transitrouten wies die Muttermilch extrem erhöhte Bleiwerte auf.

Auch bleibt die Natur mit Kronenverlichtungen der Bäume im Ausmaß von 75% entlang der Brennerautobahn nicht verschont.

Verkehrszuwächse:

Nach der Studie der "Gruppe Verkehr 2000 Plus" über den "Verkehr in einem sich rasch wandelnden Europa" kommt es zu folgenden Wachstumsraten:

Der Individualverkehr wird in den kommenden Jahren um 70% in Nordeuropa, um 300 bis 500% in Südeuropa und um 1000% in Osteuropa zunehmen.

Der Güterverkehr wird sich bis im Jahre 2010 verdoppelt haben.

Der Luftverkehr wird vom Jahre 1993 bis 2000 das zweifache erreicht haben.

Die Gruppe schlägt zur Lösung dieses Problems weiteren Straßenbau vor. Doch mehr Straßen bedeutet mehr Verkehr, und das wiederum führt zu mehr Straßenbau. Diesem Teufelskreis gilt es zu entkommen.

Ursachen des Verkehrswachstums:

Grund für den enormen Verkehrszuwachs findet sich in der Logik des Binnenmarktes:

Produkte werden dort hergestellt oder teilgefertigt, wo es für die Unternehmen am günstigsten ist (wenig Umweltauflagen, billige Arbeitskräfte). Und verkauft werden die Produkte dort, wo sie den höchsten Gewinn erzielen und die Märkte am größten sind. Auch die Exportstützungen und die problemlose Auslagerung einzelner Produktionsschritte in die verschiedensten Staaten der EU erhöhen zusätzlich die LKW_Fahrten innerhalb der Europäischen Union.

Die Eisenbahn:

Während der Verkehr auf den Straßen unaufhörlich steigt sind im Eisenbahnverkehr keine Steigerungsraten zu verzeichnen. Er wird bis 2010 um 4% abnehmen. 1965 beförderte die Bahn ein Drittel aller Güter in der EU, 1991 war es nur mehr ein Sechstel. Mehr als 150 Jahre Bahngeschichte und fast 40 Jahre EU brachten kein einheitliches Verkehrsnetz mit genormten Rollmaterial zustande.

EU-Verkehrspolitik:

Die EU-Verkehrspolitik ist eine Fortführung der Verkehrspolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten, die ganz auf eine Erweiterung der Kapazitäten des motorisierten Individualverkehrs ausgehen. Auch können Prestige-

Hochleistungszüge nicht hinwegtäuschen auf was die Politik der EU setzt, nämlich Straßenverkehr, PKW, LKW und Motorrad. Über Alternativen wird schon langsam nachgedacht, aber von EU-Seite wird nicht viel dafür getan. Ein Mehr an Verkehrsaufkommen bedeutet ein Mehr an "Wirtschaftswachstum", und nur dieses zählt, nicht die Lebensqualität der Menschen.

Die Transeuropäischen Netze (TEN):

TEN ist ein gigantisches Projekt der EU: 400 Milliarden ECU sollen 1994 bis 2010 in den Bau von 15 000 km Autobahnen, 33 000 km Überlandstraßen, 23 000 km Eisenbahnen (Aus- und Neubaustrecken), Erdgas- und Stromleitungen, in die Erhöhung der Leistungsfähigkeit von 250 Flughäfen, in Verkehrsmanagementstrukturen, sowie ins 12 000 km lange Binnenwasserstraßennetz investiert werden. Rückgrad dieses EU-weiten Verkehrsnetzes bildet das Autobahnnetz, das im Endausbau mit 58 000 km Autobahnen die verschiedenen Teile Europas miteinander verbinden soll. Geplant sind auch noch die Öresundbrücke (Autobahnbrücke über die Ostsee zwischen Dänemark und Schweden) und der Pyrenäentunnel (Autobahntunnel durch die Pyrenäen, um Frankreich und Spanien zu verbinden).

Auch der Alpenraum gehört zu den besonders überlasteten Transiträumen. Der überwiegende Großteil des Transitverkehrs zwischen den deutschen Industrieregionen und der norditalienischen Industrieregion zwischen Mailand und Turin läuft per LKW durch die engen Alpentäler Tirols, Vorarlbergs und der Schweiz.

Wir müssen uns jetzt gegen eine solche Verkehrspolitik zur Wehr setzen, die eben nur auf Wirtschaftswachstum und Gewinne aus ist, und bei der Mensch und Natur wieder einmal auf der Strecke bleiben.

Tina Halbwedel



Arbeitskreis Goldhagen (Hg.)

Goldhagen und Österreich Ganz gewöhnliche Österreicher(Innen) und ein Holocaust- Buch

Die Broschüre zur Rezeption von Daniel Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ in der österreichischen Medienlandschaft. In Deutschland führte das Buch zu heftigen Debatten und zu zahlreichen Publikationen.

Gab es auch in Österreich eine "Goldhagen-Kontroverse"? Erhältlich in ausgewählten Buchhandlungen oder per Versand zum Preis von ATS 60.-/ DM 9.- bei:

AK Goldhagen
c/o Fachschaft Informatik
Treitlstrasse 3
1040 Wien
e-mail: akgoldhagen@swi.ml.org

Vom Tropischen und Nichttropischen Europa

Unter dem Titel "Tropisches Europa" fungieren in der EU die letzten Kolonien der EU-Staaten. Mit dem Ausbau der EU sind auch sie zunehmend von gesamtEuropäischen Interessen gelenkt.

Der Rechtsstatus dieser Kolonien ist dabei ein sehr unterschiedlicher, was sich auch auf ihre Integration in die EU auswirkt. Während z.B. das dänische Grönland die EU mittels Volksabstimmung wieder verlassen hat, sind eine Reihe französischer Besitzungen in der Karibik die letzten Jahre immer mehr zu EU-Außenposten in Lateinamerika geworden. Der Widerstand von Unabhängigkeitsbewegungen dieser letzten Kolonien richtet sich damit auch vermehrt gegen die EU als Gesamtkolonialherr.

"Übersee-Departements" der EU-Staaten

Frankreich besitzt immer noch eine ganze Reihe von Kolonien, die als "Übersee Departments (ÜD)" vollintegrierter Teil Frankreichs sind: Martinique, Guadeloupe und die Hälfte von St. Martin in der Karibik, Französisch-Guyana in Südamerika, sowie Reunion im Indischen Ozean. Ähnliches gilt auch für die portugiesischen Archipele der Azoren und Madeira, sowie für die Spanischen Kanarischen Inseln und Céuta und Melilla, die sich zwar in Afrika befinden, aber trotzdem Teil der EU sind.

Mit dem EU-Binnenmarkt sind auch all diese Überseegebiete voll und ganz dem EU-Kapitalismus ausgeliefert, da sie nun auch zum EU-Binnenmarkt gehören ohne, daß sie je gefragt worden wären ob sie das überhaupt wollen.

Besonders die Bevölkerung in diesen letzten französischen Kolonien wehrt sich aber vielfach gegen die Einbeziehung in den Binnenmarkt. Luc Reinette von der Unabhängigkeitsbewegung von Guadeloupe (Mouvement Populaire pour une Guadeloupe Independante) warnte noch vor der Errichtung des gemeinsamen Marktes und der EU-Erweiterung: "Von 1635 bis 1992 hatten wir einen Kolonialherren, Frankreich. Mit der Einbeziehung in den EU-Binnenmarkt [...] werden wir 12 Kolonialherren haben, die 12 Mitgliedsstaaten der EG" Und weiter meint "Wie soll Guadeloupe, ein armes kleines Land, das nur 1780 Quadratkilometer groß ist und von 387.000 Menschen bewohnt wird in einem Markt überleben, der von 340 Millionen Europäern dominiert wird."

In diversen Kommentaren der EU-BürokratInnen in Brüssel werden den Europäischen Kolonien, besonders jene in der Karibik, oft die Rolle von "Flugzeugträgern" für die EU zugeschrieben. Diese Länder sollen zu passiven Umschlagplätzen der EU degradiert werden. Europäische Firmen kaufen ständig größere Grundstücke auf um dort ihre "Brückenköpfe" für Südamerika hinzubauen. So ging die landwirtschaftlich genutzte Fläche allein in Guadeloupe binnen 10 Jahren von 57.000 Hektar auf 46.000 Hektar zurück. Die Differenz ist Bauland geworden, das sich im Besitz von Immobilienfirmen aus der EU befindet.

Neben Handelsniederlassungen werden dort auch Tourismusprojekte für die reichen EuropäerInnen gebaut. Aufgrund der Niederlassungsfreiheit in der EU können sich wohlhabende EuropäerInnen noch leichter ihre Feriendomizile in der Südsee oder der Karibik errichten und den Einheimischen das Land wegkaufen. Diese können mit den Europäischen KäuferInnen niemals mithalten.

Durch Bodenspekulationen schnellen die Bodenpreise in den Überseedepartements nämlich in die Höhe und sind für die relativ arme Bevölkerung dieser Gebiete unerschwinglich geworden.

Guadeloupe, Martinique und die anderen EU-Kolonien befinden sich mitten in ihrem Ausverkauf. Und mit dem massenhaften Zuzug reicher EuropäerInnen, und sei es auch nur für einige Monate im Jahr, schwappt auch die rassistische Welle Europas in die Karibik über. An Wänden stehen bereits Parolen wie "Neger zurück nach Afrika!"

Auch für die einheimische Landwirtschaft der Überseedepartements bedeutet der EU-Binnenmarkt das bittere Ende.

Grenzposten für die Festung Europa

Die Spanischen Besitzungen Céuta und Melilla üben für die Festung EUropa noch zusätzlich eine wichtige Funktion in der "Flüchtlingsabwehr" aus. Tausende AfrikanerInnen die den Weg bis in diese beiden Spanischen und damit auch EU-Territorien schaffen sitzen dort fest. Wer Céuta und Melilla erreicht hat darf nämlich noch lange nicht auf das Spanische Festland. Um EUropa vor AfrikanerInnen zu beschützen befindet sich zwischen den beiden Spanischen Städten in Afrika und dem eigentlichen Spanien nochmals eine unüberwindliche Grenzkontrolle. Nur wenige schaffen den Weg illegal mit kleinen Booten über das Meer. Die anderen stranden für Jahre in den Elendsvierteln des Europäischen Afrikas oder werden - sofern ihre Staatsangehörigkeit feststellbar ist - von dort gleich weiter nach Marokko oder den jeweiligen afrikanischen Staat abgeschoben.

Die "überseeischen Länder und Gebiete"

Die "Überseeischen Länder und Gebiete" (ÜLG) sind Europäische Kolonien, denen die jeweiligen EU-Staaten sehr unterschiedliche "Selbstverwaltungsrechte" eingeräumt haben. Sie sind nicht direkt Teil des EU-Territoriums, sind aber eng an diese gebunden. Dies betrifft folgende koloniale Gebiete:

+Frankreich: Neu-Kaledonien (Kanaky), Französisch Polynesien, Wallis & Futuna, Mayotte, Saint-Pierre-et-Miquelon

+Groß Britannien: Anguilla, Montserrat, Kaiman-, Turks- und Caicosinseln, Jungferninseln, St. Helena, Sandwich- und Falklandinseln, Pitcairn, Britische Territorien im indischen Ozean

+Niederlande: Aruba, Bonaire, Curacau, St. Eustatius, Sint Maarten, Saba

+Dänemark: Grönland (hat die EU aufgrund einer Volksabstimmung 1985 wieder verlassen und gehört seither zu den überseeischen Gebieten)

Bei diesen Gebieten gibt es große Unterschiede in Fragen der Selbstverwaltung. Die niederländischen Antillen sind auf dem Weg zur Unabhängigkeit und verwalten sich mit Ausnahme in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik selbst.

Die genau entgegengesetzten Verhältnisse herrschen in den französischen Kolonien. Ihre Bewohner gelten als EU-Bürger, obwohl ihr

Territorium nicht zur EU gehört. Das Recht Einfuhrzölle für Waren aus EU-Staaten einzuheben wir ihnen zwar durch den Status "überseeischer Länder" gewährt, aber durch eine andere französische Verordnung verboten. Während diese überseeischen Gebiete zwar alle Produkte der EU-Staaten behandeln müssen als wären sie in der EU, werden alle Produkte der Überseegebiete selbst von der EU wie Importe aus Nicht Mitgliedsstaaten nach den geltenden "Ursprungsregeln" behandelt. Es vereinigen sich für die französischen Überseeländer also in wunderbarer Weise die Nachteile einer Mitgliedschaft, mit den Nachteilen einer Nichtmitgliedschaft, ohne irgendwelche Vorteile zu genießen.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Ausbeutung dieser Gebiete findet auch noch immer eine massive Unterdrückung der Bevölkerung statt. Frankreich benützt das Südseeatoll Muraroa um dort Atomtests zu machen und gefährdet damit auch BewohnerInnen von benachbarten Inseln.

Unabhängigkeitskampf auf Kanaky
Auf der Insel Kanaky (franz. Neu-Kaledonien)

kämpfte Jahrelang eine bewaffnete Befreiungsarmee - die Front de Libération Nationale Kanake et Socialiste FLNKS - um die Unabhängigkeit, die allerdings von Frankreich mit massivster militärischer Gewalt verhindert wurde. Erst 1988 einigten sich loyalistische Kräfte - die sich vor allem aus der großen Anzahl französischer Siedler zusammensetzten - mit der FLNKS und der Französischen Regierung auf eine Volksabstimmung die erst zehn Jahre später, also noch dieses Jahr stattfinden sollte.

Europäischer Trikont

Ansonsten gilt für die Situation der Bevölkerung der letzten Europäischen Kolonien ähnliches wie generell für die Menschen des Südens. Obwohl sie politisch zu Europa gehören sind sie wirtschaftlich Teil des Trikont. Hohe Arbeitslosenzahlen, Slumbildung, Analphabetismus und Massenverelendung sind somit die Realitäten der Massen des "tropischen Europas".

Thomas Schmidinger

Armes und Reiches EUropa

Die EU war von allem Anfang an als Wirtschaftsgemeinschaft konzipiert. Nicht umsonst begann das was sich heute Europäische Union nennt nach dem 2. Weltkrieg mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Von sozialen Rechten auf EUropäischer Ebene war damit nicht die Rede.

Globales Kapital und Nationale Gewerkschaften

Und während sich das Kapital zu immer größeren, stärkeren Einheiten zusammenschloß, sie die EU-Wirtschaftspolitik immer systematischer an den Wünschen des European Roundtable of Industrialists (ERT) - einer Lobby der wichtigsten und größten Konzerne EUropas - orientierte ließen sich die Gewerkschaften der einzelnen EUropäischen Nationalstaaten gegeneinander ausspielen. Während

sich das Kapital längst auf EUropäischer Ebene organisiert hatte, dümpelten die ArbeiterInnenorganisationen weiter auf nationaler Ebene vor sich hin und ließen sich von den jeweiligen Regierungen mit dem Hinweis aus die "Standortfrage" immer leichter unter Kontrolle halten.

Erst Jahrzehnte nachdem sich die Konzerne längst EUropaweit ihre Interessen Organisierten schlossen sich auch die meisten "staatstragenden" Gewerkschaften unter der Führung des ÖGB-Chefs im Europäischen Gewerkschaftsbund zusammen. An der Auspielbarkeit und Zähmheit der einzelnen darin organisierten Gewerkschaften änderte dies jedoch nichts. Während sich die Konzerne längst global organisierten krankt der Widerstand dagegen bereits auf EUropäischer Ebene - von globalen Solidaritäten der Unterdrückten gar nicht zu sprechen. So führte der ökonomische Zusammenschluß zu einem verschärften "Standortwettbewerb" ohne, daß sich

auch der Klassenkampf von unten übernational organisiert hätte. Eine Nivellierung der Sozialstandards nach unten war und ist die Folge dessen, daran ändert auch eine sozialdemokratisierte EU nichts.

EUropäischer Sozialabbau

Unter diesen Bedingungen des geringsten Widerstandes fiel es immer wieder besonders leicht in der gesamten EU die Geschwindigkeit des Sozialabbaus massiv zu erhöhen. Arbeitslosenraten stiegen die letzten Jahre in allen Staaten der EU - teilweise massiv - an. Parallel dazu kommt es überall zum Abbau sozialer Sicherheiten. Auch die letzten Sozialen Netze sind seit einigen Jahren massiv bedroht. Die Argumente es ginge darum den Wirtschaftsstandort zu erhalten oder müsse das Budgetdefizit reduzieren halfen noch manchmal die Bevölkerung ruhigzuhalten.

Proteste

Trotzdem kommt es in anderen EU-Staaten die letzten Jahre wieder verstärkt zu Protesten gegen diese Politik.

Streiks, Massendemonstrationen oder etwa die Arbeitslosenproteste in Frankreich vor einem Jahr deuten darauf hin, daß sich nicht überall die verarmten Massen der LohnarbeiterInnen und Arbeitslosen so viel gefallen lassen wie in Österreich. Und wenn auch keine dieser Bewegungen bisher zu wie auch immer gearteten großen Erfolgen geführt hatte, so zeigte sich bei den Arbeitslosenprotesten doch erstmals wieder die Möglichkeit der Solidarisierung der Ausgebeuteten. Neben den Arbeitslosen schlossen sich schrittweise auch Frauen- und Obdachlosenorganisationen, sowie die ImmigrantInnenorganisation "Sans-Papiers" den Protesten an. Und kaum war es der Regierung gelungen diese Proteste wieder halbwegs abzuwürgen gingen schon die SchülerInnen auf die Straßen.

Trotzdem gelingt es in allen EU-Staaten mit den unterschiedlichsten Argumenten den Sozialabbau voranzutreiben. Neben dem Wirtschaftsstandort und den Budgetdefiziten dienten dazu die letzten zwei Jahre auch vermehrt die Kriterien zur Aufnahme in die Währungsunion.

Ganz normaler Kapitalismus

Die fatale Verschlechterung der sozialen Lage in den EU-Staaten führte zu einer Thematisierung von "Neoliberalismus" und "Globalisierung" in einer breiten Öffentlichkeit. Was zunächst einmal als Sieg verbucht werden kann, könnte bei näherer Betrachtung aber auch ein Boomerang sein.

"Globalisierung" und "Neoliberalismus" sind nämlich nun einmal die logische Weiterentwicklung des Kapitalismus. Es liegt dem kapitalistischen Wirtschaftssystem inne, daß es zu immer größerer Konzentration und damit "Globalisierung" neigt. Die EU also solches ist hier auch nur die logische Fortsetzung der kleinen Nationalstaaten in einen größeren Nationalstaat. Dieser dient vielleicht noch mehr den Kapitalinteressen wie die überschaubareren und eher noch demokratisch kontrollierbaren kleinen europäischen Nationalstaaten - eine fundamentale Änderung stellt er aber nicht dar, sondern nur eine Fortsetzung.

Deshalb muß sich sozialer Widerstand nicht nur gegen die EU oder gegen "Neoliberalismus" oder "Globalisierung" richten, darf er sich nicht in Hetze gegen "Spekulanten" als das personifizierte Böse erschöpfen, sondern muß gegen das System als solches gerichtet sein. Nur die Überwindung des Kapitalismus macht den Weg frei für eine wirklich menschenwürdige Existenz für Alle!

Petra Meier

NEUE BROSCHÜRE - NEUE BROSCHÜRE - NEUE BROSCHÜRE

Der Schoß ist fruchtbar noch...

**NSDAP (1920 - 1933) - FPÖ (1986 - 1998)
Kontinuitäten, Parallelen, Ähnlichkeiten**

Die FPÖ ist die erfolgreichste Partei des modernen Rechts-extremismus in Europa. Bei bundesweiten Wahlen erhält sie mehr als ein Fünftel der Stimmen. Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben immer wieder Forderungen des Haider-Wahlvereins übernommen und als Gesetze beschlossen. Zahlreiche Inhalte der FPÖ sind keinesfalls neu. Die Broschüre setzt sich mit den Parallelen zwischen den Forderungen der FPÖ und jenen der NSDAP der Weimarer Republik auseinander. Auch die Gemeinsamkeiten in der Selbstdarstellung der beiden Parteien werden aufgezeigt. Der Schoß ist fruchtbar noch...

Bestellungen an:

Grünalternative Jugend
Lindengasse 40
A-1070 Wien
e-mail: gaj@ccc.at
Preis: 70 öS/ 10DM

Lieferung nur gegen Vorauszahlung!



NEUE BROSCHÜRE - NEUE BROSCHÜRE - NEUE BROSCHÜRE

“Über sieben Richtlinien zur Gleichberechtigung”

Die Gleichbehandlungsrichtlinien sind neben den (bis dato) vier “Aktionsprogrammen für Chancengleichheit von Frauen und Männern” die wichtigsten Hebel der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union. Bei genauerer Betrachtung wird vor allem eines sichtbar: ihre Unzulänglichkeit.

“Das Buch II”, eine Informationsschrift des Bundeskanzleramtes, informiert auf über 250 Seiten über “Chancen und Risiken” des neuen, vereinten Europa. Ausführlich werden Organe der Europäischen Union, die vier Freiheiten als Grundsäulen des Binnenmarkts sowie 24 ausgewählte Politikbereiche, wobei der Agrar-, Umwelt- und Sozialpolitik der längste Raum zugestanden wird, behandelt. Im Inhaltsverzeichnis läßt sich kein Hinweis auf die Existenz einer - wie auch immer gearteten - Frauenpolitik finden. Einzig im Stichwortverzeichnis wird frau fündig. Unter dem Stichwort “Frauen” werden nun vier Verweise auf Seiten genannt, die allesamt im Kapitel “Arbeit und Soziale Sicherheit ohne Wenn und Aber” zu finden sind. In der Europäischen Union ist Frauenpolitik also identisch mit Sozialpolitik? Dieser Eindruck erfährt beim Lesen der Verweise eine weitere Bestätigung: Thematisch geht es hier um den “gleichberechtigten Zugang zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und zum Arbeitsplatz sowie gleiche Arbeitsbedingungen einschließlich der Entlohnung”¹. Bei aller Gleichbehandlungspolitik aber nicht zu vergessen: “Familiäre Verpflichtungen und berufliche Bestrebungen sollen dabei in Einklang gebracht werden.”²

Ähnliches ist in einer Informationsbroschüre der Bundeswirtschaftskammer zu lesen: In dieser 1993 veröffentlichten Publikation zur “Sozialen Dimension der EG unter Berücksichtigung des EWR” erfahren wir neben Erläuterungen zum Problem der Sonntagsarbeit, Pensions- und Arbeitslosenversicherung auch Näheres zur Gleichbehandlung. Im Kapitel “Der Anpassungsbedarf der österreichischen Rechtsordnung” ist daher zu lesen:

“Gleichbehandlung bedeutet, daß jede auf der Staatsangehörigkeit beruhende unterschiedliche Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten des EWR in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen verboten ist.”³

Daß neben der nationalen Zugehörigkeit auch das Geschlecht eine Kategorie der Diskriminierung ist, scheinen die Herren der Bundeswirtschaftskammer nicht zu wissen. Zur “Ehrenrettung” sei jedoch angefügt, daß auf einer späteren Seite, wo es spezifischer um die Richtlinien geht, unter Gleichbehandlung doch der “Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit”⁴ verstanden wird. Die Frauen Europas haben also noch einmal Glück gehabt!

Enge Definition - beschränkte Wirkung

Dennoch: Frauenpolitik wird hier nicht nur im Namen der Sozialpolitik ausgeführt und ist somit formal nicht existent, auch inhaltlich erlebt sie eine einseitige Begrenzung auf die Erwerbsarbeit: Nicht nur Fragen vielfältigerer Benachteiligung im Erwerbsleben werden ausgeklammert; strukturelle und personale Gewalt, die in allen Lebensbereichen von Frauen existiert, wird erst gar nicht thematisiert.

Dieser Artikel will den Institutionen und (Gleichbehandlungs-)Politiken der EU nachspüren und ihre konkreten Formen sowie ihre Versäumnisse behandeln. Zu diesem Zwecke wird mit der rechtlichen Grundlage der Gleichstellungspolitik, dem Artikel 119 EGV-Vertrag, begonnen. Die inhaltliche Darstellung beschränkt sich auf die sieben verabschiedeten “Gleichbehandlungsrichtlinien”, die ein wesentlicher Ausdruck der von der EU forcierten Gleichbehandlungspolitik am sozio-ökonomischen Sektor sind.

Weiters möchte ich die Ausschüsse und Gremien vorstellen, die sich formal mit frauenfreundlicher Sozialpolitik befassen. Auf ihre Struktur und den daraus resultierenden (begrenzten) Handlungsmöglichkeiten soll anschließend hingewiesen werden. Schließlich soll exemplarisch auf zwei unterschiedliche Ansatzpunkte von

¹Bundeskanzleramt, Staatssekretariat für Integration und Entwicklungszusammenarbeit (Hg.): Das Buch II, Wien 1993, S. 75f.

²Bundeskanzleramt, Staatssekretariat für Integration und Entwicklungszusammenarbeit, ebd., S. 75.

³Bundeswirtschaftskammer: Soziale Dimension der

EG unter Berücksichtigung des EWR, 3. Auflage, Wien 1993, S. 5.

⁴Bundeswirtschaftskammer: Soziale Dimension der EG unter Berücksichtigung des EWR, 3. Auflage, Wien 1993, S. 13.

Kritik an der Gleichbehandlungspolitik eingegangen werden: Ich beginne mit der reformistischen und systemimmanenten Kritik der Österreichischen Frauenlobby, einem informellen Netzwerk, das auf europäischer Ebene als Europäische Frauenlobby auftritt, um "Stimmung zu machen für eine bestimmte Angelegenheit, Politiker/innen dahingehend zu beeinflussen, daß sie bestimmte Interessen vertreten"⁵. Diesem interessenspolitischen Ansatz, der sich treffend mit "Frauenpolitik ist vor allem Verteilungspolitik!"⁶ charakterisieren läßt, soll eine umfassende feministische Kritik gegenübergestellt werden.

Der Gleichbehandlungsgrundsatz Artikel 119 EGV-Vertrag

"Die Gründungsväter der EWG - eine Gründungsmutter war damals nicht dabei - hatten sich bei ihren Beratungen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ihrer Staaten nie den Kopf über die aktuelle oder zukünftige Rolle der Frau zerbrochen."⁷

Die Verankerung der Gleichbehandlung wurde (vielmehr) aus wettbewerbspolitischen Gründen forciert und fand 1957 ihren Niederschlag in den Römischen Verträgen. In diesen Wirtschaftsverträgen zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes wurde die Lohngleichheit für Männer und Frauen festgeschrieben, vor allem aufgrund des Drucks von französischer Seite, da eine Wettbewerbsverzerrung gefürchtet wurde, die sich zum Nachteil für diejenigen Staaten auswirken würde, die Lohngleichheit zumindest ansatzweise verwirklicht hatten. Konkret bedeutet die Gleichheit des Entgelts für Männer und Frauen, daß einerseits "das Entgelt für die gleiche, nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird"⁸, sowie "daß für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist"⁹. In

jüngster Vergangenheit ergaben sich durch den Vertrag von Amsterdam (1997) einige Änderungen für den Artikel 119; so ist er nun um den Grundsatz des gleichen Entgelts bei gleicher und *gleichwertiger* Arbeit sowie um die Möglichkeit der Setzung von positiven Aktionen zugunsten des "unterrepräsentierten Geschlechts" (das können auch Männer sein!) erweitert worden.¹⁰

Dieser Gleichlohnartikel führte laut Hortense Hörburger jedoch jahrelang eine Art "Schattendasein"¹¹, da die EG-Mitgliedsstaaten dem Auftrag zum Abbau der diskriminierenden Bedingungen von sich aus nicht nachkamen. Erst massive Forderungen und Klagen von feministischen Frauen sowie das "Jahr der Frau" (1975) konnten den nationalen Gesetzgebungsprozess (aufgrund der fünf Richtlinien) anregen.

Die sieben Richtlinien zur "erfolgreichen Gleichbehandlung"

Die ersten fünf Richtlinien haben also eine lange Geschichte. Ihre Grundlagen wurden 1975, im "Jahr der Frau", von der EU-Kommission erarbeitet und ab diesem Zeitpunkt vom Rat erlassen. Im Gegensatz zu Verordnungen gelten Richtlinien der EU nicht unmittelbar, sondern bedürfen einer Umwandlung in nationales Recht. Die Wahl der Rechtsmittel ist dem EU-Mitgliedsstaat überlassen, verbindlich sind die Richtlinien hingegen in der Erreichung des vorgegebenen Zieles.

a. Lohngleichheit (1975)

Diese Richtlinie, die die Mitgliedsstaaten aufforderte, innerhalb eines Jahres Gesetze zu erlassen, die Lohngleichheit auch für *gleichwertige* Arbeit garantieren, hat im Prinzip den selben Wirkungsbereich wie schon der Artikel 119. Für Frauen hat sie jedenfalls weder zu einer faktischen gleich hohen Bezahlung wie die ihrer männlichen Arbeitskollegen geführt, noch konnte durch diesen partikulären Eingriff die sozio-ökonomische Situation von Frauen in anderen Lebensbereichen verändert werden. Auch Feministinnen bemängeln das Nicht-Thematisieren der Privatsphäre, in der Frauen maßgeblich die Reproduktionsarbeit leisten:

"In Frage zu stellen ist deshalb, ob die europäische Gleichbehandlungspolitik, die ausdrücklich nur jeweils isolierte

⁵Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz (Hg.): Frauenratgeberin, 5. aktualisierte u. überarbeitete Auflage, Wien 1997, S. 125.

⁶Österreichischer Frauenring (Hg.): Frauenförderung in der EU und in Österreich. Arbeitsmarkt und Qualifikation", Wien 1996, S. 1.

⁷Hörburger, Hortense: Europas Frauen fordern mehr: Die soziale Dimension des EG-Binnenmarktes am Beispiel der spezifischen Auswirkungen für Frauen, Marburg 1991, S. 25.

⁸Hörburger, a.a.O., S. 25.

⁹Hörburger, a.a.O., S. 25.

¹⁰Vgl. dazu: Herda, Helene: "Gleichberechtigung und Chancengleichheit in der EU", in: Floßmann, Ursula (Hg.): Recht, Geschlecht und Gerechtigkeit. Frauenforschung in der Rechtswissenschaft, Linz 1997, S. 63-93, hier: S. 69ff.

¹¹Hörburger, a.a.O., S. 26.

Diskriminierungstatbestände im Erwerbsleben zum Thema ihrer Gleichbehandlungspolitik erhoben hat, überhaupt wirkungsvoll greifen kann.“¹²

b. Zugang zum Beruf (1976)

Der Zugang zu Beschäftigung, Weiterbildung, beruflichem Aufstieg sowie Arbeitsbedingungen werden in dieser Richtlinie ebenfalls nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung geregelt. Verboten sind demnach unmittelbare und mittelbare Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts einer Person. Lediglich „positive Diskriminierung“, als ein Mittel zur Herstellung von gleichen Ausgangsbedingungen für beide Geschlechter, wird gewährt; hierunter fallen auch Schutzbestimmungen für Frauen bei Schwanger- und Mutterschaft. Innerhalb von 30 Monaten waren die EU-Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Ausführung dieser Richtlinie zu schaffen.

Daß freilich einzig diese Richtlinie kein wirksames Instrument gegen die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in der westlichen Gesellschaft ist, davon kann ausgegangen werden.

c. Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Bereich der sozialen Sicherheit (1979)

Diese Richtlinie findet Anwendung auf die gesetzlichen Systeme, die Schutz vor Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Arbeitsunfall und Berufskrankheit bieten sollen und wendet sich sowohl gegen unmittelbare wie auch mittelbare Formen der Diskriminierung. Bei näherer Betrachtung ist zu erkennen, daß auch diese Richtlinie auf die männliche Arbeitsbiographie unserer Gesellschaft zugeschnitten ist: Frauen, die sehr viel öfter als Männer teilzeit- oder geringfügig beschäftigt sind, werden hier nicht miteingeschlossen; ebenso wenig enthält sie Gleichbehandlungsbestimmungen bei Fragen des Mutterschutzes, des Rentenzugangsalters oder bei Familienleistungen. Dieses Beispiel wirft daher die allgemeine Frage auf, ob das Fundament der EU-Gleichstellungspolitik, eben die Forderung nach Gleichheit, nicht schon problematisch ist: Denn ein Begriff von Gleichheit existiert nicht aus sich heraus, sie kann erst „im Messen mit“ bzw. „im Vergleich zu“ erahnt und gefordert werden. In der Gleichstellungspolitik der EU wird daher an der männlich-patriarchalen Norm gemessen, die keine Infragestellung erfährt.

¹²Schunter-Kleemann, Susanne: „Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die Frauenpolitik“, in: Biester, Elke u.a. (Hg.): Das unsichtbare Geschlecht der Europa: Der europäische Einigungsprozess aus feministischer Sicht, Frankfurt/Main - New York 1994, S. 20-38, hier: S. 32.

d. Gleichbehandlung von Frauen und Männern in betrieblichen Systemen sozialer Sicherheit (1986)

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern wird mit dieser Richtlinie auch auf betriebliche soziale Leistungen ausgeweitet. Wie schon bei der dritten Richtlinie, können beispielsweise Teilzeitarbeiterinnen aus diesem Programm herausfallen.

e. Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei selbständiger Erwerbsarbeit (1986)

Selbständig erwerbstätige Frauen sollen mit Hilfe dieser Richtlinie unselbständig Erwerbstätigen im Sozialbereich gleichgestellt werden; dies gilt auch für Frauen, die im Landwirtschaftssektor arbeiten. Weiters enthält dieses Schriftstück Regelungen zum Mutterschutz. Susanne Schunter-Kleemann bezeichnet die Bestimmungen der 5. Richtlinie als „sehr schwach; sie lassen sich als eine Form von 'soft law' an der Grenze zwischen Richtlinie und Empfehlung bewerten.“¹³

f. Mutterschutz (1992)

Ein Mindestmaß von bezahltem Mutterschaftsurlaub von vierzehn Wochen sowie Verbesserungen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen sollen mit dieser Richtlinie erreicht werden.

g. Elternurlaub (1996)

Da vornehmlich Frauen mit Aufgaben von Kindererziehung und Haushaltsführung belastet sind, ist diese Richtlinie ein Versuch, die Entlastung von Frauen zu beschleunigen. Detaillierte Angaben über das Set der Maßnahmen, die dazu führen sollen, konnten nicht in Erfahrung gebracht werden; Helene Herda vertritt die Ansicht, daß dieser „Rahmenvereinbarung über Elternurlaub [...] eine wichtige Signalwirkung [zukommt]“¹⁴. Zu hoffen bleibt, daß dem „Signal“ auch Taten folgen.

Zurück in die Aktschranke!

Vorschläge zur Beschlußfassung von Richtlinien, die zum Thema Teilzeitarbeit, Umkehr der Beweislast und atypischen Beschäftigungsverhältnissen vorbereitet waren, scheiterten auf der Ebene des Ministerrats. In

¹³Schunter-Kleemann, Susanne: „Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die Frauenpolitik“, in: a.a.O., S. 31.

¹⁴ Herda, Helene: „Gleichberechtigung und Chancengleichheit in der EU“, in: a.a.O., S. 73.

“Empfehlungen” und “Mitteilungen” wurden auf der Ebene der Vorberatung zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten folgende Entwürfe abgeschwächt: Frauenarbeitslosigkeit, Gleichbehandlung in der Einkommensbesteuerung, Familienpolitik, Kinderbetreuung, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.¹⁵ Auffällig freilich ist, daß diese genannten Verhinderungen bzw. Abschwächungen allesamt in den 80ern und 90ern von statten gingen. Auch Hörburger bestätigt die These vom “Backlash”:

“In den 80ern ist die europäische Sozial- und Gleichstellungspolitik praktisch zum Stillstand gekommen. Die Gleichbehandlungsrichtlinien, die der Ministerrat in diesem Jahrzehnt noch verabschiedet hat, sind [...] im Grunde nur Ergänzungsrichtlinien zur Gleichbehandlung in den Systemen sozialer Sicherheit.”¹⁶

Die institutionelle Verankerung der Gleichstellungspolitik

Die EU-Gleichstellungspolitik erfährt auf mehreren institutionellen Ebenen eine Verankerung. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Europäische Parlament zu nennen, mit dem ihm angeschlossenen Ständigen Ausschuß für die Rechte der Frau. Vor allem in den 80ern wurden von dieser Stelle aus wichtige Untersuchungen forciert, wie zum Beispiel zu den Themen Prostitution, Kinderbetreuung, Sextourismus, Abtreibungsproblematik, usw.¹⁷ In den meisten Fällen wurden vom Europäischen Parlament Entschließungen dazu verabschiedet, die sich jedoch als unzulängliches realpolitisches Instrument erweisen und bestenfalls als “symbolische Politik”¹⁸ verstanden werden können, da ihnen die Rechtsverbindlichkeit fehlt.

Des weiteren ist im EU-Kommissariat für Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Ausbildung ein Referat für Chancengleichheit angesiedelt. Hierzu sei angemerkt, daß gerade auf Kommissionsebene die europäische Politik entwickelt und zukünftige politische Weichenstellungen entworfen werden. Daher vermissen Feministinnen gerade hier eine wirkungsvolle Institution, die etwa einem Frauenministerium entspricht. Auch die andere, bzw. ergänzende Möglichkeit der Einrichtung von Frauenangelegenheiten als “Querschnittsmaterie” ist nicht realisiert: hierfür müßten alle Kommissariate mit Referaten für Chancengleichheit ausgestattet werden. Dies ist, wie vorhin angeführt, allerdings nur im Kommissariat für

Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Ausbildung der Fall.

Neben diesen Einrichtungen befassen sich auch der Wirtschafts- und Sozialausschuß, der EU-Ministerrat, der Europäische Gerichtshof und der Europäische Sozialfonds fallweise mit Fragen der Gleichbehandlung. Weiters existieren informelle Gremien, die aber lediglich eine Beratungsfunktion auf Kommissionsebene einnehmen: Dazu gehören beispielsweise der Beratende Ausschuß für Frauenfragen, Expertenkreise für Chancengleichheit und Beobachtung der nationalen Familienpolitiken und die Europäische Frauenlobby.

Es ist also ersichtlich, daß die institutionelle Verankerung des Arbeitsfeldes “Diskriminierung von Frauen” sehr eng - und keinesfalls die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen begreifend - gefaßt wurde; daher folgt notgedrungen ein eingeschränkter Diskriminierungsbegriff und eine beschränkte Wirksamkeit einer Politik, die Frauen lediglich als (Problem-)Gruppe am Arbeitsmarkt sieht und die Augen vor den Zusammenhängen von “Öffentlich und Privat” verschließt.

Die Österreichische Frauenlobby: “Frau sein ist mehr”¹⁹ - Aber was genau?

Die österreichische Sektion der Europäischen Frauenlobby, die Frauenorganisationen aus allen 15 Mitgliedsstaaten umfaßt, wurde 1995 von mehreren engagierten Frauen, ebenfalls als autonomer, überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluß von österreichischen Initiativen gegründet. Als Frauenlobby wird versucht, als Interessensgruppe für EU-Frauen auf politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse einzuwirken und sie frauenfreundlich zu gestalten. Die Lobby fungiert hier als Bindeglied zwischen Frauenanliegen der Basis und den EU-Institutionen. Erklärte Ziele der Österreichischen Frauenlobby sind unter anderem die “Einbeziehung von Frauenförderung und Chancengleichheit als integrierenden Bestandteil aller Aktivitäten und Politiken der Europäischen Gemeinschaft”²⁰, Feminisierung der Sprache und die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen. Da sie sich als “Vertreterin der EU-Bürgerinnen” sieht, wünscht sich die Frauenlobby eine gesetzliche Verankerung des Anhörungsrechtes. Man sieht, wie dominierend die Forderung nach Gleichstellung auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist. Eine kritische

¹⁵Vgl. Schunter-Kleemann, ebd., S. 28.

¹⁶Hörburger, a.a.O., S. 34.

¹⁷Vgl. Schunter-Kleemann, a.a.O., S. 24f.

¹⁸Schunter-Kleemann, a.a.O., S. 25.

¹⁹Österreichische Frauenlobby (Hg.): Newsletter, Nr. 1, 1996, S. 20.

²⁰Leupold-Löwenthal, Arlette: “Frauenpolitik und Lobbyismus”, in: Österreichische Frauenlobby (Hg.): Newsletter, Nr. 1, 1996, S. 13-15, hier: S. 13.

Auseinandersetzung mit der Politik der EU wird hingegen kaum gesucht: Hierarchien und Ein- bzw. Ausschließungsmechanismen in Politik und Institutionen der EU werden nicht in Frage gestellt; die Frauen wünschen sich lediglich ein stärkeres Agieren von Frauen innerhalb der bestehenden Organisation. Die Frauenpolitik, die kaum feministische Inhalte hat, ist eine reformistische.

Wiederholt wird in den Publikationen von "den EU-Frauen" gesprochen: Wer also sind diese? In der Masse der "EU-Frauen" sind nämlich nicht alle "EU-Bürgerinnen": Flüchtlingsfrauen, "illegalen" Frauen, Asylbeantragenden und Fremdarbeiterinnen fehlt die Staatsbürgerinnenschaft einer EU-Nation und somit sind sie von vielerlei Freiheiten ausgeschlossen. Der "Newsletter" der Österreichischen Frauenlobby läßt eine Kritik der restriktiven Festung Europa und der Vereinheitlichung der Fremden- und Asylgesetze, der Österreich mit der Unterzeichnung des Schengener Vertragswerkes zugestimmt hat, vermissen.

Feministische Kritik

"Mit dem Aufbau des neuen Europa wird von vorneherein ein Widerspruch konstruiert, der sich auch für Europa selbst nachhaltig auswirken wird. Vor diesem Hintergrund ist die Demokratie, die von dem Prinzip der Gleichheit aller Menschen (Frauen und Männer) ausgeht, hier in Frage zu stellen. Denn diese Demokratie bezieht sich nur auf einen Teil der Bevölkerung, die als 'Bürger' definiert werden, die anderen, die 'Fremden' bleiben außen vor. Hier wird deutlich, daß die Demokratie in Europa nur eine geteilte Demokratie ist: Sie geht von Gleichheit nur eines Teils der Bevölkerung aus."²¹

Vor diesem Hintergrund muß die Forderung der Österreichischen Frauenlobby nach mehr Partizipation der Bürgerinnen im gegebenen System problematisiert werden. Eine feministische Kritik darf sich nicht darin erschöpfen, lediglich Verbesserungen für privilegierte Frauen anzustreben, sondern muß vielmehr aktiv zur Kritik an den europäischen Ein- und Ausschließungsmechanismen jeglicher Art beitragen.

Seit dem Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes 1993 und der Unterzeichnung des Schengener Abkommens von immer mehr europäischen Nationen ist es

²¹Uremovic, Olga: "Über die Vision der Freiheit in Europa. Migration und Frauen-Bewegungen"; in: Uremovic, Olga u. Gundula Oerter (Hg.): Frauen zwischen Grenzen: Rassismus und Nationalismus in der feministischen Diskussion, Frankfurt/ Main - New York 1994, S. 65-73, hier: S. 66.

offensichtlich, mit welcher Vehemenz an der Konstruktion einer einheitlichen europäischen Identität gearbeitet wird, die sich zum westlichen Kulturkreis zugehörig fühlt, und deren Grenzen nicht nur geographisch, sondern vor allem entlang von Nation, "Rasse" und Religion verlaufen. Nicht grundlos ist in Medien und Politik andauernd von "unüberbrückbaren kulturellen Differenzen" und von den leidigen "religiösen FundamentalistInnen" die Rede. Im Gegensatz dazu scheint die "westeuropäische Identität" quasi neutral, ein weißes Blatt, zu sein, Träger der "kulturellen Differenz" sind immer "die Anderen". Im Klima der offensichtlichen Nutzung rassistischer und nationalistischer Diskurse durch die staatliche Politik sowie der selbstverständlichen Demontage feministischer Errungenschaften ist eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit und feministische Kritik am "Europäischen Konsens" vonnöten. Die Forderung nach gleicher Bezahlung, gleichem Zugang zu Ressourcen und ähnlichem ist eine Sache. Doch einzig Stimmen zur realpolitischen Verbesserung der Lebenssituation von EU-Bürgerinnen zu finden, ist keinesfalls als ausreichend zu bewerten, thematisieren sie doch lediglich die Standpunkte von Frauen, die sich als rechtmäßigen Teil dieser "Gemeinschaft" begreifen können, und lassen somit andere Erfahrungen und Unterdrückungsmomente unberücksichtigt. Soll die Kritik eine feministische sein, muß sie das Ansinnen nach Partizipation selbst problematisieren. Ein gleichzeitiger Blick über den Tellerrand Europas sowie langfristige und grundlegendere Perspektiven sind unbedingt erforderlich.

D. Roter-Tasche

**ZÄHNE
ZUSAMMEN
BEISSEN!**



**Lotta
DURA**

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS
UND MEHR

ABONNIEREN!

Lotta Dura erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 36 Seiten. Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Inhalt der 12. Nummer

FREISPRUCH FÜR DIE BAJUWAREN
NATION, „VOLK“ UND BESTIALITÄT!
NOVEMBERPOGROM
STRATEGIEN DER „NEUEN RECHTEN“

Probeexemplar: 20 ATS/ 5 DEM/ 1,808 Euro
4-Nummern-Abo: 100 ATS/ 20 DEM
Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken und zur Sicherheit im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag enthält Begehr, Adresse und Bezahlung und wird mit H. Mader beschriftet und in das zweite Kuvert gesteckt, das mit der Adresse ÖH-GruWi, Postfach 101, A-1096 Wien beschriftet wird.

http://www.nadir.org/nadir/periodika/lotta_dura

Verwendete Literatur/ Zum Weiterlesen:

Biester, Elke u.a. (Hg.): Das unsichtbare Geschlecht der Europa: Der europäische Einigungsprozess aus feministischer Sicht, Frankfurt/ Main - New York 1994.

Brah, Avtar: "Die Neugestaltung Europas. Geschlechtsspezifisch konstruierte Rassismen, Ethnizitäten und Nationalismen in Westeuropa heute", in: Fuchs, Brigitte u. Gabriele Habinger (Hg.): Rassismen & Feminismen: Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen, Wien 1996, S. 24-50.

Bundeskanzleramt, Staatssekretariat für Integration und Entwicklungszusammenarbeit (Hg.): Das Buch II, Wien 1993.

Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz (Hg.): Frauenratgeberin, 5. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wien 1997.

Bundeswirtschaftskammer: Soziale Dimension der EG unter Berücksichtigung des EWR, 3. Auflage, Wien 1993.

Bundeswirtschaftskammer: Institutionen. Europäische Gemeinschaft (EG), Europäische Freihandelszone (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), 4. Auflage, Wien 1993.

Herda, Helene: "Gleichberechtigung und Chancengleichheit in der EU", in: Floßmann, Ursula (Hg.): Recht, Geschlecht und Gerechtigkeit. Frauenforschung in der Rechtswissenschaft, Linz 1997, S. 63-93.

Hervé, Florence (Hg.): Frauenzimmer im Haus Europa, Köln 1991.

Hörburger, Hortense: Europas Frauen fordern mehr: Die soziale Dimension des EG-Binnenmarktes am Beispiel der spezifischen Auswirkungen für Frauen, 2. verbesserte und aktualisierte Auflage, Marburg 1991.

Kirschbaum, Rita-Maria: "Frauen und EG-Recht", in: Aichhorn, Ulrike (Hg.): Frauen & Recht, Wien - New York 1997, S. 253-291.

Leupold-Löwenthal, Arlette: "Frauenpolitik und Lobbyismus", in: Österreichische Frauenlobby (Hg.): Newsletter, Nr. 1, 1996, S. 13-15.

Österreichische Frauenlobby (Hg.): Newsletter, Nr. 1, 1996.

Österreichischer Frauenring (Hg.): Frauenförderung in der EU und in Österreich. Arbeitsmarkt und Qualifikation, Wien 1996.

Schunter-Kleemann, Susanne: "Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die Frauenpolitik", in: Biester, Elke u.a. (Hg.): Das unsichtbare Geschlecht der Europa: Der europäische Einigungsprozess aus feministischer Sicht, Frankfurt/ Main - New York 1994, S. 20-38.

Uremovic, Olga: "Über die Vision der Freiheit in Europa. Migration und Frauen-Bewegungen", in: Uremovic, Olga u. Gundula Oerter (Hg.): Frauen zwischen Grenzen: Rassismus und Nationalismus in der feministischen Diskussion, Frankfurt/ Main - New York 1994, S. 65-73.

ARCHIV BIBLIOTHEK DOKUMENTATION

Informationen über Frauen aus
Afrika
Asien
Lateinamerika

Berggasse 7 ▼ A-1090 Wien
Tel.: (01) 317 40 20-0 ▼ Fax: 317 40 20-355
E-Mail: fsoli@magnet.at
homepage:
http://sus1.xphys.tuwien.ac.at/frida/frauensoli/fs_intro.htm
Mo-Mi: 10-17 ▼ Do: 10-19 ▼ Fr: 9-12



ZEITSCHRIFT vierteljährlich Probeheft anfordern!

Ich bestelle:

- ☐ ein (kostenloses) Probeheft
- ☐ ein Abo (4 Hefte/Jahr) zu 220,- öS
- ☐ Einzelheft Nr. zu 55,- öS
- ☐ Annotierte Bibliographie -
halbjährlich - gratis

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Land:

Datum/Unterschrift:

FRAUEN



SOLIDARITÄT

Das Ende des Lomé Abkommens

1975 unterzeichnete die damalige EG (heute EU) ein Abkommen mit Entwicklungsländern aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (AKP – Staaten). Der sogenannte Lomé – Vertrag wurde von vielen als Meilenstein in der Entwicklungshilfe gefeiert, weil er den „Dritte Welt“ - Staaten einseitige Handelsvorteile gewährte.

Das derzeit gültige Lomé IV – Abkommen läuft im Jahr 2000 aus, und es zeichnet sich eine Trendwende in der Entwicklungspolitik der Europäischen Union in Richtung „Globalisierung“ ab.

Doch zuerst zu den wichtigsten Teilbereichen des Abkommens:

Gemeinsame Organe zwischen der EU und den AKP – Staaten:

Der Lomé – Vertrag sieht gemeinsame Vertretungen zwischen der EU und den AKP – Entwicklungsländern vor. In diesen sind die „Dritte Welt – Länder“ gegenüber der EU „formal gleichberechtigt“, die Gremien werden paritätisch besetzt. Über finanzielle Angelegenheiten entscheiden die europäischen Industriestaaten allerdings alleine, was die „formale Gleichberechtigung“ in einem entscheidenden Punkt (wie werden die bereitgestellten Finanzmittel verwendet?) außer Kraft setzt.

Handelsvorteile für die AKP – Staaten:

Ein wichtiger Schritt in der europäischen Entwicklungshilfe ist die Gewährung von einseitigen Handelsvorteilen für die AKP – Staaten. Diese dürfen bis auf wenige Ausnahmen sämtliche Produkte zoll- und kontingentsfrei in den europäischen Binnenmarkt exportieren, was ihnen nicht zu unterschätzende Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Produkten bietet. Doch genau diese wichtige Regelung ist durch die Neuverhandlung des Abkommens gefährdet.

Strukturanpassung:

Negative Auswirkungen durch IWF- und Weltbankauflagen sollen abgeschwächt und soziale Spannungen durch Massenentlassungen und Haushaltssanierungen verhindert werden. Die EU stellt hierfür einen größeren Finanzbetrag zur Verfügung.

Finanzielle Förderungen durch die EU:

Für die Jahre 1990 bis 1995 stellte die EU 12.000 Mio. ECU für das Lomé - Abkommen zur Verfügung. Für den Zeitraum von 1996 bis

ins Jahr 2000 steigerte sich dieser Betrag auf 14.625 Mio. ECU. Dies ist im internationalen Vergleich gesehen eine staatliche Summe, reicht allerdings bei weitem nicht zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der durch niedrige Rohstoffpreise ausgebeuteten Entwicklungsländer aus. Mit dem „**Stabex**“ – Programm werden von der EU Exportausfälle von AKP – Ländern im Agrarbereich stabilisiert, indem diese Staaten „Ausgleichszahlungen“ für sinkende Rohstoffpreise erhalten. Die bereitgestellten Mittel können jedoch erst seit Mitte dieses Jahrzehnts die sinkenden Weltmarktpreise ausgleichen. Ein weiteres Förderungsinstrument ist „**Sysmin**“, mit dem die rohstoffarme EU die Stilllegung von unprofitablen Minen verhindern will, um den eigenen Rohstoffnachschub nicht zu gefährden.

Demokratisierung und Menschenrechte:

In das derzeit gültige Lomé IV - Abkommen wurden auch diese beiden Punkte aufgenommen. So kann das Abkommen für Staaten, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen vorkommen, außer Kraft gesetzt werden. Leider überwiegen weiterhin wirtschaftliche Überlegungen seitens der EU, was am Beispiel des durch die nigerianische Militärjunta ermordeten Ken Saro Wiwa ersichtlich ist. Auf Grund des Erdölreichtums Nigerias kam es zu keinen wirtschaftlichen Konsequenzen für das Land.

Zudem enthält das Abkommen weitere Bestimmungen zu Themen wie Umweltschutz, Verschuldung, Abholzung von Tropenwäldern etc.. Der Lomé – Vertrag ist also ein mit beträchtlichen Mitteln ausgestattetes und sehr umfangreiches Entwicklungsprogramm. Doch gerade die Vorteile dieses Modelles (einseitige Handelspräferenzen, großzügige finanzielle Ausstattung...) sind durch die Neuverhandlung des Abkommens gefährdet, und werden wahrscheinlich abgeschafft.

War zu Beginn der achtziger – Jahre die Nahrungsmittelknappheit noch das größte Problem vieler AKP – Staaten, änderte sich

das gegen Ende des Jahrzehntes auf Grund der hohen Verschuldung der AKP – Länder. „Strukturanpassungen“ nahmen nun einen wichtigen Teil in dem Vertragswerk ein. Durch das Ende des Staatskommunismus und die seit einigen Jahren betriebene Globalisierung (vgl. GATT, WTO, MAI...) änderte sich die Zielsetzung des Abkommens: als wichtigster Punkt gilt nun die „Weltmarktintegration“ der AKP – Entwicklungsländer. Nachdem sie jahrzehntelang ausgebeutet und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung durch niedrige Rohstoffpreise und die fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten verhindert wurde, sollen sie nun großzügig in die kapitalistische Weltordnung integriert werden?

Die Globalisierung kommt „den Stärksten zugute“, heißt es selbst in einer Broschüre der Europäischen Kommission. Durch die bedingungslose „Weltmarktintegration“ der Entwicklungsländer erhofft sich die EU Vorteile – nämlich neue Absatzmärkte für europäische Produkte: „...da sich ihnen (den EU – Staaten, Anm.) damit gleichzeitig neue Absatzmärkte für ihre Ausfuhren erschließen und bessere Investitionsmöglichkeiten (vgl. dazu MAI, Anm.) bieten.“¹

Rohstoffarme Entwicklungsländer, die von kapitalistischen Verwertungsinteressen unbeachtet bleiben, werden dabei nicht in den Weltmarkt integriert, sondern von diesem erst recht ausgeschlossen. Denn warum sollte ein EU – Land in einem AKP – Staat investieren, wenn er dies z.B. in Südostasien zu besseren Bedingungen tun könnte? Gerade deswegen sind die einseitigen Handelszugeständnisse durch die EU ein Vorteil für die bevorzugten Staaten (derzeit 71 AKP – Staaten, unter ihnen auch die ärmsten Staaten der Welt), da sie zollfrei in einen 360 Millionen Menschen umfassenden „Absatzmarkt“ exportieren können.

Doch seitens der Europäischen Union zeichnet sich eine dramatische Trendwende in der Entwicklungspolitik ab: Statt einseitiger Handelsvorteile sollen **Freihandelszonen** eingeführt werden. Das bedeutet, daß die wirtschaftlich starke EU zu den selben Bedingungen in ein Entwicklungsland exportieren kann, wie ein wirtschaftlich schwacher „Dritte - Welt - Staat“ in die EU! Solche Freihandelszonen zwischen einem reichen einem armen Staat nützen in erster Linie dem wirtschaftlich Stärkeren (vgl. GATT – Freihandelszone zwischen Canada, der USA und Mexiko).

Bereits bei den Verhandlungen zu Südafrikas Lomé – Beitritt zeichnete sich diese Änderung der EU Entwicklungshilfe ab. Anstatt der Aufnahme in das Lomé – Abkommen wurde dem ehemaligen Apartheidland ein „Teilbeitritt“ (ohne Finanzhilfe und Handelsvorteile...) zusammen mit einem Freihandelsabkommen gewährt. Dieses Freihandelsabkommen sieht den gegenseitigen Abbau von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen vor. Dies dürfte auch das Ergebnis der Lomé – Verhandlungen werden, die im September 1998 begonnen haben. Die EU steht unter Druck ein Vertragswerk abzuschließen, das den Bestimmungen der Welthandelsorganisation WTO nicht widerspricht. Freihandelszonen führen allerdings nicht zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des schwächeren Partners – sie behindern sie eher. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten läßt sich nur durch einen fairen Welthandel zwischen den auf Rohstoffexport angewiesenen „Dritte - Welt – Länder“ und den Industriegüter exportierenden reichen Staaten dieser Erde erreichen. Solange ein Gutteil der erwirtschafteten Finanzmittel der Entwicklungsländer allerdings als Zinszahlungen in die Industriestaaten zurückfließen, werden diese zum Aufbau einer lebensfähigen Wirtschaft fehlen.

Die europäische Entwicklungspolitik auf dem Weg ins nächste Jahrtausend stellt leider einen Schritt zurück dar. Anstelle weiterer wirtschaftlicher Hilfe sollen die Bedingungen für die ärmsten Staaten dieser Erde unter dem Vorwand der Globalisierung sogar noch verschlechtert werden. Arme und wirtschaftlich schwache Entwicklungsländer werden vom weltweiten freien Warenverkehr jedenfalls nicht profitieren. Kapitalismus pur macht 's möglich.

Daniel Bundschuh

¹ Vgl. Broschüre der Europäischen Kommission: Das IV. Abkommen von Lomé nach der Halbzeitüberprüfung. Änderungen und Aussichten, Brüssel 1996.

MAI - die Perfektionierung des kapitalistischen Systems

Was ist das MAI?

Das MAI (=Multilaterales Abkommen über Investitionen) ist ein Abkommen, welches seit Mai 1995 - also seit mehr als 3 Jahren - in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der die 29 reichsten Industrieländer (auch Österreich!) angehören, verhandelt wird. Die Ziele des MAI sind laut OECD der Schutz und die Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen (ADI) sowie ein verpflichtender Streitbeilegungsmechanismus.¹ Was das im Endeffekt bedeutet, wird im folgenden behandelt werden.

Da das MAI bis vor wenigen Monaten im Geheimen verhandelt wurde und auch heute noch die wenigsten davon wissen, liegt bisher wenig Literatur über dieses Thema vor. Nun kommt das erste deutschsprachige Buch zu diesem Thema mit dem Titel "Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen >MAI<. Globalisierung der Konzernherrschaft und was wir dagegen tun können" von Maria Mies und Claudia von Werthof auf den Markt. Da in diesem Artikel nicht einmal die Grundzüge dieses Themas behandelt werden können, wird der/die Interessierte im genannten Buch oder auch in der Broschüre der Grünen Bildungswerkstatt Tirol (MAI "Freibrief für die Multis") genauere Informationen dazu erhalten.

Die wichtigsten Freiheiten, die multilateralen Konzernen durch das MAI genehmigt werden sollen, lauten wie folgt:

- + Das Recht, Regierungen vor einem internationalen Schiedsgericht zu verklagen (z.B. auf Grund parlamentarisch beschlossener Konsumentenschutzgesetze)
- + Das Recht, ihre Gewinne sofort zu 100% aus dem jeweiligen Gastland zu transferieren
- + Das Recht, ihre eigenen Arbeitskräfte ("Schlüsselpersonal") mitzubringen.
- + Das Recht auf Schutz einer "Investition" noch bevor diese überhaupt getätigt worden ist
- + Das Recht auf staatliche Subventionen und Förderungen
- + Das Recht, Regierungen auf Grund von "öffentlichen Unruhen" (Streiks, z.B. Brennerblockade) oder Konflikten auf Entschädigungszahlungen zu verklagen.
- + Das Recht, bei der Produktion ausschließlich Rohstoffe, Güter und Dienstleistungen zu

verwenden, die nicht aus dem betroffenen Gastland stammen.

- + Das Recht auf einen mindestens 20 Jahre währenden Investitions- und Enteignungsschutz.²

Was bedeutet das MAI für uns?

Die oben angeführten Rechte der Multis sind im Prinzip nur die Fortführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die durch Wirtschaftsverträge und Freihandelszonen wie EU, NAFTA, GATT schon massiv gefördert wurde und wird. Sie bedeuten eine weit massivere Einschränkung der Souveränität der Nationalstaaten als das bisher der Fall war. Dazu ein Beispiel:

Würde nach Unterzeichnung des MAI ein Nationalstaat ein Umwelt- oder Konsumentenschutzgesetz erlassen, das einem bestimmten Konzern schadet (und das würde so ein Gesetz wohl immer!), so hätte der Konzern das Recht, die Regierung beispielsweise wegen Rufschädigung zu verklagen. Die Folge wäre, daß nicht mehr der die Politik über Sozial- und Umweltstandards entscheiden würde, sondern die Qualität der Anwälte der multilateralen Konzerne.

Diese Angelegenheit fällt unter den Begriff "Streitbeilegungsmechanismus", welcher benötigt wird, um die Pflichten, die durch die Unterzeichnung des MAI eingegangen werden (von Staaten, Investoren bekommen ja keine Pflichten auferlegt) durchzusetzen. Dabei gibt es zwei verschiedene Streitschlichtungsverfahren: einerseits Verfahren zwischen zwei Staaten (wie es auch in der WTO besteht), und andererseits Verfahren zwischen Investor und Staat. Damit erhalten private Unternehmen erstmals das Recht, in dieser Größenordnung Staaten vor einem Gericht ihrer Wahl auf Einhaltung der MAI-Bestimmung und/oder auf Schadenersatz zu klagen. Ein umgekehrtes Klagerecht etwa von Bürgerinitiativen, Gemeinden, Regierungen gegenüber Multis besteht nicht!³

Anhand dieses Beispiels sehen wir, wie weitreichende Folgen schon ein einziger Punkt des MAI haben kann. Die Deregulierung der Wirtschaft hätte in einem solchen Rahmen noch weit größere soziale und umweltpolitische Folgen als das schon heute der Fall ist. Es wäre schon einer der letzten Schritte zu einer nur leistungsorientierten Gesellschaft, in der für Demokratie,

¹ Die Grüne Bildungswerkstatt Tirol (Hrsg.): MAI "Multilaterales Abkommen über Investitionen. Freibrief für die Multis. Innsbruck 1998.

² Die Grüne Bildungswerkstatt Tirol (Hrsg.), Innsbruck 1998.

³ Die Grüne Bildungswerkstatt Tirol (Hrsg.), Innsbruck 1998.

Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit kein Platz ist.

MAI am Ende?

Nach massiven Protesten gegen das MAI verließ nun Frankreich die Verhandlungen. Vorerst scheinen die Proteste der verschiedensten Organisationen also etwas bewirkt zu haben.

Angesichts des Scheiterns ist die OECD - die die Verhandlungen koordiniert - plötzlich bereit auch Bestimmungen zum Beschäftigten- und Umweltschutz in den Vertrag aufzunehmen um das

Projekt doch noch über die Bühne zu bringen. Ob dies gelingen wird wird wohl nicht zuletzt an weiteren Protestmaßnahmen liegen.

Das MAI ist nur der Gipfel einer Pyramide, und es wird nicht ausreichen, nur gegen diesen vorzugehen. Es ist notwendig, kapitalistische Werte wie Leistung, Konkurrenzdenken, wirtschaftlichen Fortschritt und das Recht des Stärkeren grundsätzlich zu hinterfragen und mit diesem Hintergrund Alternativen vorzuschlagen.

Gerd Schmidinger

Aus aktuellem Anlaß dokumentieren wir ein gemeinsames Flugblatt von ATIGF, EKH, Freie ArbeiterInnen Union (FAU), FAZ, Grünalternative Jugend (GAJ), MIR, RKL, Revolutionsbräuhof (RBH), Rosa Antifa Wien (RAW), TATblatt und TU-Club:

Laut Entscheid des österreichischen Justizministeriums vom 30. November 1998 sollte der kurdische Alevite Dogan Ipek mit der Turkish Airline am selben Tag in die Türkei abgeschoben werden. Kurz davor fand vor dem Justizministerium eine Protestkundgebung statt. Die daran beteiligten Personen wurden drei Stunden hingehalten, bis die Entscheidung des Ministeriums bekanntgegeben wurde. In der Zwischenzeit befand sich Dogan Ipek bereits auf dem Flughafen Wien/Schwechat, wo auch schon türkische Polizisten anwesend waren. Das deutet darauf hin, daß es sich um eine längst ausgemachte Sache handelte. Wenig später wurde die Auslieferung gestoppt, und Dogan Ipek wurde nach Salzburg überstellt. Seit dem 1. Dezember 1998 ist er wieder auf freiem Fuß, wobei das Asylverfahren nach wie vor nicht abgeschlossen ist. Tatsache ist, daß die Gefahr einer Auslieferung weiterhin besteht. Diese muß unbedingt verhindert werden!

Wer ist Dogan Ipek?

Er stammt aus einem kurdischen Dorf, das von der faschistischen MHP (Nationalistische Bewegungspartei, Graue Wölfe - arbeiten eng mit der türkischen Exekutive zusammen, und sind auch in Wien sehr aktiv) angegriffen wurde. Bei diesem Angriff wurden wahrscheinlich im Zuge der Auseinandersetzung zwei MHPler verletzt. Neun Jahre (!) später erließ die Türkei einen internationalen Haftbefehl gegen Dogan Ipek. Zunächst lautete der Haftbefehl auf Mord, wofür in der Türkei die Todesstrafe verhängt wird. Da auch Österreich keine Abschiebung durchführen kann, wenn eine Hinrichtung als sicher gilt, wurde in der zweiten Version des Haftbefehls aus einem Ermordeten plötzlich ein Verletzter, um die Auslieferung erwirken zu können. Das zeigt, daß es der Türkei in keiner Weise um die Vorfälle in Ipeks Dorf geht, sondern daß ein unbequemer politisch aktiver Mensch, der auch in Österreich tätig war, für seine Überzeugung in den Knast gehen soll. Das ist in der Türkei Realität. Seit neun Jahren leben nun er, seine Frau und zwei Kinder als AsylbewerberInnen in Österreich. Sein Verfahren ist nach wie vor nicht abgeschlossen, und es folgte letztlich der Auslieferungsantrag aus der Türkei. Dogan Ipek wurde in Salzburg festgenommen und von der Polizei mißhandelt. Er trat in den Hungerstreik, dem sich AktivistInnen der ATIGF anschlossen. Zwischenzeitlich wurde der politische Druck erhöht, und es gelang, diesen Fall in den Medien zu platzieren, außerdem fand eine parlamentarische Debatte statt.

Der Auslieferungsentscheid

Das Justizministerium hat also dem türkischen Auslieferungsantrag stattgegeben. Der besondere Zynismus an der Sache ist, daß verlautbart wurde, er müsse in der Türkei verurteilt werden, anschließend könnte ein positiver Asylbescheid gegeben werden. Nach dem Asylrecht ist es mittlerweile möglich, auch im Ausland auf die Entscheidung warten zu müssen. Für Dogan Ipek hätte das eine Haftstrafe von bis zu zwanzig Jahren bedeutet, ver-

bunden mit Folter bis hin zu einer „extralegalen“ Hinrichtung. Da helfen all die Beteuerungen, man werde sich für eine kurze Haftstrafe einsetzen und eine Menschenrechtskommission aus Straßburg beauftragen, gar nichts. Das Justizministerium kann nicht so tun, als ob es über die Menschenrechtssituation in der Türkei nicht bescheid wisse. Im alljährlichen Bericht von Amnesty International füllt die Türkei etliche Seiten. Dogan Ipek ist nun zwar wieder auf freiem Fuß, aber nun ist das Bundesasylamt am Zug. Justiz- und Innenministerium haben nun jede Verantwortung abgegeben. Das Innenministerium kann aber eine Beschleunigung des Asylverfahrens erwirken. Wenn dieses negativ beantwortet wird, kann nichts mehr getan werden, da schon zweimal Dogan Ipeks Asylansuchen abgelehnt wurden. Dies ist jetzt der dritte und letztmögliche Versuch.

Daher muß jetzt unbedingt weiter Druck ausgeübt werden!

Menschenrechte und der türkische Staat - ein Widerspruch

Daß die Türkei in Kurdistan einen erbarmungslosen Krieg gegen die Zivilbevölkerung führt, in dem seit 1994 1834 Dörfer niedergebrannt wurden, über 3000 Dörfer leergefegt wurden, und über 35.000 Menschen ihr Leben verloren haben, ist der internationalen Staatengemeinschaft bekannt. Trotzdem liefern Staaten wie die USA, Deutschland und Italien nach wie vor Waffen in dieses Gebiet. Gleichzeitig werden vor allem in der BRD oppositionelle kurdische Gruppen und Organisationen kriminalisiert. Das bedeutet, daß versucht wird, jede Gegeninformation aus der Türkei mundtot zu machen. Gleichzeitig werden KurdInnen als Kriminelle hingestellt, um die eigene Mitverantwortung an dem in Kurdistan stattfindenden Genozid rechtfertigen. Auch Österreich macht fette Geschäfte mit der Türkei, und ist somit bestrebt, diplomatische Freundschaft mit der Türkei zu pflegen. Daß dort Menschen auch von der Polizei erschossen werden, weil sie kurdisch sprechen, fällt dabei unter den Tisch. Es ist bekannt, daß in der Türkei seit 1994 578 Oppositionelle bei „extralegalen“ Hinrichtungen getötet wurden. Viele Menschen fallen den Grauen Wölfen, die anstelle des Staates (aber für den Staat) Terror ausüben, zum Opfer. Die Folter ist in türkischen Gefängnissen an der Tagesordnung. Obwohl sich die Türkei in letzter Zeit immer demokratischer gibt (wohl, um endlich zu EU-Beitrittsverhandlungen eingeladen zu werden), nimmt die Zahl der Menschenrechtsverletzungen täglich zu. Ein Land also, in dem Zustände herrschen wie wir sie sonst von lateinamerikanischen Regimes kennen.

Eine Auslieferung an ein solches Land ist schon eine Menschenrechtsverletzung an sich.

Der politische Druck auf die österreichische Behörden muß daher erhöht werden. Dies muß durch eine breite Öffentlichkeit geschehen, wobei uns klar ist, daß nur eine Aufhebung der derzeitigen Asylgesetze solche Fälle in Zukunft verhindert kann! ●

Helmut Schmidt ist zurück

Jutta Ditfurth von der Ökologischen Linken in der BRD kommentiert in Jungle World das Deutsche Wahlergebnis und die Rosagrüne Koalition

Für die, die den Kampf um die Emanzipation des Menschen und einen wirklichen Humanismus nicht aufgegeben haben, ist das Ergebnis der Bundestagswahl katastrophal.

Zu viele Menschen binden sich in doppelter Weise an eine Illusion. Die Reformhoffer unterwerfen sich der Lauschangriff-Asylabschaffer-Pro-Kapital-SPD unter den Herren Schröder und Lafontaine. An deren Seite joggt ein modernisierter Genscher mit alternativer Attitüde. Seine Ökonomie-mehrwertsteuer-Partei vertritt die Interessen des alternativ angehauchten gehobenen Mittelstandes - soziale Schweinereien, aber mit gutem Gewissen, angeblich wg. Natur.

Andere Illusionäre hoffen, daß ihre Partei, die PDS, eine sozialistische Opposition ist. Dabei ist sie nur eine sozialdemokratische Heimatpartei mit nationalen Flügeln: einem national-sozialistischen um Christine Ostrowski und einem nationalbolschewistischen um Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform). Die Oppositionswut der PDS entsteht nicht aus ihrem Verlangen, daß alle Menschen (sozial) gleich zu sein haben, sondern sie will die bessere Behandlung der Deutschen im Osten - nicht der dort lebenden Menschen aus Vietnam, Angola oder Mocambique. Der mainstream der PDS ist gekränkt, daß die SPD nicht einfach die Arme ausbreitet.

Der politische Wille des Kapitals hat sich diesmal die fortschrittliche Maske aufgesetzt. Das Kapital hat sein rosagrünes Dreamteam. Kohl & Co. würden die diffuse Opposition gegen kommende Grausamkeiten niemals so erfolgreich einbinden und befrieden. Rosagrün wird gebraucht, weil die Verhältnisse sozial, demokratisch und ökologisch schlechter werden. Für den Burgfrieden im Inneren und die effizientere Durchsetzung deutscher Kalitalinteressen auf dem Weltmarkt - auch via EU.

Illusionen wurden unter Wagner-Klängen neu geschmiedet. Die soziale Realität wird hinter Potemkinschen Kulissen verborgen. Menschen werden künftig, sofern man sie dafür überhaupt noch braucht, noch brutaler verwertet: Ihre Arbeitskraft, mehr und mehr auch ihr biologisches Potential. Die neue "Rassenhygiene" trägt den Namen "Bioethik".

Aber keine Entwicklung ohne innere Widersprüche: Das alles kann sich rasant ändern, falls die internationalen Finanzmärkte zusammenbrechen und eine Weltwirtschaftskrise die Zentren des Kapitalismus und die Deutsche Volksgemeinschaft AG erschüttert.

Es wird erst einmal schwerer, gegen die Ausbeutung und Demütigung von Menschen zu kämpfen. Die radikale Linke muß den nationalen VolksgemeinschaftlerInnen die soziale Frage entreißen. Sie muß diese mit der in Teilen der Linken noch so wenig begriffenen ökologischen Frage verbinden. Sie muß antinational sein, antipatriarchal, antifaschistisch. Es kommen Jahre, in denen z. B. die Gentechnik final durchgesetzt werden soll. In denen die Grünen dem Atomkapital beim Übergang zur Atomfusion helfen. Wo Informations- und Kommunikationstechnologie den Verarmten und Verarmenden vollends den Zugang zu Bildung und Wissen über die Bedingungen ihres Lebens verschließen.

Die sozialdemokratischen Bundesregierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt haben den Polizeistaat ausgebaut, ließen die Ausländerfeindlichkeit explodieren, gaben sich den Kalitalinteressen ungebrochen hin. Linke wurden verfolgt, Berufsverbote weltberühmt, in Krisenstäben liebäugelten Staatsvertreter mit standrechtlichen Erschießungen. Man peitschte die Notstandsgesetze (gemeinsam mit der CDU) durch ... usw. Wer nicht unter Amnesie leider oder jünger als 25 ist und nie liest, müßte sich eigentlich noch erinnern.

Helmut Schmidt ist wieder da. Diesmal heißt er Gerhard Oskar Schröder. Die siebziger Jahre sind als Karikatur zurück. Aber von einer starken radikalen Linken existiert noch nicht einmal eine verzerrte Zeichnung. Wir werden sie gegen neu verschleierte Verhältnisse aufbauen müssen, wir müssen die inneren Widersprüche der Verhältnisse und sich verändernde Rahmenbedingungen einrechnen, inhaltlich begründete Bündnisse schließen, uns von den nationalen "Linken" scharf abgrenzen. Im Frühsommer 1999 tagen EU-Gipfel und WWG in Köln - beispielsweise.

Jutta Ditfurth



**LIBERTAD
O MUERTE!**

ANARCHISTISCHER RUNDBRIEF

2x im Jahr jede Menge Artikel und Infos über Anarchismus, Autonomie, Antikapitalismus, Antisexismus, Vegetarismus/Veganismus, Antifa, Befreiung (Mensch, Tier und Erde), linksradikaler Widerstand gegen die Herrschenden, staatliche Repression, politische Häftlinge (ABC-Sektion), DIY-Punk...

Unkostenbeitrag: 35 ATS - 5 DM (inkl. Porto)
Abo über 4 Nummern: 140 ATS - 20 DM

**LOM - POSTLAGERND - 6024
INNSBRUCK - AUSTRIA**

TierRECHTSbewegung

Tierrechte sind modern geworden. Von autonomen VeganerInnen über die für vier Pfoten Spendende Oma bis zum militanten Antisemiten hat sich in den letzten Jahren eine Volksfront für die Tiere herausgebildet die - betrachtet mensch ihre Inhalte genauer - durchaus auch als Tier-Rechts-Bewegung bezeichnet werden kann.

Dabei soll es in diesem Artikel keineswegs um die real vorhandenen katastrophalen Zustände in der industrialisierten Landwirtschaft gehen. Diese zu kritisieren und zu bekämpfen sind auch wir angetreten. Und diese sollen mit diesem Artikel auf keinen Fall gerechtfertigt, verharmlost oder relativiert werden. Was hingegen sehr wohl geschehen soll ist eine Beleuchtung der ideologischen Positionen vieler - aber sicher nicht aller - Gruppierungen die sich für Tierrechte engagieren.

Peter Singer

Einer der ideologischen Väter der modernen TierRECHTSbewegung ist der australische Moralphilosoph Peter Singer. In seinem Standardwerk "Animal Liberation - Die Befreiung der Tiere" gibt er als "aktive und wirkungsvoll arbeitende Organisationen [...] die den Tierbefreiungsstandpunkt unterstützen u. a. die Adressen der Animal Liberation Front, der British Union for the Abolition of Vivisection, der Vegan Society, des Österreichers Dr. Helmut F. Kaplan sowie von Animal Peace und PETA aus Deutschland an.

Für Singers Idee den Menschenaffen Menschenrechte zuzugestehen - das "great ape projekt" - wirbt die GAMS, die Fakultätsgruppe der GRAS (Grüne und Alternative StudentInnen) an der medizinischen Fakultät Wien. Die feministische Zeitschrift EMMA ist Singer ebenso zugetan wie die zwischenzeitlich eingestellte anarchistische Zeitschrift "Toleranzgrenze" aus Wien. Sie zitierte Singer 1994 in einem Artikel unter dem Titel „Über Menschen und andere Tiere“, und stimmte darin inhaltlich mit seinem "Antispezizismus" überein, verschwieg aber gleichzeitig seine Folgerungen für die Euthanasie. (vgl. T.ERROR, 1994: 18)

Was sind aber nun diese Positionen Peter Singers?

Singer geht grundsätzlich von einem "Antispezizismus" aus, das heißt er sieht keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen

"Menschen und anderen Tieren". Gruppierungen die an der Unterscheidung zwischen Mensch und Tier festhalten setzt er mit RassistInnen gleich und bedenkt sie mit dem beschimpfend gemeinten Ausdruck "Spezizisten".

Singer: "Wir können mit Berechtigung annehmen, daß bestimmte Lebewesen Merkmale aufweisen, die ihr Leben wertvoller machen als das anderer Lebewesen. Aber mit Sicherheit wird es einige nichtmenschliche Tiere geben, deren Leben - nach welchem Maßstab auch immer - mehr Wert haben als das Leben einiger Menschen. Ein Schimpanse, ein Hund oder ein Schwein beispielsweise dürfte einen höheren Grad an Selbstbewußtheit aufweisen und eine größere Fähigkeit für Sinnvolle Beziehungen zu anderen besitzen als ein geistig schwerbehindertes Kleinkind oder ein Mensch im Stadium fortgeschrittener Senilität. Wenn wir also das Recht auf Leben auf diese Eigenschaften gründen, müssen wir diesen Tieren ein genauso großes, wenn nicht sogar größeres Lebensrecht zugestehen als solchen geistig behinderten oder senilen Menschen." (SINGER, 1975, 1996: 53)

Mit der hier skizzierten Negierung jedes Unterschieds zwischen Mensch und Tier kommt Singer in seinem Klassiker der TierRECHTlerInnen auch bald zu dem Schluß, daß es zwar unter normalen Umständen das Leben des Menschen gerettet werden sollte, "wenn wir vor die Entscheidung gestellt wären, entweder einen Menschen oder ein anderes Tier zu retten. Aber es sind auch Fälle denkbar, in denen das Gegenteil richtig wäre, weil der betreffende Mensch nicht über die Fähigkeiten eines normalen Menschen verfügt." (SINGER, 1975, 1996: 55)

Singer gesteht all jenen Menschen denen er "Personenstatus" zukommen läßt - die also nicht "schwerbehindert" sind den aggressiven Anspruch auf Selbstverwirklichung zu. Ganz als Ethik des Kapitalismus gedacht ist es so für ihn nur allzu richtig wenn sich der Stärkere mit allen möglichen Methoden durchsetzen kann.

Als Anhänger eines Utilitarismus - der Nützlichkeitsphilosophie Jeremy Benthams (1748-1832) - ist für Singer nur "das größtmögliche Maß an Zufriedenheit für die maximale Zahl von Personen" (BIERL, 1996: 48) ausschlaggebend.

Menschen die der "Maximierung von Glück" im Wege stehen und etwa als "behinderte" Neugeborene von

der Gesellschaft versorgt werden müssen gibt Singer so zum Abschuß frei. Der so moralisch argumentierende TierRECHTLer outet sich schnell als Euthanasiebefürworter:

"Nehmen wir an, es sei, was manchmal vorkommt, ein Kind mit einem massiven, nicht zu behebbenden Hirnschaden geboren worden. Der Hirnschaden ist so schwer, daß das Kind solange es lebt nur dahinvegetieren wird, unfähig zu sprechen, andere Leute zu erkennen, unabhängig von anderen etwas zu tun, oder zu einem Bewußtsein seiner selbst zu gelangen. Die Eltern des Neugeborenen begreifen, daß keine Hoffnung darauf besteht, daß sich der Zustand des Kindes jemals verbessern könnte, und sind weder selbst willens, die Tausende von Dollar auszugeben, die eine angemessene Pflege des Kindes jährlich kosten würde, noch wollen sie es vom Staat fordern. Sie bitten den Arzt, das Kind schmerzlos zu töten. [...] Erwachsene Schimpansen, Hunde, Schweine und Mitglieder vieler anderer Arten sind in ihrer Fähigkeit, sich auf andere zu beziehen, unabhängig zu agieren, sich ihrer selbst bewußt zu sein und jeder anderen Fähigkeit, von der man sinnvoll behaupten könnte, daß sie dem Leben Qualität verleiht, dem hirngeschädigten Neugeborenen weit Überlegen. Selbst bei der besten nur möglichen Pflege können manche geistig schwerstgeschädigten Säuglinge niemals den Intelligenzgrad eines Hundes erreichen. [...]"

Singer ist nur ein - allerdings ein sehr wichtiges - Beispiel dafür zu welch menschenverachtenden Schlüssen die Negierung des Unterschieds zwischen Menschen und Tieren führen kann. Die Konsequenzen aus Singers mörderischem Gedankengut ist die Vernichtung all jener Menschen die nicht "produktiv" sind: "Behinderte", Alte, Schwache, Kranke, ... Der Tierschützer Singer wird zum Herr über Leben und Tod von Menschen, oder wie es Ernst Klee in seiner Absage an die Veranstalter des Heidelberger Kongresses mit Peter Singer sagte: "Wer das Lebensrecht Behinderter in Frage stellt, ist potentiell auch ihr Mörder. [...] Angesehene Wissenschaftler nutzten die NS-Zeit, ohne lästige Tabus "Menschenmaterial" beforschen, verbrauchen, töten, sezieren zu können." (KLEE, 1996)

Animal Liberation Front

Was sich bei Singer als Theorie manifestiert hat jedoch auch Auswirkungen in den Bewegungen die sich den Tierrechten verschrieben haben.

Die sich durch ihre Aktionen direkter Tierbefreiung in der Autonomen Szene großer Beliebtheit erfreuenden "Animal Liberation Front" (ALF) setzt sich zwar teilweise tatsächlich aus Menschen zusammen die einen linken Hintergrund haben, die Positionen als

Organisation unterscheiden sich jedoch wenig von denen Singers. Sie werden zwar selten so deutlich formuliert und so konsequent zu Ende gedacht aber die Negierung des Unterschieds von Mensch und Tier ist auch hier deutlich zu bemerken. Die Italienische Schwesterorganisation der britischen ALF, das "Comitato Liberazione Animale" (CLA) definiert sich selbst etwa als "una associazione senza scopo di lucro che si batte contra la vivisezione e contra ogni forma di sfruttamento e violenza inflitta sull'uomo, sugli altri animali e sulla natura." (eine nicht gewinnorientierte Assoziation gegen Tierversuche, gegen jede Form von Ausbeutung und Gewalt gegen Menschen, sowie jede andere Tierart und die Natur) (Flugblatt des CLA vom 15.5.1995).

"Autonome" TierrechtlerInnen und Singer

Die letzten Jahre hat sich im deutschsprachigen Raum die Zeitschrift "Die Eule" immer mehr zum Zentralorgan der "autonomen" TierRECHTLerInnen entwickelt, ein Zentralorgan das auch in vielen linken Buch- und Infoläden zum Verkauf kommt. Die Zeitschrift mit einem Naheverhältnis zu Earth First! und der Veganen Offensive Ruhrgebiet (VOR) - deren "Jugendumweltgruppe" auch als Kontaktadresse der jüngsten Ausgabe fungiert - setzt sich zwar immerhin schon leicht kritisch mit dem Anispezisismus auseinander, die Kritik bleibt aber bei der Geschmacksfrage stehen:

"Wenn wer einer Ameise oder einem Virus den gleichen Wert wie einem Mensch eingestehen will, hat er/sie meine Sympatie; bloß bitte ich darum es weiterhin eine Frage des guten Geschmacks sein zu lassen". (EULE, S 21)

Wenn die/der LeserIn am Ende des Heftes angekommen ist dürfte es spätestens klar sein, was für die "Eule" mit "gutem Geschmack" gemeint sein dürfte. In zwei wohl als besonders lustig gedachten Artikel wird zum Menschenfressen (sic!) aufgefordert. Dazu prangert ein Bild von natürlich "schwarzen" Menschen die gerade an menschlichen Händen herumnagen am Beginn des zweiten Artikels, einer "Schritt-für-Schritt-Anleitung für die Zerlegung des menschlichen Körpers in schmackhafte, servierbare Stücke Fleisch". (EULE, S 81)

Logischerweise haben solche ÖkofaschistInnen nichts für linke KritikerInnen übrig. Die Journalistin und Prominente Aktivistin der Ökologischen Linken Jutta Dittfurth - welche immer wieder gegen Esotherik und Ökofaschismus aufgetreten ist - wird in einer dementsprechend primitiv-faschistoiden Sprache niedergemacht, autonome TierRECHTLerInnen die ihre Veranstaltungen störten dagegen gefeiert. (EULE, S 70)

Obwohl die Eule offensichtlich ihre Hauptbastionen in

Deutschland besitzt scheint sie auch hierzulande ihre UnterstützerInnen zu haben. Jedenfalls findet sich in Nummer 5 auch ein Artikel einer österreichischen TierRECHTLerIn. Dabei finden sich auch 3 Kontaktadressen autonomer und anarchistischer Gruppen. Auf Nachfrage stellte sich aber heraus, daß zumindest ein Teil davon ohne Erlaubnis dieser Gruppen in den Genuß gekommen sind sich von den TierRECHTLerInnen bewerben zu lassen.

In diesem Artikel findet der Schulterschluß mit dem Verein gegen Tierfabriken (VgT) ebenso statt, wie der Hoffnung Ausdruck verliehen wird, daß "die Fehler, die in der BRD gemacht wurden (Ökofaschismusvorwürfe etc) nicht in Österreich wiederholt werden, denn noch herrscht [sic!] eine sehr gute Zusammenarbeit [sic!] zwischen Antifa, Tierrechtlern und "Umweltschützern". (EULE, S 77) Der Artikel endet mit der sonst aus dem autonomen Antifa-Bereich bekannten Parole: "Aufruhr Widerstand Kein Ruhiges Hinterland!" (EULE, S 77)

Auch was den "Aktionismus" betrifft steht die österreichische TierRECHTS-Szene der deutschen um nichts mehr nach. Die jüngste "Aktion": Am 12. November 1998 überfielen TierRECHTLerInnen sieben Wiener "Ganslwirten" mit Buttersäure und bekannten sich mit dem Namen "Kommando Konrad Lorenz" gleich noch zu ihren faschistischen Vorbild.



Das Leben eines Affen dem eines Menschen überordnen

Mit dem Tierrechts-Guru Dr. Helmut Kaplan hat die österreichische TierRECHTS-Szene auch ihren Singer gefunden. Mit spektakulären, bluttriefenden Aktionen macht er mit seinen AnhängerInnen von der Vegan Society immer wieder auf sich aufmerksam. In einem im August dieses Jahres erschienenen Interview im Profil macht Kaplan wieder einmal klar wofür er steht:

"Die heutige Situation der Tiere ist mit jenen der Sklaven vor 200 Jahren vergleichbar. Die Tierrechtsbewegung ist eine Befreiungs und Gleichberechtigungsbewegung. Wie mit Sexismus

und Rassismus, wo aufgrund moralisch irrelevanter Merkmale, also Hautfarbe oder Geschlecht, Diskriminierung stattfindet, ist es mit dem Speziesismus, der Wesen diskriminiert, nur weil sie einer anderen Spezies angehören. Das gehört überwunden."

Auf den Einwand von Profil, daß bei seinen Aufsätzen eine Grenze von wertem und unwertem Leben anklinge, stellt Kaplan fest:

"Grundsätzlich würde ich das weder bei Menschen noch bei Tieren sagen. Allerdings wird in der Medizin, etwa bei Organtransplantationen, schon unterschieden: Ein 20jähriger Gesunder kommt schneller dran als ein 75jähriger Kranker."

Profil fragt weiter: "Sie schreiben, wenn man sich aus humanitären Gründen dazu entschließt, ein schwerstbehindertes Kind sterben zu lassen, dann soll es rasch und schmerzfrei erfolgen. Wie soll das funktionieren?"

Kaplan: "Das ist der Ausgangspunkt der ganzen Euthanasiediskussion. Ich bin kein Mediziner. Auf Tötungsmaßnahmen möchte ich mich nicht einlassen. Aber grundsätzlich soll man da offen und ehrlich sein und auch die Konsequenzen ziehen."

Auch der österreichische Singer-Ableger Kaplan macht so unmißverständlich klar, daß er sein TierRECHTLertum mit der Aussonderung von "lebensunwertem" Leben bei den Menschen verbindet. Einmal mehr zeigt sich wohin die Gleichsetzung von Tier und Mensch führt: Das ermorden von Menschen wird leichter!

Profil: "Als Tierrechtler sagen Sie, ein gesunder Schimpanse gilt als Person und steht daher über einem schwerbehinderten Kind, das nicht als Person gilt. Meinen sie das ernst?"

Kaplan: "Es kommt darauf an, wie man Person definiert."

Profil: "Wie definieren sie es?"

Kaplan: "Ein Wesen mit Selbstbewußtsein, mit Vergangenheitsbewußtsein und mit Plänen für die Zukunft."

Profil: "Das trauen sie einem Schimpansen zu?"

Kaplan: "Ja, sicher."

Kaplan tritt massiv gegen Tierversuche auf, "Wenn ich allerdings ein Wesen habe, das aufgrund eines Unfalls so geschädigt ist, daß man sagt, das kannst vergessen, es wird nie mehr lebenswert, wird nie mehr Freude oder Schmerz empfinden können, dann könnte ich mir Versuche grundsätzlich vorstellen. Speziesübergreifend, also Mensch oder Tier." (PROFIL, S 72)

Antisemitismus

Insbesondere in stark antisemitisch geprägten Staaten wie Österreich oder Deutschland haben sich in weiten

Teilen der TierRECHTSbewegung auch andere Aspekte rechtsextremen und faschistischen Gedankengutes breitgemacht.

Neben Singers "modernem" Ökofaschismus ist hier der alte Antisemitismus und eine teilweise diffuse Ausländer- und Islamfeindlichkeit weit verbreitet. Max O. Bruckers Blatt "Der Gesundheitsberater" wettet immer wieder gegen das - wie es in einer Schlagzeile heißt - "betäubungslose Schächten der Tiere". Der Autor des Artikels "Das betäubungslose Schächten der Tiere - Kulthandlung im 20. Jahrhundert?", Dr. Werner Hartinger ist Vorstand im "Verein Ärzte gegen Tierversuche e.V." und diskutierte in dieser Funktion bei einer Veranstaltungsreihe der VHS Braunschweig im Februar 1997 mit Dr. Helmut F. Kaplan und VertreterInnen der den Holocaust relativierenden Animal Peace (AP) (SCHAAF, 1997: 27)

Diese Animal Peace werden aber nicht nur von rechtsextremen Zeitschriften wie dem "Gesundheitsberater" hochgelobt. Auch das vor ca. einem Jahr eingestellte Innsbrucker Anarchozine "aktiv-passiv" gibt ihre Kontaktadresse empfehlend weiter.

Hartinger beschreibt dabei die Schlachtmethode gläubiger Juden und Muslime als einziges Horrorszenario. Während in der Realität beim Schächten mit einem einzigen Schnitt eines scharfen Messers sowohl die Hauptschlagader, die Luft- und Speiseröhre wie die Nervenbahnen im Hals des Tieres durchtrennt werden und das Schlachttier keineswegs mehr Schmerz spürt als ein "christlich" geschlachtetes Tier - ja meist sogar wesentlich weniger Streß und Schmerz durchmachen muß als in den Massenschlachthöfen der Gegenwart - schreibt Hartinger von einem bis zu dreizehnminütigen "Todesringen", von schmerzvollen Schnittstellen und Atemnot. Er spricht von einer "Lobby der Tierquäler" die im "deutschsprachigen (!) Raum" der EU das Schächten "als Religionsvorschrift und Kulthandlung" propagierten (SCHAAF, 1997: 27).

Besonders beliebt sind neben den Angriffen auf das Schächten andere Relativierungen der Schoa, bzw. verbale Gleichsetzungen von Juden mit Hühnern. Nicht einmal mehr den Begriff "Hühner-KZ" verwenden alle Gruppen. Beim "Bundesverein der Tierbefreier Österreichs" wird daraus gleich: "für dich im KZ!"

Die Vegane Offensive Ruhrgebiet betreibt mit manipulativer Sprache die Gleichsetzung von Tier und Mensch ("Sie leben in Isolationshaft",...), beim "Bundesverband der TierbefreierInnen wird aus dem Zirkus gleich ein KZ:

"Man hat den Eindruck ein Konzentrationslager zu betreten: Die gleiche Sauberkeit. Sogar Blumengärten und gepflegte Beete, sogar der Stacheldraht. Im

Hintergrund die Verbrennungsöfen. Denn die Todesopfer sind in dem schmutzigen Geschäft mit einkalkuliert." (BUNDESVERBAND)

Bei beiden Gruppierungen handelt es sich um BRD-TierRECHTSorganisationen deren hiesige SympathisantInnen ihre Flugblätter auch vor der Wiener Uni verteilen.

Verein gegen Tierfabriken (VgT)

Auch der österreichische "Verein gegen Tierfabriken" des ORF-Talkshowstars Dr. Franz-Josef Plank hat das "ausnahmslose Verbot des Schächten" zu einem seiner Ziele erhoben und beschreibt dieses gleich wieder bessern Wissens mit den stark verkürzenden und bewußt manipulativen Worten "(=Schlachten ohne vorhergehende Betäubung)" (PLANK, 1994: 30)

Wie viele andere Tierschutzgruppen auch, verharmlost der "Verein gegen Tierfabriken" mit Begriffen wie "Hühner-KZ" immer wieder die Schoa und verwischt damit bewußt den Unterschied zwischen einer zugegeben grausamen Nahrungsmittelproduktion und der industriellen Massenvernichtung von Menschen. Folgerichtig wird dann der Schlachtung am Schlachthof für Franz-Joseph Plank überhaupt gleich zum "Holocaust" (PLANK 1994: 22).

Der Obmann der Schwesterorganisation des VgT in der Schweiz - ebenfalls "Verein gegen Tierfabriken" genannt - wurde aufgrund ihrer antisemitischen Hetze sogar schon nach dem Schweizer Antirassismusgesetz verurteilt und forderte in der Folge die Aufhebung desselben. In seiner Homepage rühmt sich der VgT-Schweiz "alle Bestrebungen, das Antirassismus-Gesetz abzuschaffen" zu unterstützen und deshalb auch die von den Jungen und Grauen Panther lancierte Eidgenössische Volksinitiative zur Abschaffung desselben zu unterstützen. Begründung des VgT: "Das Antirassismus-Gesetz ist vorallem ein Maulkorbgesetz gegen Kritik an Juden". In einem weiteren Artikel auf der VgT-Schweiz Homepage ist zu lesen: "Rassismusverfahren gegen Nationalrat Keller: nur Juden dürfen sagen, was sie wollen" und weiter: "Jüdische Bankenkreise haben das entsetzliche Holocaustereignis schamlos und pietätlos gegen die schweizerische Banken-Konkurrenz eingesetzt." (HOMEPAGE des VgT)

Die österreichische Sektion möchte so viel Antisemitismus nicht nachstehen und druckt auf ihrer Homepage einen Artikel der Schweizer Tierschutzzeitung "Orizzonti" unter dem Titel "Schwarze Magie im Schlachthof" kommentarlos ab:

"Dem voll bewußten Tier sind drei Beine zusammengebunden worden: die beiden vorderen und das linke Hinterbein, damit es auf dem Rücken

liegen kann: Man schneidet ihm die Kehle durch bis auf die Wirbelsäule, wobei rituelle heilige Worte gesprochen werden. Dies ist der traditionelle hebräische Ritus. Die Muselmanen machen dasselbe mit ein paar leichten Varianten: Sie durchschneiden die Luftröhre, die Speiseröhre und die Kehlvehenen, wobei sie den "Bismallah Allahu Akbar" beten." (ORIZZONTI)

Der österreichische VgT machte hingegen zuletzt mit ihrem Vorgehen gegen die Orgien-Mysterien-Spiele des Aktionskünstlers Hermann Nietsch im August dieses Jahres von sich reden. In einer Pressekonferenz forderte der Rechtsanwalt der Gruppierung Hermann Nietsch in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher einzuliefern.

Verbündete fand der Verein gegen Tierfabriken trotzdem immer wieder in der Ökologiebewegung und in Teilen der Linken. Die Grünen machten schon mehrfach gemeinsame Aktionen mit dem VgT. Das linke Szenelokal TU-Club lud den VgT für einen Infostand auf ein gemeinsames Anti-EU-Fest verschiedener linker Gruppen zum Auftakt des österreichischen EU-Vorsitzes ein.

Die Tiroler Zeitschrift TATSache der Organisation "Tierschutz Aktiv Tirol" spricht den VgT als "unsere Freunde vom VgT" an und verbreitet auch dieselben Inhalte. Nietsch wird massiv angegriffen, die TATSache feiert: "Intensivtierhaltungsbetriebe dürfen als Tier-KZ bezeichnet werden", zitiert ebenfalls aus Orizzonti und hetzt ebenfalls gegen das "ebenso qualvolle[n] rituelle[n] töten (Schächten)". (TATSACHE)

Zum Protest gegen Nietschs Mysterienspiel wurde auch die prominente Ehegattin eines führenden Front National-Politikers, das gealterte Ex-Sex-Symbol Brigitte Bardot eingeflogen. Die Tierschützerin die bei jeder Gelegenheit vor der drohenden Überflutung Frankreichs durch grausam im Hinterhof schlachtende Moslems warnt, vertrat auch in ihrem Interview das sie der Zeitschrift NEWS gab ganz offen ihre Kunstignoranz und ihr antimodernes Weltbild. Auf die Frage ob sie sich für Nietsch interessiere antwortete BB: "Bis gestern beim Frühstück habe ich noch nie von diesem gefährlichen Verrückten gehört. Ich habe

vielleicht schnell reagiert! Ich bin ja schon hier! Ich bin für Kunst mit Großbuchstaben. Die Avantgarde ist für mich nicht immer Kunst: Das muß eine kostbare Sache sein, schwierig zu machen. Kunst muß man studiert haben. Nicht irgendwas irgendwie tun, damit es "modern" ist. Alles Moderne ist sowieso abscheulich."

Auf die Frage "Mögen Sie die Menschen?" antwortete sie ebenso offen mit "Nur jene, die Tiere lieben."

Faschistische Kontinuitäten

Hinter all diesen Versuchen einerseits das Schächten als besonders grausame Schlachtmethode zu verdammen und andererseits mit einer Gleichsetzung des Tierleides in Legebatterien und anderen Formen industrieller Landwirtschaft mit der industriellen Massenvernichtung von Menschen in der Schoa gleichzusetzen steht ein offener oder verdeckter Antisemitismus, der die ach so armen Tierchen zum Vehikel für rechtsextreme und faschistische Ideen machen soll.

Bereits die NSDAP arbeitete mit Teilen der TierRECHTSbewegung eng zusammen. In der NSDAP sammelten sich unter anderem auch AnhängerInnen biologisch-dynamischen Landbaus und TierschützerInnen. Das NS-Schächtverbot von 1933 stieß so auch auf die ungeteilte Zustimmung fast aller Tierschutzgruppen. Im 1996 erschienen Buch von Peter Käpf "Ein Herz für Tiere? Über die radikale Tierrechtsbewegung" ist unter anderem zu lesen wie der alte Parteigenosse (1920), Ehrenmitglied des Weimarer Tierschutzvereines und Professor an der tierärztlichen Hochschule München dem NS-Schächtverbot nachtrauerte:

"Erst der SA und SS war es zu verdanken, daß den Juden das Schächtmesser aus der Hand genommen wurde. Der Nationalsozialismus hat auch den Tierschutz auf seine Fahnen geschrieben, deutsche Sitten müssen wieder herrschen. [...] Mit dem Blutkult der Juden ist endgültig Schluß zu machen."

Wie er denken offensichtlich auch einige andere Guppierungen in der TierRECHTSbewegung.

Thomas Schmidinger

Quellenangaben:

AKTIV-PASSIV, Nr. 2

BIERL, Peter: Spezizismus oder wie das Töten von Menschen leichter wird in: ÖkolinX 23, Sommer 1996, S48-49

BUNDESVERBAND der TierbefreierInnen: Verschleppt Inhaftiert Entwürdigt, Was Sie über Zirkus und Tierschau wissen sollten

EULE, die: Nummer 5, <http://www.geocities.com/rainforest/canopy/2800>

KLEE, Ernst: Absage an die Veranstalter des Heidelberger Kongreßes, 15.2.1996

ORIZZONTI: Nr.73PLANK, Franz-Josef: Fleisch-ein Stück Lebenskraft?

1994, Verein gegen Tierfabriken, Rekawinkel

PROFIL, Nr. 36, 31. August 1998

SCHAAF, Tamara: Antisemitische Tierschützer

in: ÖkolinX 26, Sommer 1996, S27-28

SINGER, Peter: Animal Liberation. Die Befreiung der Tiere" 1975, Hamburg 1996;

TATSACHE, Nr. 3/98 und 4/98

T.ERROR: Über Menschen und andere Tiere

in: Toleranzgrenze, April 1994, S18-20

KURZMELDUNGEN:

Feuer in Vail

Im US-Bundesstaat Colorado hatte sich die letzten Jahre inmitten eines früheren Wildnisgebiet mit dem Vail Ski Ressort eines der größten Schigebiete der USA gebildet. Gewaltige Schäden am Wald- und Wildbestand der Region sind seit Jahren die Folge davon. Trotz horrender Preise strömen pro Jahr 1,6 Millionen SchifahrerInnen jährlich in das Gebiet die es sich leisten können rund ÖS 800 pro Tag zu berappen. Da all diese per Auto in die Region fahren finden auf diesem Wege weitere Zerstörungen inmitten der ehemaligen Wildnis statt.

Nächsten Jänner sollen in Vail gemeinsam mit dem Nachbarort Beaver Creek auch noch die Schiweltmeisterschaften stattfinden, was mit einer großangelegten Ausdehnung des Schigebietes verbunden ist.

Gegen diese Expansion richten sich seit längerer Zeit massive Proteste einer breiten Allianz verschiedenster UmweltschützerInnenengruppen - Proteste die bisher allerdings wenig gebracht haben.

In der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober verübte nun eine „Earth Liberation Front“ (ELF) mehrere Sabotageaktionen gegen die Firmen Vail Associates bzw. Vail Resorts, die BetreiberInnen des Schigebietes. Insgesamt brannten Einrichtungen im Wert von rund 135 Millionen Schilling ab. Am 19. Oktober um vier Uhr früh brannten zwei Großrestaurants, ein Unterstand und eine Unterkunft der Schiaufsicht völlig ab, vier Sessellifte wurden durch die Brände ebenfalls schwer beschädigt. Die Zufahrtsmöglichkeiten zum geplanten Erweiterungsgebiet sind als Folge dessen nun abgeschnitten.

Seither ermitteln Bundesbehörden wie das FBI gegen die ÖkosaboteurInnen und alle bürgerlichen Ökoorganisationen überstürzen sich in Distanzierungen. Trotzdem dürften die BetreiberInnenfirmen mit den Bränden massiv getroffen worden sein. -red-

Atommülltransporte in der Schweiz

Geht es nach einer Ankündigung der Schweizerischen Bundesbahnen SBB sollen Anfang nächsten Jahres wieder abgebrannte Brennstäbe aus den verschiedensten AKWs per Bahn durch die Schweiz rollen.

Nachdem in Deutschland und Frankreich aufgefliegen war, daß seit Jahren Behälter durch die Landschaft transportiert worden waren die weit über dem gesetzlich vorgeschriebenen Höchstwert strahlten, wurden diese Bahntransporte in fast allen Europäischen Ländern gestoppt. Die Schweiz

will diese Transporte nun mit einer „Strahlenschutzperson“ wieder aufnehmen.

-red-

Aufstand der Ijaw

Die Ijaw - eine Bevölkerungsgruppe in Nigeria - wehren sich wie die Ogoni gegen die Unterdrückung gegen das Militärregime und die Zerstörung ihrer Region. Nun haben AktivistInnen der Ijaw drei US-amerikanische, einen kroatischen, einen italienischen, einen südafrikanischen und einen britischen Angestellten des US-Ölkonzerns TEXACO von einer Bohrinsel vor der Küste entführt. Die EntführerInnen verlangen ein Lösegeld und Investitionen für ihre Dörfer.

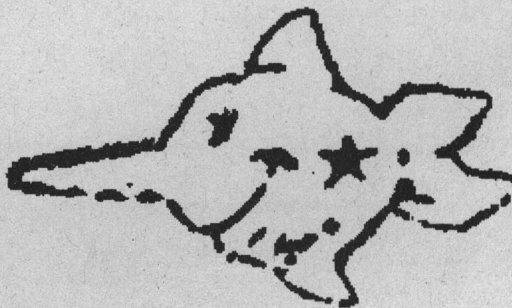
Insgesamt ist durch den Aufstand der Ijaw die Ölfördermenge Nigerias schon um Drittel zurückgegangen, da sich viele Ölkonzerne mit ihren Angestellten nicht mehr in das Gebiet wagen. Das Militärregime läßt in der Zwischenzeit die Armee brutalst gegen die Aufständischen vorgehen. -sam-

Krems: Grüne wieder mit ÖTB

Nachdem im Vorfeld der letzten Gemeinderatswahlen in Krems die Kremser Grünen im Herbst 1997 wieder unter Kontrolle des bürgerlichen Flügels um den ehemaligen Grünen Nationalrat Willi Gföller kamen betrieb dieser die Aussöhnung mit dem unter der Parteibannschaft Werner Lanzraths aus den Grünen ausgeschiedenen ÖTB (Österreichischer Turnerbund)-Funktionär Wolfgang Grohmann.

Grohmann sitzt seit den Gemeinderatswahlen vom Oktober 1997 wieder für die Grünen im Gemeinderat der Statutarstadt. Die Kremser Grünen scheint es somit nicht einmal mehr zu stören Funktionäre einer der wichtigsten rechtsextremen Organisationen des Landes unter ihren eigenen Gemeinderäten zu haben.

KV Sägefisch – autonome Gruppe



Zur Erhaltung autonomen Lebens in Vorarlberg... Bands aus dem Punk/HC – Bereich, die gerne im „Ländle“ spielen wollen, können sich an KV Sägefisch, Schlossgasse 11b, 6850 Dornbirn wenden.

Bevor die Kremser Grünen wieder unter die Führung Willi Gföllers mit ÖTB-Funktionären konnten, waren sie im Sommer 1996 noch eine der wichtigsten Organisationen die für die antifaschistischen Proteste gegen das "Bundesturnfest" der deutschnationalen TurnerInnen mobilisierten. -sch-

Grüne gegen Bürgerliste gegen Bürgerliste

Bei den Salzburger Grünen (Bürgerliste Salzburg Land) wird es bei den nächsten Landtagswahlen mindestens zwei Grünkandidaturen geben, die sich inhaltlich jedoch kaum unterscheiden werden. Eine Gruppe bürgerlicher Grüner hat die andere Gruppe bürgerlicher Grüner Ende November durch Massenmobilisierung und Parteieintritte "weggeputscht". Diese haben wiederum gestützt auf die Salzburger Bürgerliste Stadt eine Konkurrenzliste aufgestellt, womit es bei den Landtagswahlen 1999 mindestens zwei Grünkandidaturen gibt. Die Bundesgrünen haben sich bisher jedoch noch nicht entscheiden können wen der beiden Listen sie unterstützen wollen.

Möglicherweise könnte es jedoch auch noch eine dritte Grünliste um den Bürgerlisten-Mitbegründer Herbert Fux geben.

Rechtzeitig zum Zwanzigsten Geburtstag der Salzburger Bürgerliste – der in den Grünen aufgegangenen Stadtpartei Salzburgs - war es bereits vor einem Jahr zum völligen Eklat in der Auseinandersetzung zwischen den jüngeren - den Bundesgrünen nahestehenderen - VertreterInnen um Vizebürgermeister Johann Padutsch und dem EU-Parlamentsabgeordneten Johannes Voggenhuber auf der einen Seite und einer Gruppe um Bürgerlisten-Gründer Herbert Fux, die zunehmend eine Richtung rabiaten Ökobürgertums vertritt.

Fux, der seit 1977 für die Bürgerliste im Salzburger Gemeinderat sitzt und von 1986 bis 1988, sowie 1989 bis 1990 für die Grünen im Nationalrat saß hielt bereits bei der Trennung der Grünen von der VGÖ am längsten der VGÖ die Stange und näherte sich in den letzten Jahren wieder immer mehr Positionen von FPÖ und Kronenzeitung an.

Am 21. Jänner 1998 lud Fux nun zu einer Versammlung der Bürgerliste bei der auch PolitikerInnen der Gegenseite auftauchten. Fux berief sich jedoch darauf, daß nur Vereinsmitglieder der Bürgerliste und keine "SympathisantInnen" an der Versammlung teilnehmen dürften. Nachdem Voggenhuber, Padutsch und Co. das Feld aber nicht freiwillig räumten ließ Fux die Polizei gegen die eigenen "Parteifreunde" rufen. -sam-

Ozonloch größer denn je

Experten der Weltorganisation für Meteorologie WMO haben sich Anfang

Oktober über den weiteren Rückgang der Ozonschicht alarmiert geäußert. Das Ozonloch über der Antarktis wäre im September größer als je zuvor gewesen.

Die registrierte Grundfläche des Lochs liege 15% über dem zuvor gemessenen Höchstwert. Damit wäre es auf die zweieinhalbfache Größe Europas angewachsen. -red-

ÖVP für Patent auf Leben, menschliche Klone und Embryos

Mitte Mai lehnte die gesamte ÖVP-Fraktion, sowie die SPÖ-Fraktion mit Ausnahme des Abgeordneten Swoboda, im Europäischen Parlament den Antrag auf Ablehnung der Biopatentrichtlinie ab. Der Antrag für das EU-Parlament „kein Patent auf Leben und menschliche Embryone“ zuzulassen wurde wiederum von der gesamten ÖVP-Fraktion sowie von den SPÖ-Parlamentariern Swoboda und Hawlicek agelehnt.

Der Antrag auf ein umfassendes Verbot des Klonens von Menschen wurde mit der Ausnahme von Abg. Schierhuber von der gesamten ÖVP abgelehnt. Die SPÖ hatte sich der Stimme enthalten.

Der Grüne EU-Parlamentarier Johannes Voggenhuber erklärte dazu: „Wäre auch nur ein Abänderungsantrag durchgegangen, dann hätte es ein neues Schlichtungsverfahren mit Rat und Kommission geben müssen. Die RegierungsvertreterInnen in Brüssel haben nicht nur versagt, sie haben auch unterlassen, die Gentechnik-Frage in ihren Fraktionen zur wichtigen Frage zu erklären.“ -red-

Monsanto verklagt Bauern wegen Wiederaussaat

Monsanto - ein internationaler Konzern der sich primär mit Gentechnologie und Biochemie beschäftigt - erreichte nun, daß BäuerInnen

KV Sägefisch – autonome Gruppe



Wir veranstalten auch Vorträge, Diskussionen, Filmabende und Volksküchen. Außerdem betreiben wir einen Infotisch bei Veranstaltungen. Interessierte können sich bei KV Sägefisch, Schlossgasse 11b, 6850 Dornbirn melden.

und FarmerInnen die ihr Saatgut bei Monsanto kaufen sich vertraglich verpflichten müssen nicht nur das Saatgut bei Monsanto zu kaufen, sondern auch gleich das konzerneigene Unkrautvernichtungsmittel Roundup. Daneben ist es bei Strafe verboten, einen Teil der Ernte zum Wiederaufbau zu benutzen. Zur Zeit führt Monsanto gegen rund 100 FarmerInnen Schadenersatzprozesse, weil sie angeblich einen Teil der Gen-Soja wiederausgesät hätten. -T. S.-

Nichtwiederaussägbares Saatgut

Die US-Saatgutfirma DPL (Delta and Pine Land Company) - die sich im Besitz von Monsanto befindet - entwickelte eine Methode um Saatgut mittels Genmanipulation nicht mehr keimfähig zu machen. Damit muß jedeR FarmerIn der mit DPL-Saatgut arbeitet jedes Jahr neues Saatgut einkaufen. Dieses neue Saatgut gibt es derzeit für Tabak und Baumwolle. Für Reis, Hirse, Weizen und Soja wird noch daran geforscht. -red-

Basmati-Reis als US-Patent

Ein Patent auf die alte indische Reissorte „Basmati-Reis“ hat die US-Firma Rice-Tec zugesprochen bekommen. Nun steht zu befürchten, daß die ReisbauerInnen im Punjab - im Norden Indiens und Pakistans - die dort seit Jahrhunderten die weltbekannte aromatische Reissorte anpflanzen, diese nicht mehr unter diesem Namen vermarkten dürfen.

Unter Umständen droht ihnen sogar eine Lizenzgebühr an die US-Firma, die die Gene der alten indischen Reissorte als eigenes Patent angemeldet haben. -T.S.-

Asylgesetz als weiterer Ausbau der Festung Europa

Nach nur drei Jahren wurde das Österreichische Asylgesetz nun schon wieder abgeändert, ohne dabei wirkliche Verbesserungen für Asylsuchende zu bieten. Was ein „sicheres Drittland“ ist, soll der Innenminister in Zukunft per Verordnung festlegen können. Nicht einmal mehr verbindliche Kriterien bestimmen damit aus welchen Staaten Flüchtlinge nicht mehr nach Österreich kommen dürfen ohne wieder in das „sichere Drittland“ abgeschoben zu werden, sondern die Meinung des Innenministers. - pet-

Neues Militärbefugnisgesetz

Das neue Militärbefugnisgesetz soll die Befugnisse des Österreichischen Bundesheeres weiter ausweiten. Während es gegen die Möglichkeit z.B. Autos von ZivilistInnen zu beschlagnahmen massive Proteste gab, scheinen nur wenige etwas dagegen zu haben, daß in Zukunft auch einfache Präsenzdiener ZivilistInnen verhaften dürfen sollen. -red-

Sacco und Vanzetti 1998?

Der Wiedergewählte Gouverneur des US-Bundesstaates Pennsylvania will den schwarzen Bürgerrechtsaktivisten und Revolutionär Mumia Abu-Jamal nun endgültig ermorden lassen.

Während das Todesurteil gegen die am 27. August 1927 im Bundesstaat Massachusetts hingerichteten

Anarchisten Sacco und Vanzetti erst 1977 - also 50 Jahre nach ihrer brutalen Ermordung durch die US-Justiz - als Fehlurteil aufgehoben wurde, ist es für Mumia Abu-Jamal noch nicht zu spät. Trotzdem können nur noch massivste internationale Proteste - so wie 1995 - die Hinrichtung verhindern.

"Black Panther"

Mumia Abu-Jamal war als Journalist und Aktivist der "Black Panther Party" bereits vor seiner Verurteilung ein beliebtes Angriffsziel der US-RassistInnen.

Die "Black Panther Party" war Mitte der 60er Jahre von den beiden afroamerikanischen Revolutionären Huey P. Newton und Bobby Seale gegründet worden. Sie trat vor allem gegen die ständigen Polizeiübergriffe gegen AfroamerikanerInnen und deren soziale und politische Marginalisierung auf. Mit Sozialprogrammen, Schaffung eigener afroamerikanischer Communities und anderen Formen der Selbstorganisation versuchten die Black Panthers dem rassistischen Staat eine Gegenmacht von unten entgegenzustellen. Wenn auch Teile der Black Panthers - vor allem jene die aus der Nation of Islam kamen - immer wieder in schwarzen Rassismus als Gegengewicht zum herrschenden Weißen Rassismus abglitten, so waren die politischen Mehrheitsmeinungen innerhalb der Panthers immer klar linksrevolutionär. Die Partei verstand sich selbst als marxistisch-leninistisch.

Um den massiven militärischen Angriffen der Polizei und Armee - es wurden sogar Communities der Black Panther aus der Luft bombardiert - etwas entgegenzusetzen zu können entwickelten die Panthers aus Formen militanter Selbstverteidigung. Die militärische Überlegenheit der USA und die Infiltration der Bewegung durch den Geheimdienst - der interne Briefe fälschte und so zu Verwirrung, Spaltung und Streit unter den Panthers sorgte - brachte die Bewegung in den Achtzigerjahren fast völlig an den Rand des Abgrundes. Erst die letzten Jahre konnten sich Panthers wieder teilweise durch größere Aktivitäten z.B. in New York auszeichnen.

Mumias angeblicher Mord

Der Journalist Mumia Abu-Jamal der u.a. über die Bombardierung der MOVE-Community, welche 6 Erwachsenen und 5 Kindern das Leben kostete berichtet hatte war den US-Sicherheitsbehörden so schon lange ein Dorn im Auge. Am 9.12. 1981 ereignete sich dann ein Vorfall mit dem sich das Todesurteil für den bekannten Revolutionär konstruieren ließ. Nach einer angeblichen Verkehrsübertretung wurde Mumias Bruder von einem weißen Polizisten brutalst zusammengeschlagen. Mumia der gerade zufällig vorbeikam eilte seinem Bruder zu Hilfe. Im Laufe der Auseinandersetzungen fielen Schüsse. Mumia blieb mit lebensgefährlichen Schußverletzungen am Straßenrand liegen, der Polizist war tot.

Mumia wurde mit der Ambulanz erst eine dreiviertel Stunde später eingeliefert, der bewachende Polizist versuchte Mumia bereits im Spital zu ermorden indem

er Urin durch den Katheder in seinen Körper zurückzupressen versuchte.

Nachdem Mumia überlebte und die Polizei wegen Mißhandlung anzeigte wurde er wiederum wegen der Ermordung des Polizisten angeklagt.

Der Prozeß

Der Prozeß gegen ihn war von Anfang an durch und durch rassistisch geprägt. Mehrere Geschworene hatten enge Kontakte mit der Polizei oder waren mit PolizistInnen verwandt. Der Großteil der Geschworenen kam aus einer stark rassistisch geprägten weißen Mittelschicht. Der Richter Albert Sabo sorgte im letzten Augenblick für den Ausschluß einer afroamerikanischen Geschworenen und die Ersetzung durch einen Weißen. Sabo - der zuvor bereits mit 31 Todesurteilen mehr Menschen in den USA zum Tode verurteilt hatte als irgend ein anderer Richter was ihm den Beinamen "Henker von Philadelphia" einbrachte - verurteilte auch Mumia Abu-Jamal nach einem unfairen Prozeß zum Tode.

Der Gouverneur

Nach der Wahl des fanatischen Todesstrafe-Befürworters Tom Ridge zum Gouverneur von Pennsylvania wurde auch die geplante Hinrichtung Mumia Abu-Jamals akut. Nachdem seit 1962 in diesem Bundesstaat keine Hinrichtungen mehr stattgefunden hatten, wurde am 2. Mai 1995 der erste Gefangene wieder vom Staat ermordet. Der Großteil der TodeskandidatInnen sind auch hier Angehörige von Minderheiten die durch das "weiße Amerika" diskriminiert werden: AfroamerikanerInnen, Indigene, Hispanics,... Die Gründe dafür sind nicht nur im ökonomischen Desaster dieser Gruppen zu suchen, sondern auch in der Tatsache, daß einE AfroamerikanerIn oder einE Indigene viel leichter für dieselbe Tat zum Tode verurteilt wird als einE Weißer.

Bereits einmal unterschrieb der Gouverneur 1995 den Hinrichtungsbefehl. Internationale Proteste konnten damals die Hinrichtung noch einmal verhindern. Seither hat Mumia zwei Bücher aus dem Todestrakt hinausgeschmuggelt, welche auch auf Deutsch erhältlich sind. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wurde jedoch abgelehnt.

Deshalb will Gouverneur Ridge nun - nach seiner Wiederwahl - erneut den Hinrichtungsbefehl unterschreiben. Unter Umständen steht eine Hinrichtung von Amerikas prominentestem politischen Gefangenen also unmittelbar bevor. Ob auch diesmal internationale Proteste die Ermordung Mumias verhindern können wird nicht zuletzt an uns und unseren Protesten liegen.

Petra Meier

GrünBlauBraun

Grüne Flitterwochen mit Liberalen und RechtsextremistInnen in Kärnten

Die Kärntner Landespartei der Grünen hat für die Landtagswahlen am 7. März 1999 ein Wahlbündnis mit dem Liberalen Forum, der christlich-konservativen slowenischen Minderheitenpartei "Kärntner Einheitsliste" und den Vereinten Grünen geschlossen. Damit gehen die dortigen Grünen nicht nur einen Wahlpakt mit einer liberalen und konservativen Partei ein, sondern auch mit einer Grüngruppierung die schon seit Jahren ökofaschistische Propaganda betreibt. Am Beginn der Österreichischen Grünbewegung standen vor allem 2 große Grüngruppen die links angehauchte Alternative Liste (AL) - die auch einen antikapitalistischen und linksradikalen Parteiflügel hatte - sowie die rechtsgerichteten Vereinten Grünen VGÖ. Bereits damals berief sich die VGÖ auf den ökofaschistischen (ehemaligen) Nazi Konrad Lorenz und unterstrich dies auch immer wieder in ihren Publikationen. Trotzdem gab es auch innerhalb der VGÖ ein breiteres politisches Spektrum, das von Liberalen und Konservativen bis zu überzeugten ÖkofaschistInnen reichte.

Nach dem Wahlbündnis der VGÖ mit dem Großteil der AL blieben die gemäßigteren VGÖlerInnen auch nach der Trennung immer noch bei den nunmehr zur "Grünen Alternative" mutierten Gruppierung. Der rechte Parteiflügel der VGÖ ging jedoch mit Josef Buchner und Wolfgang Pelikan wieder eigene Wege. In darauffolgenden Wahlkämpfen wurde dann auch gelegentlich ganz offen ein "Ausländerstop" verlangt. Die sowieso bereits in rasendem Tempo zu einer indifferenten "Mitte" wandernden Grünen wurden ständig von sehr weit rechts kritisiert.

Trotzdem versuchte die damalige Grüne Parteispitze um Peter Pilz im Herbst 1993 für die Nationalratswahlen 1994 erneut in Verhandlungen die nicht vom Bundeskongreß der Partei sanktioniert waren ein Wahlbündnis zu schmieden. Der Autor dieser Zeilen warnte bereits damals - zu jener Zeit noch als Aktivist der Grünalternativen Jugend in deren Organ "Vorlaut" - vor diesem Bündnis mit rechtsextremen Grüngruppen.

Wenig später flog dann auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit auf, daß die VGÖ-Spitze gleichzeitig mit den Verhandlungen der Grünen mit der FPÖ Geheimverhandlungen führte. Für Pilz und Co. waren damit weitere Verhandlungen nicht mehr möglich, da

sich die VGÖ durch ihr FPÖ-Naheverhältnis in der antifaschistischen Öffentlichkeit endgültig diskreditiert hatte.

Die letzten liberalen und bürgerlich-konservativen Teile der VGÖ verließen in den darauffolgenden Wochen die VGÖ, da sie in den Auseinandersetzungen mit der Parteispitze um Buchner und Pelikan unterlagen. Die Tiroler VGÖ trat den Grünen bei, die Vorarlberger VGÖ fand in der dortigen "Grünen Bürgerliste" Unterschlupf und die WienerInnen und NiederösterreicherInnen gründeten die "Bürgerlichen Grünen Österreichs", BGÖ.

Buchner und Pelikan versuchten die stark gelichteten Reihen ihrer Partei daraufhin mit noch weiter rechtsstehenden AktivistInnen aufzufüllen. Sogar AktivistInnen der VAPO (Volkstreue Ausserparlamentarische Opposition) Gottfried Küssels fanden zeitweise bei der Rest-VGÖ Unterschlupf.

Da aber auch dies der Partei keinen Aufschwung mehr brachte trat Josef Buchner kurz vor den Nationalratswahlen 1994 zurück und überließ die Partei dem rechtsextremen Haider-Fan, dem ehemaligen Fußballtrainer Adi Pinter. Dieser gab ganz offen bekannt keine inhaltlichen Differenzen zu Jörg Haider zu haben und bekam deshalb auch von FPÖ-Abgeordneten die Unterstützungserklärungen für eine Kandidatur bei den Nationalratswahlen. Die auf weniger als 30 Leute geschrumpfte Partei hätte sonst bei den NR-Wahlen 1994 schon keine Kandidatur mehr zustande gebracht.

1995 kandidierte die Rest-VGÖ dann im Rahmen der rechtsextremen Anti-EU-Liste "Die Neutralen", bei den Kärntner Gemeinderatswahlen 1997 kandidierte die Partei wieder eigenständig und konnte zwei Mandate erringen, eines mehr als die dortigen Grünen.

Trotz dieses lokalen Wahlerfolges kann nichts darüber hinwegtäuschen, daß die VGÖ schon fast nicht mehr existiert und sich die Österreichischen ÖkofaschistInnen längst andere Organisationen gesucht haben, als diese darniederliegende Kleinstpartei. Die Kärntner Grünen verbünden sich nun nicht nur mit klar rechtsextremen "ÖkologistInnen", sondern verhelfen einer totgeglaubten Gruppierung wieder zu neuem Leben.

Thomas Schmidinger

Nicht mehr Grün hinter den Ohren

Die Grünen auf dem Weg von der Protestbewegung zur parlamentarischen Normalität

Die "Grünen" entstanden aus einer Vielzahl von Initiativ - Bewegungen. So engagierten sich die frühen "Grünaktivisten" meist zuvor bereits in der Anti - AKW - Bewegung, der Naturschutzbewegung und der Friedensbewegung oder setzten sich für die Rechte der Frauen ein. Auch Mitglieder verschiedener sozialer Bewegungen wie z.B. der "Autonomen" versuchten, sich in die entstehende "Grünbewegung" einzubringen. Das wichtigste Motiv zur Gründung der "Alternativen Liste" war der Wunsch, die "Bewegung" in den Parlamenten (in den Gemeinden, den Ländern und im Nationalrat) vertreten zu sehen.¹

Von Zwentendorf bis zur Nationalratswahl 1983

Die Anti - AKW - Bewegung

In den siebziger Jahren entwickelten sich in Österreich zahlreiche regionale Bürgerbewegungen, von denen sich die meisten auch im Anti - AKW - Kampf engagierten. Die Anti - AKW - Bewegung entwickelte sich zur größten sozialen Bewegung der siebziger Jahre in Österreich. Erste Proteste gab es in Vorarlberg (gegen den geplanten Bau eines grenznahen Schweizer AKW's) und in Oberösterreich gegen die möglichen Standorte in St. Pantaleon und in Bogenhofen, zu österreichweiten Protesten führte erst die geplante Inbetriebnahme des bereits fertiggestellten Atomkraftwerkes in Zwentendorf.²

Während in der ersten Phase des Protestes (1969 - 1973)³ lediglich Wissenschaftler und Ärzte ihre Bedenken äußerten, engagierten sich in der zweiten Phase (1974 - 76) rechte Gruppierungen wie der "Weltbund zum Schutz des Lebens" und der rechtsextreme "Verein Dichterstein Offenhausen" in verschiedenen oberösterreichischen Bürgerbewegungen. Diese wurden nun auch von den "Oberösterreichischen Nachrichten" und der Landesausgabe der "Neuen Kronen Zeitung" unterstützt. Vor allem letztere schwenkte auf einen Anti - AKW - Kurs ein. Diese Proteste blieben regional begrenzt und richteten sich gegen den Standort St. Pantaleon, nicht aber gegen Zwentendorf.

Ab 1974 begannen sich der maoistische "Kommunistische Bund" und verschiedene trotzkistische Gruppierungen in der Anti - AKW - Bewegung zu engagieren. Der "Kommunistische Bund" übernahm dort bald eine Vorreiterrolle. In der dritten Phase des Protestes (1976 - 1978) kam es zur Gründung der überregionalen "Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner" (IOAG), die politisch vom "Kommunistischen Bund" dominiert wurde und sich bereits ein Jahr später wieder spaltete. Die ausgetretenen konservativen Gruppierungen und Bürgerbewegungen gründeten ihrerseits die "Arbeitsgemeinschaft gegen

Zwentendorf" (ARGE), die fast gänzlich auf Lobbying und Medienberichterstattung setzte.

Die Volksabstimmung am 5.11.1978 brachte ein denkbar knappes Ergebnis. 50,47% sprachen sich gegen, 49,53% für die Inbetriebnahme des AKWs aus (Beteiligung 64,1%). Dies war freilich weniger den Kernkraftgegnern, als der Politik Bruno Kreisky zuzuschreiben, der die Abstimmung mit einem Vertrauensvotum über seine Person verband. Dies nützte die ÖVP, um von einem eher kernkraftfreundlichen Kurs auf ein "Nein zu Zwentendorf" umzuschwenken. Der SPÖ sollte so ein Denkkzettel verpaßt werden, was ja schließlich auch gelang. Die (noch schwache) alternative und grüne Bewegung selbst vermochte nicht, auf diesen politischen Erfolg unmittelbar aufzubauen.⁴

Erste kommunale "Grünkandidaturen"

Die Bürgerliste Salzburg sprach in ihrer Anfangszeit eher ein Protestwählerpotential denn ein grünes und alternatives Spektrum an und brachte sich auch erst spät in den grünalternativen Parteibildungsprozeß ein.⁵ Bei ihrem ersten Antreten bei Gemeinderatswahlen konnte sie bereits 5,6% und zwei Mandate erreichen und 1982 brachte sie es zu einem Sensationserfolg: 17,7% der Wählerstimmen bedeuteten sieben Mandate und den ersten "grünen" Stadtrat (Johannes Voggenhuber). Bei späteren Wahlen konnte an diesen Erfolg nicht mehr angeschlossen werden.

Im Oktober 1979 traten bei den oberösterreichischen Kommunalwahlen alternative und grüne kommunalpolitische Initiativen an, und in Baden kandidierte bei den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich im März 1980 erstmals eine Gruppierung unter dem Namen "Alternative Liste".

In der Bundeshauptstadt bildete sich in dieser Zeit die als Netzwerk konzipierte "Kommunalpolitische Initiative Wien" (KI), der direkte Vorläufer der späteren "Alternativen Liste Wien". Ein heftiger Streit zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Einzelpersonen entbrannte um das Thema Gemeinderatswahl 1983.⁶ Während ein Teil das Antreten bei den Wahlen anstrebte, lehnten andere dies strikt ab. So kam es schließlich zur Abspaltung von Verfechtern der Netzwerkkonzeption ("brave" Bürgerinitiativler/innen, Anarchisten/innen etc.) und ein Plenum der KI beschloß im Jänner 1982, unter dem Namen "Alternative Liste" bei den Gemeinderatswahlen 1983 zu kandidieren.

In Graz bildete sich im Herbst 1980 ebenfalls ein Netzwerk, die Grazer "dezentrale". Die "Alternative Liste Graz" war Mitglied der "dezentrale", und auch in Graz führte die Diskussion um ein Antreten auf kommunaler Ebene zur Spaltung. Schließlich schloß sich ein Teil der "dezentrale" der "Alternativen Liste" an. Die Grazer Alternativen waren es auch, die die Bildung der "Alternativen Liste Österreich" entscheidend vorantrieben.⁷

Die Gründung der ALÖ

Nach zwei bundesweiten Treffen alternativer Gruppierungen, bei denen mehr oder weniger erfolglos über die Bildung einer österreichweiten alternativen Partei diskutiert wurde, gelang schließlich beim dritten "Alternativentreffen" am 20.11 und 21.11.1981 in Graz der Durchbruch. Nachdem eine zentralistische Organisationsvariante gescheitert war, wurde nun eine (extrem) föderalistische Variante angestrebt. Beim vierten Treffen in Oftring am 20.3 und 21.3.1982, bei dem auch Vertreter der FPÖ und der in Gründung befindlichen "Vereinten Grünen Österreichs" (VGÖ) anwesend waren, wurde die Kandidatur unter dem Namen "Alternative Liste Österreich" (ALÖ) bei den Nationalratswahlen 1983 beschlossen. Bereits im Herbst 1982 gründeten sich die ersten Landesorganisationen der ALÖ, und im Frühjahr 1983 folgten die restlichen.

Die wichtigsten Strömungen in der ALÖ

"Die Grazer": Sie setzten auf einen systemimmanenten Wertewandel und auf die Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche mit ökologischem Gedankengut.

"Die Wiener": Diese betrachteten sich als "kulturrevolutionär" und die "Grazer" bescheinigten ihnen Revolutionsutopismus. Sie waren ursprünglich eine breite Palette linker Gruppierungen und linker Einzelpersonen.

Während in der ALÖ diese beiden Lager den Ton angaben, gewannen in der Gründungszeit der "Grünen Alternative" noch folgende weitere Strömungen an Einfluß auf die "Grünbewegung":

"Die Rosagrünen": Zu ihnen werden Aktivisten aus dem Umfeld der Sozialdemokratie gezählt.

"Die Schwarzgrünen": Dieser Flügel entsprach hauptsächlich Personen, die im Zuge der Proteste gegen das Wasserkraftwerk Hainburg aus der "schwarzen" Studentenvertretung "Aktionsgemeinschaft" zu den "Grünen" stießen und dort (vorläufig) eine politische Heimat fanden.

Bereits in den ersten Statuten der ALÖ, die offiziell am 5.11.1982 gegründet wurde, zeigten sich die Differenzen. "Der Bundeskongreß kann mit 2/3 Mehrheit Kandidaten von Bundesländerlisten streichen."⁸ Dieser als "Wiener Paragraph" bezeichnete Absatz in den Statuten sollte die Reihung von Homosexuellen, Linksextremisten oder schrillen Feministinnen auf wählbaren Listenplätzen der "Alternativen Liste Wien" (ALW) verhindern. In der ALW selbst sprach sich die Mehrheit gegen das Tabelle 1:¹¹

	Alternative Liste		Vereinte Grüne	
Burgenland	1.609	(0,87)	1.821	(0,99)
Kärnten	5.184	(1,50)	7.006	(2,04)
Niederösterreich	8.336	(0,88)	14.227	(1,51)
Oberösterreich	11.069	(1,37)	18.606	(2,31)
Salzburg	3.904	(1,45)	7.387	(2,74)
Steiermark	14.361	(1,82)	12.195	(1,55)
Tirol	4.173	(1,16)	5.515	(1,53)
Vorarlberg	3.250	(2,00)	4.676	(2,65)
Wien	13.696	(1,40)	22.374	(2,28)
Bund	65.816	(1,36)	93.798	(1,93)

Antreten bei den Nationalratswahlen aus. Einerseits gab es bei der Parteilinken ideologische Positionen, die sich mit dem Antreten bei einer Nationalratswahl nicht verknüpfen ließen, andererseits fürchtete man sich vor der Überlastung der jungen Partei, da im selben Jahr Gemeinde-, und Bezirksvertretungswahlen stattfanden. Als schließlich die beiden Wahltermine auf den selben Tag gelegt wurden, war damit auch der (vorgeschobenen) Argumentation der ALW der Boden entzogen worden. Nach längeren Flügelkämpfen innerhalb der ALW kam es schließlich zu einer Spaltung in die linke "Montagsgruppe" und die den "Grazer" nahestehende "Donnerstagsgruppe". Beide, nach dem Tag ihrer Sitzungen benannten "Fraktionen", beantragten die Aufnahme in die ALÖ und beide wurden abgelehnt. Schließlich konnte doch noch ein Kompromiß gefunden werden: Die ALW mußte ihre bereits gewählte Kandidatenliste für die NR – Wahl 1983 revidieren, es wurden statt dessen "Konsenskandidaten" mit der "Donnerstagsgruppe" gewählt, die dafür in die ALW zurückkehrte. In der Folge wurde die "Alternative Liste Wien" in die ALÖ aufgenommen.⁹ Solche ideologisch aufgeladene Streitereien blieben der "Alternativen Liste Graz" erspart. Sie repräsentierte den gemäßigten Teil innerhalb der ALÖ. Die Grazer Alternativen waren (im Gegensatz zu den Wienern) auch bereit, ein Bündnis mit den VGÖ einzugehen, um eventuell in den Nationalrat einzuziehen. Angestrebt wurde ein Wahlbündnis für die Nationalratswahlen 1983.¹⁰

Die Verhandlungen mit den "Vereinten Grünen Österreichs"

Der Vorsitzende der VGÖ, Anti – Zwentendorf – Aktivist Tollmann, verlangte von der "Alternativen Liste", auf das Rotationsprinzip, das imperative Mandat u.a. alternative Grundideen zu verzichten. Obwohl diese Forderungen für die ALÖ eigentlich unannehmbar waren, stimmten alle Landesorganisationen (außer der Wiener und der Kärntner) einem Wahlbündnis zu. Auch die Basis der VGÖ übte Druck auf die Parteispitze aus, doch einer gemeinsamen Kandidatur zuzustimmen. Diese scheiterte schließlich an der unnachgiebigen Haltung von Alexander Tollmann, der sich durch Meinungsumfragen bestätigt fühlte. Diese prophezeiten den VGÖ auch bei alleinigem Antreten den Einzug in das Parlament. Ins Parlament kam schließlich keine der beiden Grünlisten. Sowohl VGÖ als auch ALÖ scheiterten an der 4% Hürde. Bei einer gemeinsamen Kandidatur wären jedoch zwei Grundmandate in den Wahlkreisen Oberösterreich und Wien erreicht worden.

Die Zeit nach der Nationalratswahl

Nach der NR – Wahl gelang es der Linken ("Wiener") ihren Einfluß innerhalb der ALÖ und in einigen Landesorganisationen auszubauen, was bald auch auf bündnispolitischer Ebene und bei Personalentscheidungen sichtbar wurde. So empfahl etwa der Salzburger Bundeskongreß, bei den Arbeiterkammerwahlen im April 1984 die "Gewerkschaftliche Einheit – Alternative Gewerkschafter" zu unterstützen. Die GE war früher der der KPÖ nahestehende Gewerkschaftsflügel, bis es zu einem Zerwürfnis mit der "Mutterpartei" kam. Die Vertreter der "Grazer" Strömung zogen sich immer mehr in die einzelnen Landesorganisationen zurück, weil sie dort ihre Positionen leichter durchsetzen konnten. Dies führte zu einer Schwächung der Bundespartei, die ALÖ reduzierte sich zunehmend zu einem Nebeneinander der einzelnen Landesorganisationen. Eine weitere Folge der Abwanderung in die Landesorganisationen war, daß die Linke innerhalb der ALÖ im Vergleich zu ihrem gesamtgesellschaftlichen Potential überproportional vertreten war.¹²

Die strukturellen Schwächen der weitgehend basisdemokratisch aufgebauten ALÖ kamen besonders in den Landesorganisationen zum Vorschein. Die sog. "Basisgruppen" kannten meist keine verbindliche Mitgliedschaft, eine hohe personelle Fluktuation war die Folge. Lediglich ein kleiner Kern der Aktivisten konnte an die ALÖ gebunden werden. In den übergeordneten Parteigremien wurde die Qualität der politischen Arbeit durch die hohe Fluktuation und die daher ständig wechselnden Mehrheitsverhältnisse auf den Bundeskongressen vermindert. In der Folge kam es oft zu verwirrenden und teilweise sogar widersprüchlichen Beschlußfassungen.

Wahlbündnisse zwischen ALÖ und VGÖ

Auf Länderebene kam es immer wieder zu Bündnissen zwischen ALÖ und den "Vereinten Grünen", wofür meist Wahlplattformen gebildet wurden.

Das erste solche Bündnis gab es in Salzburg. Hier gründeten die Bürgerliste Salzburg, die Alternative Liste und die VGÖ sogar eine neue Wahlpartei, die "Grün – Alternative Bürgerliste Salzburg" (GABL). In dieser wurden die "Parteilinken" der AL Salzburg kurzerhand eliminiert, indem ihnen einfach die Mitgliedschaft in der neuen Partei verwehrt wurde. Nachdem kein Vertreter der VGÖ in den Parteivorstand gewählt wurde, scherte diese aus, und es kam schließlich nur zur Bildung eines Parteibündnisses. Als dieses das Wahlziel klar verfehlte, verließen zuerst die VGÖ, dann die

Tabelle 2.¹⁴

Wahl	ALÖ	VGÖ	Bündnisse
GRW Wien 24.4.83	23.969 (2,50)	6.144 (0,64)	-----
LTW NÖ 16.10.83	5.549 (0,59)	9.274 (0,99)	-----
LTW Salzb. 25.3.84	-----	-----	10.304 (4,26) GABL
LTW Tirol 17.6.84	-----	-----	10.221 (2,92) LAT
LTW Kärnten 30.9.84	4.710 (1,49)	3.569 (1,13)	-----
LTW Vlb. 21.10.84	-----	-----	22.430 (13,00) AL/VG
LTW OÖ 16.10.85	-----	16.469 (2,19)	12.681 (1,68) GAL
LTW Steierm. 21.9.86	-----	-----	28.366 (3,73) VG-AL

Bürgerliste das Bündnis. Übrig blieb die stark dezimierte AL Salzburg.

In Tirol trat unter dem Namen "Liste für ein anderes Tirol" eine Personenliste der AL mit einzelnen VGÖlern an, erreichte bei den Landtagswahlen jedoch kein Mandat und zerfiel wieder. An ihre Stelle trat die "Grün – Alternative Liste Tirol" (GAL – T), eine Fusion der AL mit ehemaligen VGÖlern, Mitgliedern von Bürgerinitiativen und Einzelpersonen. Sie wurde personell von Vertretern der Alternativen Liste dominiert, das Rotationsprinzip und das imperative Mandat wurden jedoch abgeschafft.

In Vorarlberg bildeten die AL und die VGÖ eine – äußerst erfolgreiche – Wahlplattform. Bei den Landtagswahlen 1984 erhielt sie 13% der Stimmen und vier Mandate. Doch es folgte bald die Ernüchterung: Mit Kaspanaze Simma hatte man einen medienwirksamen Spitzenkandidaten gewählt, der mit den Positionen der links – alternativen Vorarlberger AL allerdings nicht viel gemeinsam hatte. Er tendierte nämlich immer mehr zu den VGÖ, weigerte sich wie vereinbart zu rotieren und ignorierte Parteibeschlüsse. Schließlich forderte die AL doch seinen Rücktritt. Im Gegenzug erklärte Simma, nicht mehr der Alternativen Liste anzugehören. Dem VGÖ – Mandatar Manfred Rünzler war es in Kooperation mit Simma gelungen, die durch Rotation und imperatives Mandat abgesicherte AL im Wahlbündnis an die Wand zu spielen.

Doch aus den Vorgängen in Vorarlberg wurden keine Lehren gezogen. In Oberösterreich kam es erneut zur Bildung einer Wahlplattform, die jedoch in letzter Sekunde von den VGÖ aufgekündigt wurde. Immerhin hatten Meinungsumfragen den VGÖ bescheinigt, auch bei alleinigem Antreten den Einzug in den Landtag zu schaffen. Etwa ein Drittel der bürgerlich – grünen Parteimitglieder verließ daraufhin die Partei und fusionierte mit der AL zu den "Grünalternativen Oberösterreichs" (GAL – OÖ). Bei den Landtagswahlen im Oktober 1985 blieben beide Parteien unter der 4% Hürde.

Die letzte Wahlplattform bildeten die Steirer Alternativen im Jahr 1986. Es gelang im Bündnis mit den VGÖ in den Landtag einzuziehen, zwei Mandate konnten erreicht werden. Doch auch hier braute der VGÖ – Vorsitzende Josef Korber sein eigenes Süppchen. Anstatt bei der angestrebten Fusionierung mitzuhelfen, baute er mit Geld aus der (gemeinsamen) Parteienfinanzierung die eigenen Strukturen weiter aus. Schließlich organisierte und finanzierte er sogar "Gegenkandidaturen" der VGÖ. Im Jänner 1988 wurde der gemeinsame Landtagsklub aufgelöst, zahlreiche Mitglieder der VGÖ wechselten zur "Grünen Alternative".¹³

Hainburg – Kristallisationspunkt der Grünbewegung

Die Auswirkungen von "Hainburg"

"Hainburg wurde zum Nährboden einer grünen Partei, welche die politische Landschaft Österreichs zu verändern beginnt."¹⁵

Die allgemein bekannten Ereignisse - die letztlich zur Erhaltung der Hainburger Au führten - wurden von den Österreichischen Grünen nachträglich ebenso mythologisiert wie jene um die Anti-AKW-Bewegung von Zwentendorf. Obwohl der Erhalt der Hainburger Au auch vielen fortschrittlichen BasisaktivistInnen verschiedener Gruppen zu verdanken ist, darf nicht übersehen werden, daß ohne den mächtigen Verbündeten "Kronen Zeitung" kaum so ein Erfolg erreicht werden hätte können und daß in der Au nicht nur ständig Österreich-Fahnen und andere nationalistische Symbole zum Einsatz kamen, sondern auch VAPO-Chef Küssel mit seinen Mannen die Au schützte.

Seit Hainburg wurden ALÖ und VGÖ mit neuen Wählerpotentialen konfrontiert. Das links - alternative Spektrum der ALÖ stellte dabei jedoch eine Schranke für die weitere Entfaltung der "Grünbewegung" dar und wurde im Laufe der Zeit eliminiert.

In den Auseinandersetzungen um die Au konnten sich Teile der ÖVP und die "Neue Kronen Zeitung" ihren Einfluß auf die "Grünbewegung" sichern. Die ÖVP unterstützte die "Hainburgler/innen" aus ihrer Oppositionsrolle heraus, während die "Krone" durch ihre mediale Unterstützung maßgeblichen Anteil an

der Verhinderung des Kraftwerksbaues hatte. Der Protest bekam dadurch auch anti - sozialdemokratische und anti - gewerkschaftliche Züge. Der ökologische Protest in Hainburg fand sein Sprachrohr also durchaus über etablierte Kreise, während die ALÖ (und die VGÖ) die Situation nur als "Trittbrettfahrer" nutzen konnte. Für die Grünen und Alternativen hatte Hainburg einen fahlen Nachgeschmack: "Nicht nur wurde in und mit Hainburg die Herausbildung radikalerer Segmente der grünalternativen Wahlbewegung verhindert, Hainburg war der erste Schritt einer Etappe, in der die sich formierenden Grünalternativen als die medienabhängigste aller Parteien installiert wurden."¹⁶

Das "Konrad - Lorenz - Volksbegehren" (KL - VB) wurde ebenfalls von der "Neuen Kronen Zeitung" unterstützt. Von ihr kamen auch die finanziellen Mittel zur Durchführung des Volksbegehrens. Maßgeblich organisiert wurde es von "Aktionsgemeinschaft" - Studentenpolitikern, während Günther Nenning das KL - VB in der Öffentlichkeit präsentierte. Dieser Flügel der "Grünen" fand als "Schwarzgrüne" seinen Platz in der "Grünbewegung".

Innerhalb der ALÖ äußerte nur die Wiener Linke ihre Bedenken an der Person Konrad Lorenzes und an den Initiatoren des Volksbegehrens, die restlichen Landesorganisationen unterstützten dieses mehr oder weniger deutlich. Das Volksbegehren selbst erreichte nur ein enttäuschendes Ergebnis, immerhin hätte auch jederzeit eine Mehrheit der Bevölkerung dem Bau des Kraftwerkes zugestimmt, wie Meinungsumfragen belegten.¹⁷

Tabelle 3:¹⁸

Bundesland	Eintragungen	Beteiligung
Wien	152.404	13,44
Kärnten	12.292	3,17
Vorarlberg	14.319	7,40
Österreich	353.906	6,55

Der grüne Einigungsprozeß

Die Bürgerinitiative Parlament (BIP) sollte als Kandidaturprojekt einer grünen Medien - und Politikelite dienen. In der BIP versuchte Günther Nenning die "Grazer" und die VGÖ einzubeziehen, während die "Schwarzgrünen" und die Wiener AL draußen bleiben mußten. Im Gegenzug forcierte die Wiener AL ihr eigenes Einigungsprojekt, die "Grün - Alternative Sammlung" (GRAS). In dem Einigungsprozeß konnte sich in den wesentlichen Punkten schließlich die BIP durchsetzen.¹⁹

Die "Bürgerinitiative Parlament"

Im Juli 1985 traf sich eine Personengruppe um Günther Nenning, um eine grüne Sammlungsbewegung zu initiieren: die Bürgerinitiative Parlament. Das Konzept sah eine Personenliste für die Kandidatur bei den Nationalratswahlen 1986 vor. Die Mandatäre sollten keiner Organisation, sondern lediglich ihrem Gewissen verantwortlich sein. Diese Form der

Politik stellt(e) den Gegenpol zum "imperativen Mandat" der Alternativen dar.

Die "Grazer" begannen - trotz interner Differenzen - die BIP zu "unterwandern" und eine Ersatz - ALÖ ohne die Wiener Linke zu schaffen. In dieser neuen Sammlungsbewegung übernahmen die "Grazer" bald die quantitative Mehrheit, Günther Nenning verlor rasch an Einfluß. Dieser näherte sich in der Folge - taktisch motiviert - an die GRAS an, und lud Interessierte zum BIP - Plenum am 6.1.1986 auf den Grazer Schloßberg ein. Über 300 Personen folgten seinem Aufruf und erwarteten nun die Öffnung der BIP für alle Interessierten. Doch diese konnte von den "Grazern" auf die Länderebene abgewälzt werden, in der bundesweiten Sammlungsbewegung durfte nicht jede Gruppierung mitarbeiten. Vor allem die Wiener AL war nicht als Verhandlungspartner vorgesehen.

Ein massives Engagement zeigten auch die "Rosagrünen", ehemalige Sozialdemokraten oder der Sozialdemokratie nahestehende Personen. Auf deren Antrag hin beschloß die BIP, bei den nächsten Bundespräsidentenwahlen Freda - Meissner - Blau zu unterstützen.

Bitter wurde das Grazer Plenum der BIP für die "Schwarzgrünen". Ihr politisches Konzept scheiterte, der personelle Exodus sollte folgen. Bereits beim nächsten Plenum vom 7.2. bis 9.2. in Röthelstein wurden die beiden Vertreter dieser Richtung (Heilingbrunner und Mayrhofer) zur Zurücklegung ihrer Funktionen im Vorstand gezwungen. Die bürgerlichen Medien bezeichneten diesen Aderlaß als "Linksruck" oder gar als "Linksputsch"²⁰. Auch in Röthelstein wehrte sich die BIP gegen die Öffnung, eine Deligation der GRAS wurde sogar kurzerhand vor die Tür gewiesen. Das Leitungsgremium der "Bürgerinitiative Parlament" war der Initiativausschuß (IA), in diesem waren nach dem Plenum in Röthelstein u.a. Peter Pilz, Andreas Wabl und Günther Nenning vertreten.²¹

Die "Grünalternative Sammlung"

Die am 4.5.1985 in Salzburg ins Leben gerufene GRAS war der erste Versuch einer Sammlungsbewegung. Während die "Wiener" Linke eine grünalternative Linkspartei mit organisatorischen Verbindlichkeiten initiieren wollte, sahen die "Grazer" den Knackpunkt in der Personaldiskussion: "Sie gingen davon aus, daß der Prozeß der Parteibildung seinen Ausgang von einer grünalternativen Wahlbewegung nehmen würde."²² Doch bereits vor dem dritten bundesweiten Treffen der GRAS am 21.9.1985 hatte sich die "Grazer" Strömung entschieden, auf die BIP zu setzen. Dadurch wurde die GRAS selbst für die Linke zum Ballast. Sie war zu schwach, um ihre "Organisationsvariante" durchzusetzen und die Mehrheit in der GRAS orientierte sich zunehmend an der BIP. Die von der Linken angestrebte "BIP – Vernichtung" war seit dem Umschwenken der "Grazer" chancenlos. Vielmehr mußte sie nun auffassen, nicht selbst aus dem Parteibildungsprozeß verdrängt zu werden. Für die noch existierende ALÖ bedeuteten die einsetzenden "grünen" Sammlungsbewegungen den Beginn der Auflösung ihrer bundesweiten und länderweiten Strukturen.

Die spezifische Situation in Wien

Während sich in den übrigen Bundesländern Sammlungsbewegungen bildeten, die sich an die BIP koppelten, versuchte die Bewegungslinke zumindest in Wien ein Pendant zur BIP zu bilden. Bundesweit gab es keine Organisation (die GRAS kam ja nicht in Frage), der sich die Wiener Sammlung hätte anschließen können. So wurde die "GRAS – Wien" gebildet. Parallel dazu bildeten Nenning, Pilz u.a. eine Wiener Landesgruppe der BIP. Doch die entwickelte Kultur von Basisgruppen, die Präsenz der AL Wien und der Linken waren ein denkbar schlechter Boden für die BIP. So mußte sie die auf die "Organisationsvariante" aufbauende "GRAS – Wien" anerkennen und agierte als "BIP – Block" in deren Strukturen. Am 6.4.1986 kam es zur Parteigründung der "GRAS – Wien". In den Gremien der neuen Partei dominierte die AL Wien, die BIP war lediglich eine Gruppierung unter vielen.

In dieser grünalternativen Parteibildungsphase wiederholte sich die Situation der ALÖ – Bildung: Den von den "Grazer" dominierten, zur BIP tendierenden Ländern stand in Wien die von der Linken dominierte "GRAS – Wien" gegenüber. Und auch diesmal konnten die "Wiener" ihren Einfluß auf die östlichen Bundesländer ausbauen. Sowohl in Oberösterreich, als auch in Niederösterreich wurden zwar BIP – Landesgruppen gegründet, diese konnten sich jedoch gegen die bereits bestehenden und von der Linken dominierten Sammlungsbewegungen nicht durchsetzen.²³

Die Wiederbelebung der ALÖ

Nach dem BIP – Plenum in Röthelstein und der Verweigerung der BIP, sich für alle grünalternativen Gruppierungen zu öffnen, ging die "Wiener" Strömung in die Offensive. Zwar wurde die GRAS – Österreich fallengelassen, dafür sollte die ALÖ wieder manövrierfähig gemacht werden. Parallel dazu bauten die "Wiener" ihren Einfluß auf die Sammlungsbewegung in Ostösterreich weiter aus. Im Februar 1986 beschloß die ALÖ auf ihrem Bundeskongreß in Feldkirch, sich in ihrer Sammlungspolitik auf GRAS – Linie festzusetzen. Es folgte im März 1986 die "Resolution Grünalternativ 1987", die später (da von Günther Nenning kurzerhand umbenannt) als "Hainburger Manifest" bezeichnet wurde. In ihm wurde die Abhaltung eines "Hainburger Einigungskongresses" und die Bildung eines "Hainburger Einigungskomitees" gefordert. Das Plenum der BIP billigte am 20.4.1986 in Salzburg den vorgeschlagenen Weg, trotzdem betrieb man die Einigungspolitik innerhalb der eigenen Strukturen weiter. Selbst mit den VGÖ wurden erneut Verhandlungen aufgenommen, es entstand eine (vorläufige) Wahlplattform BIP – VGÖ. Dies bedeutete eine starke Aufwertung der zu diesem Zeitpunkt bereits schwachen VGÖ im Einigungsprozeß, die Vereinbarung mit ihren zahlreichen Konzessionen wurde später von vielen als politischer Fehler erkannt.²⁴

Freda Meissner-Blaus Antreten bei den Bundespräsidentenwahlen 1986

Die Kandidatur Freda Meissner-Blaus (FMB) wurde hauptsächlich von den "Rosagrünen" unterstützt. Die Mehrheit der ALÖ sowie die "Schwarzgrünen" und die VGÖ begegneten der Kandidatur mit Skepsis. Dagegen wurde die Kandidatin während dem Wahlkampf sogar von der Gewerkschaftlichen Einheit und der "Sozialistischen Alternative" aktiv unterstützt. Die Beteiligung an der BP – Wahl diente als Probe für die kommende NR – Wahl, für die FMB als Spitzenkandidatin aufgebaut wurde. Das erzielte Ergebnis war schließlich nicht gerade berauschend: lediglich 260.000 Österreicher und Österreicherinnen gaben der "Grün – Kandidatin" ihre Stimme.

Tabelle 4:²⁵

Burgenland	5.817	2,98
Kärnten	15.596	4,38
Niederösterreich	39.778	4,10
Oberösterreich	34.438	4,44
Salzburg	15.117	5,79
Steiermark	37.049	4,72
Tirol	25.909	7,04
Vorarlberg	17.624	10,02
Wien	68.143	8,18
Österreich	259.471	5,50

Das "Hainburger Einigungskomitee"

Das "Hainburger Einigungskomitee" (HEK) sollte zur endgültigen Einigung der Grünbewegung Österreichs führen. Es besaß zwar in inhaltlichen Fragen keine Kompetenzen, dafür sollte für den geplanten "Hainburger Einigungskongreß" ein konsensfähiger Grundsatzvertrag erarbeitet werden. Von den zahlreichen Teilnehmern wurden nur einstimmige Beschlüsse als bindend erachtet.

Das "Redaktionskomitee" war dafür verantwortlich, den Grundsatzvertrag auszuarbeiten. Die Hauptschwierigkeit dieses Gründungsdokumentes für die neue "Grünpartei" lag in der Regelung der Etappen bis zur endgültigen Fusion aller Beteiligten. Hier traten bereits große Differenzen auf. Vor allem die VGÖ forderten Sonderrechte bis in die gemeinsame Organisation hinein. Und die restlichen Gruppierungen und Einzelpersonen konnten sich zwar auf die verschiedenen Phasen der Parteigründung, nicht aber auf deren zeitlichen Ablauf einigen. Trotzdem wurde die Urversion des Grundsatzvertrages (einige offene Fragen wurden einfach ausgeklammert) am 6.7.1986 vom "Einigungskomitee" gebilligt. Er war aber so lange nicht bindend, wie ihn Vertreter der einzelnen "Bündnispartner" nicht autorisiert hatten.

Einer der ausgeklammerten Punkte war die Kandidatenfindung. Da die verschiedenen "Strömungen" und Gruppierungen unterschiedliche Ansichten vertraten – die Varianten reichten von dezentralistisch bis zu Proporzmodellen und verschiedenen Mischformen – wurde im HEK ein Konsens gesucht und schließlich auch gefunden: die gesamtösterreichische Liste benötigte die Zustimmung der "Bündnispartner" und der betroffenen Landesorganisationen. Außerdem sollten die Restmandatslisten – mit Einwilligung der betroffenen Landesorganisationen und der "Bündnispartner" – vom HEK erstellt werden. Für die Mandatare wurde die Regelung der "GRAS – Wien" übernommen, die eine widersprüchliche Auslegung zuließ. Die "Wiener" konnten die von ihnen geforderte demokratische Parteiorganisation unter Abstrichen durchsetzen, da das Hauptaugenmerk der BIP – Vertreter nicht der Organisationsform, sondern der Kandidatenliste galt.

Gremien der neuen Partei:

Bundeskongreß: 183 Delegierte werden von autonomen Landesorganisationen zum BUKO entsandt.

Bundesausschuß: geschäftsführendes Gremium, 15 bis 20 Mitglieder werden vom BUKO gewählt.

Bundesvorstand: Teil des Bundesausschusses, diesem verantwortlich; Vertretung nach außen.

Bei den VGÖ kam bald Kritik am Grundsatzvertrag auf, da er von vielen Mitgliedern abgelehnt wurde. Schließlich forderten die VGÖ – Vertreter im Juli 86 die Revision des Vertragswerkes. Um ein Aussteigen der "Vereinten Grünen" aus dem Einigungsprozeß zu verhindern, gestand man der Buchner – Truppe schlußendlich drei sichere Listenplätze zu.²⁶

Die extreme Konsensorientiertheit des HEK (Einstimmigkeit) führte zu langwierigen und zermürbenden Verhandlungen. Pius Strobel meinte dazu: "Furchtbar, furchtbar. Nie mehr werde ich in meinem Leben in einem Komitee mitverhandeln, wo Einstimmigkeit gefordert ist. Katastrophal (...) ich weiß nicht, wieviel Nächte meines Lebens mir das gekostet hat, irgendwo auf Einstimmigkeit hin zu verhandeln, das ist ja unglaublich. Das werde ich nie mehr machen."²⁷ Durch die überraschende Vorverlegung der Nationalratswahl in den November 1986 entstand ein enormer Zeitdruck im grünen Lager, die Einigung zustandezubringen. Von einigen Verhandlern wurde vermehrt eine Liste unter der Leitung Freda Meissner-Blaus favorisiert. Diese sagte im August 86 auch tatsächlich zu, forderte aber noch zwei fixe Listenplätze für "Bundesnotwendigkeiten". "Die Grünen und Alternativen sollten eine Blanko – Garantie für Fredas Geheimkandidaten geben."²⁸

Nachdem die NR – Wahl plötzlich vorverlegt wurde, überschlugen sich die Ereignisse im "grünen Lager". Günther Nenning und FMB erklärten das erarbeitete Konzept kurzerhand für gegenstandslos. Und der Initiativausschuß der BIP sagte eigenmächtig die für den 14.9 geplante Sitzung des HEK ab, um dafür die weitere Vorgangsweise selbst zu bestimmen. Die gemeinsame Organisation sollte mit dem ersten Bundeskongreß ins Leben gerufen werden, inhaltlich kam es zu einer Abgrenzung gegenüber der "Bewegungslinken", die aus der gemeinsamen Organisation hinausgedrängt werden sollte. So meinte etwa FMB: "Die ausgefranst Ränder werden weggelassen, wir werden auf totale Harmonisierung verzichten und dafür an Professionalität gewinnen müssen."²⁹ Die so in die Ecke gedrängte Linke war sogar bereit, sich im Kandidaturprojekt unterzuordnen. Trotzdem versuchte vor allem Peter Pilz in den Gremien die Eliminierung der "Wiener" auf demokratischem Weg zu erreichen, scheiterte aber (vorerst). Beschlissen wurde vom Leitungsgremium der BIP außerdem: Der Vorrang der Kandidatenliste vor der Organisation, das Primat der Fraktion vor der Partei

und die Gestaltung des "Hainburger Einigungskongresses" als Wahlkampfaufakt und "Jubelparteitag".

Die Kandidatur Freda Meissner-Blaus

Die zuvor schon angesprochenen Beschlüsse des Initiativausschusses der BIP wurden der Öffentlichkeit von Peter Pilz als "Empfehlung zu Händen des Hainburger Einigungskomitees"³⁰ vorgestellt. Außerdem sollte gelten: "Kommt ein Konsens nicht zustande, wird über dieselbe Materie mit Zweidrittelmehrheit entschieden."³¹ So konnte all das durchgesetzt werden, was die Linke oder die VGÖ mit ihrem Veto bislang verhinderten: Bekenntnis zu den Grundzügen der Bundesverfassung, zur Gewaltfreiheit sowie die Ablehnung totalitär(kommunistischen) Gedankengutes. Dazu kam die Benennung der Liste als "Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau", was die "Grünen" in politische Abhängigkeit zu ihrer Spitzenkandidatin brachte. Der "Hainburger Einigungskongress" sollte als Wahlkampfhöhepunkt gestaltet werden. Und auf dem Bundeskongress sollten zusätzlich die Mitglieder der Landesvorstände, des Bundesvorstandes, des Bundesausschusses, "grüne" Gemeinderäte, Landtagsabgeordnete und der grüne Parlamentsklub stimmberechtigt sein. Für Freda Meissner - Blau sollte das als sicher geltende Grundmandat in NÖ reserviert werden. Hinzu kam die Reihung an erster Stelle der Reststimmenliste des Wahlverbandes Ost. Um FMB demokratisch zu legitimatisieren, empfahlen ihre Berater, sich in NÖ zur Wahl zu stellen. Da hier aber die Linke besonders stark war, war ihre Wahl keineswegs gesichert. Durch Wiedereintritte bereits zurückgetretener Vorstandsmitglieder veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse im Vorstand der Niederösterreichischen Sammlungsbewegung zu Gunsten FMBs. Außerdem wurden Ort und Zeitpunkt der Landesversammlung verlegt, die Versammlung "geöffnet": In der Folge wurden sogar Autobusse mit FMB – Sympathisanten ("Autobusdemokratie") herangebracht, die auf der entscheidenden Versammlung die Mehrheitsverhältnisse für einen Vormittag veränderten. FMB wurde knapp auf den ersten Listenplatz gewählt, nach der Abfahrt der Busse stellten sich die alten Mehrheitsverhältnisse wieder ein.

Der "vierte Oktober"

Das selbe Verfahren sollte auch in Wien wiederholt werden (die BIP lud 5.000 Personen ein !), um die Kandidaten der "Rosagrünen" auf sichere Plätze zu wählen. Als Freda Meissner - Blau nicht nur als nominelle Listenführerin (wie in allen Wahlkreisen) gewählt werden sollte, sondern auch noch das erste Wiener Grundmandat für sich beanspruchte, setzte es für sie eine bittere Niederlage. Nach der Wahlschlappe (155 gegen 222 Stimmen für die linksalternative Komlosy) erlitt FMB einen Schwächeanfall und mußte ins Spital gebracht werden. Als Peter Pilz - er kandidierte für das zweite Grundmandat – nur auf Platz acht gewählt wurde, lehnten die "Rosagrünen" die Anerkennung der Wahl ab. Die große Mehrheit der grünalternativen Wahlbewegung und zahlreiche ihrer Repräsentanten anerkannten jedoch die demokratische Legitimität der GRAS – Versammlung vom 4. Oktober.

FMB selbst schlug sämtliche Kompromißangebote aus, und zahlreiche Grüne, die die Wahl zuerst anerkannten, schwenkten auf ihren Kurs um. Zu groß war die Angst, kurz vor der Wahl die Spitzenkandidatin zu verlieren. Schließlich wurde die AL – Linke so in eine Gegenkandidatur getrieben, die Parteispaltung durch die Nichtanerkennung einer demokratisch gewählten Kandidatenliste perfekt. Sie trat unter dem Namen "Die Grünalternativen – Demokratische Liste" (GAL –DL) an. Die Empörung über das undemokratische Verhalten der "Rosagrünen" und FMB führte auch in OÖ, NÖ und im Burgenland zum Versuch, Gegenkandidaturen aufzustellen. Diese scheiterten aber an den fehlenden Unterstützungserklärungen. Es war nur noch eine Woche Zeit für die fristgerechte Abgabe der Erklärungen geblieben.

Die Kandidatur der GAL – DL endete für die Linken in einem Desaster: nicht einmal 1% der Stimmen konnte erreicht werden. Viele der Aktivisten/innen schieden danach desillusioniert aus der Politik aus, kaum eine(r) holte den Schritt in die Grüne Alternative nach. "Diese praktizierte ihrerseits noch lange Zeit nach den Wahlen eine Aufnahmeperrre für Linke."³²

Auch Meissner Blaus Wahlergebnis war enttäuschend: nur 4,8% der Stimmen (weniger als bei der BP – Wahl) und acht Mandate konnten erreicht werden.³³

Tabelle 5:³⁴

Burgenland	4.606	2,48
Kärnten	13.699	3,78
Niederösterreich	34.111	3,59
Oberösterreich	39.604	4,87
Salzburg	15.996	5,91
Steiermark	32.592	4,08
Tirol	21.593	5,76
Vorarlberg	16.256	8,83
Wien	55.571	6,09
Österreich	234.028	4,82

Die "Grünen" im Parlament

Mit der NR – Wahl 86 und dem "Rausschmiß" der Linken war der grünalternative Parteibildungsprozeß im wesentlichen zum Abschluß gekommen. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen wurden nun zwischen Parlamentsklub ("Klub") und Parteigremien ("Partei") geführt. Auch das Programm änderte sich ab 1986. Es wurden die letzten Ansprüche aufgegeben, Alternativen zum derzeitigen "System" zu vertreten, dafür propagierte man nun Reformschritte innerhalb der bestehenden Verhältnisse.

Die Zeit vor dem ersten Bundeskongreß

Innerparteiliche Diskussionen wurden nach der NR – Wahl hauptsächlich über die Form der Organisation der Partei geführt. Der "Klub" – er profitierte von der Durchsetzung der Kandidaturvariante – vertrat dabei zentralistische Positionen, während die länderdominierte "Partei" sich für eine dezentralistische Organisationsform aussprach. Diese wurde auch von den in den Ländern verankerten Vertretern der "Grazer" Strömung unterstützt.

Am 25.11.86 traf sich die "Liste Meissner-Blau", vertreten durch Ländervertreter, der Koordinationsgruppe und den Abgeordneten zur sog. "Zukunftssitzung". In der Folge setzte sich die Auffassung durch, diese sei die verkleinerte Variante des – nie abgehaltenen – "Hainburger Einigungskongresses" gewesen. Die "Zukunftssitzung" installierte den Bundesausschuß,

den Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsführung als provisorische Gremien der Partei bis zum ersten Bundeskongreß. Unter den in die verschiedenen Gremien Gewählten befanden sich Repräsentanten aller noch vorhandenen Strömungen sowie Vertreter der VGÖ. Lediglich Günther Nennung fiel bei der Wahl zum neunköpfigen Bundesvorstand durch, und beendete damit sein Engagement in der "Liste Meissner-Blau".

Der grüne Klub im Parlament hatte von Anfang an die besseren Karten, um sich gegen die "Partei" durchzusetzen. Er war durch die im Kandidaturprojekt durchgesetzte Autonomie unabhängig von den verschiedenen Parteinstanzen. Außerdem zeigten die bürgerlichen Medien ein großes Interesse an der neuen Fraktion – die Abgeordneten waren dadurch hervorragend medial vertreten. Trotzdem gelang es dem "Klub" nur schrittweise, seine Position innerhalb der neu entstandenen Parteiorganisation auszubauen. Dies lag vor allem an den internen Querelen der bunt durcheinandergemischten Abgeordnetentruppe, die ein einheitliches Auftreten nach außen erschwerten und den "Klub" schwächten.³⁵

Das dritte organisatorische Standbein der "Grünen" war neben dem Parlamentsklub und der Partei die Grüne Bildungswerkstatt (GRÜBI). In ihr fanden von Anarchisten bis "Christen und Grüne" alle eine politische Heimat. Die GRÜBI verfügte über beträchtliche finanzielle Mittel, die man allerdings oft nach dem Gießkannenprinzip verteilte, was die Effizienz der Bildungsarbeit beeinträchtigte.

Außerdem wurde sie extrem föderalistisch aufgebaut: es existier(t)en neuen eigene Länderbüros. Die GRÜBI interpretierte ihre Rolle zunehmend als eigenständig gegenüber der Partei, was zwangsläufig zu Reibereien führte.

Vor dem Bundeskongreß wurde versucht, in allen neun Bundesländern funktionierende Landesgruppen aufzubauen, da diese ja Delegierte stellen sollten. Außer in Kärnten und in Oberösterreich gelang dies, wenn auch mit Schwierigkeiten. Denn die restlichen Vertreter der "Wiener" Strömung mußten noch aus den Landesorganisationen gedrängt werden. So wurde etwa in NÖ der Landespartei Vorstand "auf einer außerordentlichen Landesversammlung im Dezember 1986, die eher einer Geheimsitzung ausgesuchter Personen glich, ... bestellt."³⁶ In OÖ hatte man besonders schwer an der Spaltung in Folge des "vierten Oktober" zu knabbern, hier kam es gar erst im Juli 1989 zur Fusion von Grüner Alternative und Grünalternativen (die VGÖ fusionierten nicht mit). Der Landesverband der Grünen Alternative hatte bis dato lediglich 50 (!) Mitglieder. Bis zur Fusion existierte eine auf OÖ beschränkte "Einigungsbewegung". Eine eigene Landesorganisation der Grünen Alternative wurde erst später gegründet.

In Wien führte die Spaltung zu einer Halbierung der Mitgliederzahl, die Aufnahme neuer Mitglieder wurde selektiv vorgenommen, um Wiedereintritte der Wiener Linken zu verhindern.

In Vorarlberg hatte es die Grüne Alternative besonders schwer: sowohl AL, als auch VGÖ waren im Landtag vertreten. Schließlich kam es vor der Landtagswahl 1989 zur Einigung zwischen AL und Grüner Alternative, die VGÖ verweigerten sich wie bereits in OÖ der Vereinheitlichung auf Landesebene. Insgesamt hatten die meisten grünalternativen Landesorganisationen noch länger mit strukturellen und personellen Schwierigkeiten zu kämpfen, was deren politische "Schlagkraft" einschränkte.³⁷

Der erste Bundeskongreß der neuen Partei

Der erste Bundeskongreß der Grünen Alternative fand vom 13.2 bis 14.2.1987 in Klagenfurt statt. Es handelte sich dabei nicht um einen verspäteten "Hainburger Einigungskongreß", sondern um die Gründungsveranstaltung der neuen "Grünpartei". Die VGÖ nahmen nicht an der Veranstaltung teil, sie hielten ihren eigenen Kongreß parallel dazu ab. Es gab jedoch eine Reihe von Übertritten in die Grüne Alternative.

Als erstes erfolgte die Aufnahme der Landesorganisationen und deren Delegierten. Bis auf OÖ, Salzburg und die Steiermark nahmen alle Landesgruppen den Namen "Die Grüne Alternative" an. Ein Sonderfall stellte OÖ dar. Da hier vorerst keine Parteigründung erfolgte, wurde lediglich den Delegierten Mitgliedschaft zuerkannt. Außerdem wurde auch das "Zehnte Bundesland", eine stimmberechtigte Vertretung der Minderheiten, als Parteigliederung anerkannt.

Die Statuten der Partei sahen Einzelmitgliedschaft und folgende Parteiorgane vor:

Der Bundeskongreß (BUKO):

183 Delegierte der Landesverbände und des 10. Bundeslandes sowie die Nationalratsabgeordneten, die Bundesgeschäftsführung und der

Bundesvorstand sind stimmberechtigt; Oberstes Entscheidungsorgan; Kompetenzen: Finanzhoheit der Partei, Wahl des Bundesvorstandes, der Rechnungsprüfer und der Bundesgeschäftsführung; Bestätigung der Wahlliste und Abstimmung über Teilnahme an Wahlen.

Der Bundesausschuß: Als Gremium der Ländervertretung eingerichtet; Zwischen den BUKOS das oberste willensbildende Organ der Bundespartei.

Der Bundesvorstand: Acht Personen werden vom BUKO gewählt; Unvereinbarkeitsklausel: Wahl von Nationalratsabgeordneten, Landtagsabgeordneten und Gemeinderäten/innen in Orten mit über 50.000 Einwohnern nicht möglich.

Bei den Vorstellungen zur Bundesgeschäftsführung schieden sich die Geister. Die Vorschläge reichten von der Abschaffung des Amtes bis zu dessen Stärkung. Schließlich gab es einen Kompromiß: Das Amt wurde zwar eingeführt, blieb aber dem Bundesvorstand weisungsgebunden (und somit "zahnlos"). Es waren zwei Bundesgeschäftsführer/innen vorgesehen, von denen allerdings einer im Zuge der im März 1987 ausgebrochenen Finanzkrise durch die Reduktion der staatlichen Parteienfinanzierung (vorübergehend) eingespart wurde. Die Installation der dezentralistischen obersten Parteigremien führte zu einer Übergewichtung der Nationalratsabgeordneten und behinderte die Stärkung der Bundespartei. Die Grüne Alternative wurde so zu einer Partei, "die auch in ihren nationalen Gremien von Länderautonomen dominiert wurde."³⁸ Auch die angestrebte Einzelmitgliedschaft konnte sich nicht durchsetzen, schließlich wurde wieder das System der "offenen Versammlung" eingeführt.³⁹

Der Bruch mit den "Vereinten Grünen"

Bereits im Vorfeld des Klagenfurter Bundeskongresses zeichnete sich der endgültige Bruch mit den VGÖ ab. Diese pochten auf die Einhaltung der Parität aus dem BIP – VGÖ – Pakt. Doch die Grüne Alternative verstand sich gar nicht als der (Rechts)Nachfolger der BIP und wollte den VGÖ natürlich nicht ein Drittel der Mandate

Tabelle 6:⁴²

Wahlgang	Grüne Alternative		Vereinte Grüne	
GRW Salzburg 1987	6.197	(10,14)	1.983	(0,32)
LTW Wien 1987	30.713	(4,40)	5.878	(0,84)
LTW Burgenl. 1987	3.873	(2,20)	1.923	(1,09)
LTW Niederöst. 1988	23.266	(2,45)	11.328	(1,19)
GRW Graz 1988	7.074	(4,93)	1.510	(1,05)
LTW Salzburg 1989	15.171	(6,15)	4.350	(1,76)
LTW Kärnten 1989	5.976	(1,69)	5.601	(1,59)
LTW Tirol 1989	30.960	(8,26)	4.732	(1,26)
LTW Vorarlberg 1989	9.234	(5,18)	8.737	(4,90)
Nationalratsw. 1990	225.081	(4,78)	92.277	(1,96)
LTW Wien 1991	64.493	(9,11)	12.882	(1,82)
GRW Salzburg 1992	8.887	(16,5)	667	(1,24)
GRW Graz 1993	7.073	(5,26)	1.786	(1,33)
LTW Niederöst. 1993	29.589	(3,17)	11.242	(1,2)
LTW Kärnten 1994	5.554	(1,59)	1.236	(0,35)
LTW Tirol 1994	39.208	(10,68)	223	(0,06)
LTW Vorarlberg 1994	14.385	(7,76)	2.911	(1,57)
Nationalratsw. 1994	338.538	(7,31)	5.776	(0,12)

zugestehen. In der Folge verschärfte sich der Konflikt, und der VGÖ - Vorstand beschloß im Jänner 1987 eine Doppelmithgliedschaft in der Grünen Alternative und den VGÖ nicht zuzulassen. Außerdem wurde die "Abschottungspolitik" gegenüber der Grünen Alternative weiter vorangetrieben. Als die VGÖ eine gerichtliche Klage zur Annullierung der Beschlüsse des (von ihnen nicht anerkannten) Klagenfurter Bundeskongresses einreichten, war der Bruch mit der Partei vollzogen. Der Bruch mit dem Klub sollte folgen. Der VGÖ – Vorsitzende Buchner war zwar im gleichen Nationalratsklub vertreten, bekannte sich allerdings nicht zur gemeinsamen Organisation. Ihm wurde das vergleichsweise harmlose Ressort des Umweltsprechers zugeteilt. Mit ständigen Wortmeldungen in den Medien, die konträr zu den Aussagen seiner Fraktionskollegen/innen standen, und Attacken gegen "Die Grüne Alternative" sorgte er für Unmut in der Partei. Doch an einen Fraktionsausschluß dachte aus politischen Gründen niemand. Die Verärgerung wuchs hingegen, als die VGÖ ab Herbst 1987 bei sämtlichen Wahlgängen "Gegenkandidaturen" durchführte. Aus eigener Kraft hätten diese nicht mehr durchgeführt werden können, doch ÖVP und SPÖ leisteten immer wieder die nötigen Unterstützungserklärungen. Und immer wieder konnten die VGÖ – "Gegenkandidaturen" die Grüne Alternative schwächen. Bei den Gemeinderatswahlen in Wien 1987 erreichten die VGÖ 0,84%, und halfen so mit, den Einzug der Grünen Alternative in den Gemeinderat zu verhindern. Diese erreicht mit 4,4% um 0,6% zu wenig, um die 5% Hürde zu überspringen. Diese Konstellation sollte sich im Laufe der Zeit bei anderen Wahlgängen noch wiederholen, die "Gegenkandidaturen" ihr Ziel erreichen.⁴⁰ Josef Buchner wurde schließlich am 1. Dezember 1987 aus dem grünen Nationalratsklub ausgeschlossen und verblieb als wilder Parlamentarier im Nationalrat. Zuvor hatte die SPÖ eine Reform der Geschäftsordnung in Aussicht gestellt, damit die "Grün – Abgeordneten" weiterhin in Ausschüssen vertreten sein konnten und die Antragsberechtigung im Plenum nicht verfiel. Auch in der Steiermark endete die Zusammenarbeit, die Alternative Abgeordnete Kammlander trat aus dem gemeinsamen Klub aus.⁴¹

Auszug aus einem Interview mit Josef Buchner:
Sie selbst forcierten mit VGÖ – Gegenkandidaturen die Verengung der Grünbewegung:
Natürlich. Das hätte ja heißen, Aufgabe der Eigenständigkeit. Die Grüne Alternative hat die VGÖ in den Anfängen nur benutzt, um ins Parlament zu kommen. Man hat einen nützlichen Idioten gebraucht. Vom ersten Tag, an dem man drinnen war, hat diese Ausgrenzungspolitik dominiert.⁴³

“Grüner Aktionismus” und das Verhältnis zu den Autonomen

Den “Grünen” haftete seit Beginn ihrer parlamentarischen Arbeit das Image der aktionistischen Partei an. Oft genug wurden sie dafür von den Medien zurechtgewiesen. Als etwa Peter Pilz in der Neujahrsansprache von Bundespräsident Waldheim 1987 einen Appell zur Aufrüstung sah, und zur “Befehlsverweigerung” aufrief, folgte ein mediales Trommelfeuer auf den Jungparlamentarier. Dieser lernte daraus, und

bereits nach den Ausschreitungen bei der Opernballdemo im Frühjahr 1987 verhielt er sich so, wie die Medien (und die Wähler) es erwarteten. Nach der durch massives Einschreiten der Exekutive provozierten Straßenschlacht mit Jugendlichen aus dem autonomen Spektrum meinte Pilz vorsichtig: “Teile der Demonstration haben der Polizei einen medial herzeigbaren Vorwand für den Angriff gegeben.”⁴⁴ Freda Meissner-Blau forderte die Polizei auf, in Zukunft solche “Elemente”⁴⁵ zu isolieren, was in der Grünen Alternative auf heftige Kritik stieß. Teile der Partei solidarisierten sich mit den geprügelten Demonstranten. Allerdings hätte alles andere als heftige Kritik an den “Chaoten” zu einem Aufschrei in den Medien geführt, was die “Grünen” nicht riskieren wollten. “Mit ihrer unsolidarischen Kritik kündigten die Grünen den Dialog mit Bewegungssegmenten – das sind die Autonomen zweifellos – zugunsten ihrer Staatsbekenntnisse auf.”⁴⁶

Nach diesen zwei Fällen ungewollter “Aktionismen” folgten im Frühjahr 1987 die ersten beabsichtigten. Im Zusammenhang mit der Waldheim – Affäre schwang Andreas Wabl während seiner Parlamentsrede eine Hakenkreuzfahne und warf sie dann zu Boden. Ein Sturm der Entrüstung ging quer durch die bürgerlichen Medien. Und bei den “Grünen” ging die mediale “Arbeitsteilung” munter weiter. Während sich ein Teil des Klubs von Wabl distanzierte, solidarisierten sich zahlreiche Parteigliederungen mit dem steirischen Abgeordneten.

Die Schwierigkeit des Aktionismus lag darin, die eigentlichen Anliegen auch medial transportieren zu können. So wurde etwa Wabl nur als hakenkreuzfahnen-schwingender Abgeordneter präsentiert, auf seine Beweggründe gingen die Medien erst gar nicht ein.

Seitdem kam es immer wieder zu “grünem Aktionismus”, um die Medien auf bestimmte Themen aufmerksam zu machen. Auch haftete der Grünen Alternative noch lange das Stigma der aktionistischen Partei an.⁴⁷

Wahlergebnisse der Grünen Alternative seit der NR – Wahl 86

Nach der NR – Wahl setzte es für die Grüne Alternative bei den nächsten Wahlen empfindliche Niederlagen.

Landtagswahlen im Burgenland am 4.10.87:

Hier konnte der Einzug in den Landtag nicht erreicht werden. Selbst bei gemeinsamen Antreten mit den VGÖ wäre das Grün – Potential zu gering gewesen.

Gemeinderatswahlen in Salzburg am 4.10.87:

Der Grün – Anteil sank von über 17% auf 10%, da das Protestpotential der Bürgerliste durch die zunehmende Identifikation mit der Grünen Alternative abnahm.

Gemeinderatswahlen in Wien am 8.11.87:

Hier war der Einzug in den Gemeinderat erwartet worden. Doch gegenüber der NR – Wahl büßte man 25.000 Stimmen ein, und landete bei schwachen 4,4%. Eine der Ursachen für die Niederlage war der dilettantisch geführte Wahlkampf und die – durch die Ereignisse des “vierten Oktober” – schwache Aktivistenbasis. Außerdem erreichten die VGÖ 0,84% der Stimmen, und halfen so mit, den Einzug der Grünen Alternative in das Wiener Rathaus zu verhindern.

Gemeinderatswahlen in Graz am 24.1.88:

Die Alternative Liste Graz verlor ein Drittel ihrer Wähler und zwei Mandate. Sie erreichte nur noch 4,93% der Wählerstimmen.

Landtagswahlen in Niederösterreich am 16.10.88:

Mit einem “professionell” geführten oder besser gesagt von den etablierten Parteien kopierten Wahlkampf versuchten die “Grünen”, eine Trendumkehr zu erreichen. Doch es setzte mit nur 2,45% eine weitere Wahlniederlage.

Außerdem schlitterte die Partei in finanzielle Probleme. Durch die Kürzung der staatlichen Parteienfinanzierung von (fix kalkulierten) 32 Mio. Schillinge auf 23 Mio. und die bereits bestehenden 4 Mio. Schulden aus dem NR – Wahlkampf 86 wurde das politische Engagement der Bundespartei stark eingeschränkt. Bei den großen Studentenstreiks und Demonstrationen gegen Sozialabbau im Herbst 1987 gab es so gut wie keine Unterstützung durch die Grüne Alternative.

Von einer alternativen zu einer grünen Partei – erster Reformschritt

Um die strukturelle und finanzielle Krise der Partei zu bewältigen und bei den kommenden Wahlen endlich wieder Boden unter den Füßen zu bekommen, mußten Reformen eingeleitet werden. Außerdem ging es nun vermehrt darum, die alternativen und basisdemokratischen Positionen des Gründungsstatutes aufzuweichen oder ganz abzuschaffen. Vor allem die Unvereinbarkeitsklausel, die Mitgliedern des Nationalratsklubs zahlreiche Funktionen innerhalb der Partei untersagte, sollte aufgehoben werden. Die Reform der Partei dauerte insgesamt von Frühjahr 1988 bis zum Herbst 1992 und ging in zwei langgezogenen Etappen vor sich.

In der ersten Etappe konnte sich die “Partei” noch als eigenständiger Faktor neben dem “Klub” und der GRÜBI behaupten. Von den zahlreichen Reformvorschlägen wurden auf dem zweiten

Bundeskongreß in Röthelstein (13.5 bis 15.5.88) folgende Kompromisse verwirklicht:

Bundesausschuß:

Nur noch zwei Delegierte je Landesorganisation.

Bundesvorstand:

Faktische Verringerung um zwei Personen, da die Bundesgeschäftsführung (nun wieder zu zweit) bei gleichbleibender Personenzahl mit eingerechnet wurde.

Bundesgeschäftsführung:

Zwar weiterhin an den Vorstand gebunden, durfte nun die Partei auch nach außen vertreten. Sie erfuhr eine starke Ausweitung und Stärkung ihrer Kompetenzen. Zum ersten Bundesgeschäftsführer wurde Johannes Voggenhuber gewählt, er hatte die Partei nach außen zu vertreten.

Insgesamt waren nun hauptsächlich Personen in den obersten Parteigremien vertreten, die die Partei in den Medien gut vertreten konnten.⁴⁸

Die Krise des Nationalratklubs

Zur Krise der Partei kam nun auch noch die Krise des Klubs. Im November 1988 traten überraschend mehrere Mandatäre/innen zurück. Den Anfang machte dabei ausgerechnet Freda Meissner-Blau. Die Klubobfrau zog damit die Konsequenzen aus der zunehmenden Kritik an ihrem politischen Stil und dem mangelnden Vertrauen in sie im Klub. Die "Partei" und der "Klub" wurden von ihrem Rücktritt gleichermaßen überrascht – sie erfuhren davon erst aus den Medien.

Als "logischen Nachfolger" als Klubobmann präsentierte Meissner Blau den Staatsanwalt Walter Geyer. Dieser war von ihr als Quereinsteiger in die Politik geholt worden. Doch auch er warf (nur zwei Tage nach FMB) das Handtuch und legte sein Mandat zurück. Zwei Wochen später folgte auch Herbert Fux. Dieser hatte versucht, Verhandlungen mit den VGÖ zu erzwingen, andernfalls würde er zurücktreten. Er legte am 27.11.88 sein Mandat zurück. Mangels "grüner Promis" wurden die freigewordenen Nationalratsmandate durch zweitrangige Funktionäre/innen nachbesetzt. Vom Abhandenkommen grüner Galionsfiguren profitierten schließlich Andreas Wabl und Peter Pilz, die ihren Einflußbereich im grünen Parlamentsklub ausbauen konnten. Letzterer avancierte durch seine "Aufdeckerrolle" im Lucona – Untersuchungsausschuß zum Medienstar bzw. wurde zum Medienstar gemacht.⁴⁹

Die Grüne Alternative und der grüne Parlamentsklub waren sehr stark vom Wohlwollen der Medien abhängig, wobei der "Klub" medial viel besser vertreten war. Christoph Chorcherr antwortete etwa auf die Frage "Gehören die Grünen den Medien?" mit Ja, die vierte Kraft habe in Österreich die vierte Partei (mit)geschaffen.⁵⁰

Die Wahlen bis zur NR – Wahl 1990

Der "Lucona – Erfolg" hatte auch Auswirkungen auf die Landtagswahlen vom 12.3.89 in Salzburg und Tirol. In Salzburg erreichten die "Grünen" 6,1% und zwei Mandate, in Tirol gelang mit 8,14% und drei Mandaten ein überdurchschnittliches Wahlergebnis. Lediglich bei den am selben Tag stattfindenden Landtagswahlen in Kärnten wurde ein enttäuschendes Ergebnis von 1,68% erreicht. Hier war man zusammen mit der "Kärntner Einheitsliste"

in einer Wahlplattform angetreten. Die Kärntner Landesorganisation zerfiel nach den verlorenen Wahlen, weil sich viele Aktivisten der slowenischen "Einheitsliste" langsam aus der Partei zurückzogen.⁵¹

Bei den Vorarlberger Landtagswahlen am 8.10.89⁵² gelang der Grünen Alternative mit 5,18% der Einzug in den Landtag. Sie erreichte zwei Mandate. Zuvor kam es zu einer Einigung mit der Alternativen Liste (ein gemeinsamer Trägerverein wurde gegründet, die Kandidatenliste gemeinsam bestimmt), die auf eine Eigenständige Kandidatur verzichtete und eine Wahlempfehlung für die Grüne Alternative abgab. Die VGÖ mit Spitzenkandidaten Kaspanaze Simma erreichten 4,91% und scheiterten knapp.

Bei den Gemeinderatswahlen in Innsbruck am 24.9.89 erreichte die Alternativen Liste 10,63% der Wählerstimmen, vier Mandate und einen Stadtratssessel.⁵³

Die Nationalratswahlen 1990 und die folgenden Wahlergebnisse

Die Entscheidung über den Modus der Listenerstellung fiel auf zwei Bundeskongressen im Dezember 1989 und im April 1990. Beim Bundeskongreß in Gmunden vom 8.12 bis 10.12.1990 wurden Anträge eingebracht und angenommen, die die Frauenparität auf den Restmandatslisten absicherten und den Minderheitenvertretern ein Mandat garantierten. Ein weiterer Antrag scheiterte aber: es kam nicht zu der Aufstellung einer bundeseinheitlichen Reststimmenliste, sondern die beiden Wahlkreisverbände West und Ost bestimmten ihre eigenen. Profiteur einer bundeseinheitlichen Liste wäre Johannes Voggenhuber gewesen, der den vorgesehenen Platz als "Spitzenkandidat" eingenommen hätte. Er war bislang nicht abgesichert, sein Einzug in den Nationalrat noch nicht fix. Schließlich wurde die Entscheidung vertagt.

Am Folgekongreß in Goldegg vom 20.4 bis 22.4.1990 wurde im Wahlkreisverband West ein "Behindertenmandat" auf Listenplatz zwei eingeführt. Der noch sichere Platz drei hätte – laut Parität – einer Frau zukommen müssen, was die "Bundesnotwendigkeit" Johannes Voggenhuber akut gefährdet hätte. Schließlich kam es zu folgender Lösung: Voggenhuber wurde – unter Mißachtung der Parität – auf Rang drei gewählt, dafür das Minderheitenmandat an eine Frau (Therezija Stoisits) vergeben, was die Frauenparität wieder herstellte.

Zuvor war es zu einer Änderung der grünen Minderheitenpolitik gekommen. Der Einfluß der "schwarzgrünen" Vertretung der Kärntner Slowenen (Kärntner Einheitsliste) wurde sukzessive beschnitten, dafür konnten die "rosagrünen" burgenländischen Kroaten ihren Einfluß ausbauen. Auf einem "grünen Minderheitenkongreß" Anfang April 1990 wurden dann auch zwei Kroatinnen (Stoisits, Grandits) als Spitzenvertreter des "zehnten Bundeslandes" gewählt.⁵⁴

Die NR – Wahl am 7.10.90 selbst brachte für die Grüne Alternative eine herbe Enttäuschung. Die Partei erreichte nur 4,78%, sogar weniger als 1986.

Tabelle 7:⁵⁵

Burgenland	4.501	2,50
Kärnten	10.628	3,00
Niederösterreich	30.477	3,27
Oberösterreich	32.844	4,13
Salzburg	19.087	7,28
Steiermark	31.334	3,94
Tirol	23.771	6,33
Vorarlberg	9.879	5,25
Wien	62.560	7,62
Österreich	225.081	4,78

Anstatt eine(n) Spitzenkandidaten/in zu präsentieren, einigten sich die Grünen auf ein Kandidatenkollektiv: Langthaler, Voggenhuber, Petrovic und Renoldner. Der "Medienstar" Peter

Pilz war nicht vertreten. Dieses alternative Politikmodell war mit einer Medienpartei (das war/ist die Grüne Alternative zweifellos) nicht vereinbar, und mit ein Grund für die Wahlniederlage.

Auch bei den folgenden Wahlen im Burgenland, der Steiermark und in Oberösterreich gab es Wahlniederlagen für die Grüne Alternative.

Im Burgenland wurden am 23.6.1991 zwar 3,35% erreicht, der Einzug in den Landtag blieb der Grünen Alternative allerdings verwehrt.

Am 22.9.1991 folgte in der Steiermark die nächste Schlappe. Die getrennt angetretenen "Grün" – Gruppierungen flogen beide aus dem Landesparlament.

Für die Landtagswahlen in Oberösterreich boten die VGÖ eine Wahlplattform an, die Grüne Alternative lehnte nach langen internen Diskussionen jedoch ab. Auch bei dieser Landtagswahl am 6.10.1991 schlitterte die Grüne Alternative in ein Debakel: sie erreichte nur 3% der Stimmen, kaum mehr als die VGÖ mit 2,6%.⁵⁶

Die Wahlergebnisse der Grünen Alternative wiesen (weisen) ein besonders großes Ost – West – Süd – Gefälle auf. Franz Floss erklärte diesen Umstand so: "Es ist den Grünen bei allen Wahlen nie gelungen, Stimmen von der Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Grünen haben immer mehr Stimmen gewonnen aus einem bürgerlichen Lager. Das ist im Westen größer als im Osten."⁵⁷

Im Westen und in den größeren Städten erreichte die Grüne Alternative tatsächlich immer ihre besten Ergebnisse. Deshalb kam nach den Wahlniederlagen der Wiener Gemeinderatswahl eine besondere Bedeutung zu. Bei der Wahl der Spitzenkandidaten wäre es beinahe zu einer Wiederholung des "vierten Oktobers" gekommen. Die Gewerkschaftliche Einheit wollte ihren Kandidaten Schani Margulies auf den vierten Listenplatz bringen. Nachdem die erste Stichwahl gegen den von Peter Pilz favorisierten Christoph Chorherr mit 94:94 endete, konnte sich Margulies in der zweiten Stichwahl mit 97:95 durchsetzen. Pilz drohte daraufhin mit seinem Rücktritt und der Nichtanerkennung der Wahl. Christoph Chorherr schlug schließlich vor, sich an der größeren Zahl der Vorzugsstimmen bei der Wahl zu orientieren.

Die als Persönlichkeitswahlkampf für Peter Pilz geführte Gemeinderatswahl wurde am 10.11.1991 mit 9,11% gewonnen. Die Grüne Alternative

erreichte sieben Mandate und sowohl Chorherr als auch Margulies zogen in den Gemeinderat ein. Beachtlich schlugen sich auch die VGÖ: sie erreichten 1,82% der Wählerstimmen in der Bundeshauptstadt.⁵⁸

Von einer alternativen zu einer grünen Partei – zweiter Reformschritt

Nach der Wiener Gemeinderatswahl verstärkten sich die Forderungen nach einer weiteren Statutenreform. Immerhin hatte man die Wahl mit einem mediengerecht gestylten Spitzenkandidaten und nicht mit alternativen Postulaten gewonnen.

Durch die neuen Statuten aus dem Jahr 87 konnte zwar die Kommunikation zwischen "Klub", "Partei" und GRÜBI verbessert werden, eine Einheit stellten diese jedoch immer noch nicht dar. Der "Klub" war in der folgenden Auseinandersetzung bemüht, die "Partei" und die GRÜBI nach seinen politischen Ambitionen auszurichten, wogegen sich diese zur Wehr setzten.

Vor allem die Nationalratsabgeordneten sollten endlich in die Parteileitung eingebunden und die Entscheidungsabläufe zentralisiert und hierarchisiert werden, forderte Peter Pilz in seinem Positionspapier "Bitte eine Parteireform". Zusätzlich verlangte er Änderungen in sämtlichen Gremien.

Vom 29.5 bis 31.5.1992 trat in Gmunden der siebte Bundeskongress der Grünen Alternative zusammen. Die entscheidenden Anträge kamen dabei nicht von Peter Pilz, sondern von Pius Strobl, der bereits 1987 bei der Statutenreform mitwirkte. Er forderte u.a. die Umbenennung der Partei in "Die Grünen", was jedoch (noch) abgelehnt wurde.

Durchgesetzt werden konnte: der Umbau des Bundesvorstandes, die Eliminierung des Bundesausschusses zu Gunsten des Erweiterten Bundesvorstandes (EBV) und die Umgestaltung des Delegiertenschlüssels. Nationalräte, Landtagsabgeordnete und die Bundesvorstände von Partei und GRÜBI wurden nun auf dem Bundeskongress stimmberechtigt, was die Kommunikation zwischen "Klub" und "Partei" verbessern hätte sollen. Die zentrale Forderung der Statutenänderung, die Aufhebung der Unvereinbarkeit wurde vorerst nicht erreicht.

Auf dem Folgekongress in Bad Gleichenberg vom 9.10 bis 11.10.1992 wurde allerdings die restlose Streichung des Unvereinbarkeitsparagrafen mit 136 zu 64 Stimmen – erforderlich war eine 2/3 Mehrheit – erreicht. Profitieren konnte davon vor allem Peter Pilz, der neben seinen Funktionen als Wiener Gemeinderat und Klubobmann nun auch

zum Bundessprecher der Grünen Alternative gewählt wurde.

Die meisten basisdemokratischen und alternativen Ansätze waren endgültig aus den Statuten entfernt worden, die "Grünen" von einer alternativen zu einer linksliberalen Partei gewandelt. Bei einer Sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes im April 1993 wurde schließlich die Umbenennung der Grünen Alternative in "Die Grünen" vorgenommen, um der abgeschlossenen Parteibildung auch im Namen gerecht zu werden.⁵⁹

Parallel zu den strukturellen Änderungen entstand auch eine Diskussion über die Zukünftige Ausrichtung "grüner" Politik. Während Peter Pilz die Grünen zu einer "ökologisch – sozialen Volkspartei" machen wollte, vertraten andere Grüne (Voggenhuber u.a.) das Prinzip der "bewegungsorientierten Widerstandspartei". Dieser Idee lag eine Stärkung der Basis zugrunde, indem sich die Grünen vermehrt mit Aktivisten/innen und Initiativen vernetzen und sich als Oppositionspartei profilieren hätte sollen. Auch hier waren wieder die Trennlinien zwischen "Klub" (pragmatisch) und "Partei" ("fundamentalistischer") zu erkennen. Als Johannes Voggenhuber, der sich durch mangelnde integrative Fähigkeiten bei seinen Klubkollegen/innen nicht gerade beliebt gemacht hatte, zum Rücktritt als Klubobmann gezwungen wurde, sah die "Partei" darin einen Reflex auf dessen inhaltliche Positionen und solidarisierte sich mit ihm.⁶⁰

Nationalratswahlen 1994 und 1995

Im Zuge des Nationalratswahlkampfes 1994 bekam dann Peter Pilz sein Fett ab: Nachdem mit Madeleine Petrovic eine medienkompatible Spitzenkandidatin gefunden worden war, wurde er als Bundessprecher demontiert (Nachfolgerin Petrovic) und aus dem Parteivorstand entfernt.

Der Wahlkampf wurde professionell und ohne alternative Blüten geführt, um die potentiellen Wähler nicht zu verschrecken. "Die Grünen" übernahmen dabei die herkömmlichen Politikmuster, die früher von ihnen kritisiert worden waren. Auch im Wahlkampf hatten sie sich endgültig als "normale" Partei präsentiert. "Nicht fern sind die Zeiten, wo selbst Dokumente der Grünen von jenen der von ihnen ursprünglich so bezeichneten Altparteien nicht mehr zu unterscheiden sind."⁶¹

Die Nationalratswahl am 9.10.1994 brachte den Grünen einen kurzen Höhenflug auf 7% und 13 Mandate. Doch bereits bei der von der ÖVP provozierten Neuaufgabe der NR – Wahl am 17.12.1995 verloren die Grünen über 2% der Stimmen und landeten mit 4,81% nur knapp über der 4% Hürde. Sie blieben somit auch hinter dem Liberalen Forum zurück, das 5,51% der Stimmen erreichte.

Die Grünen und Ebergassing

Um sich endgültig von der Linken loszusagen bedurfte es jedoch eines Ereignisses infolge dessen die bürgerlichen Medien den Grünen jede nur erwünschte Distanzierung entlocken konnten.

Am 11. April 1995 scheiterte eine Sabotageaktion zweiter Wiener Anarchisten an der 380kV-Leitung bei Ebergassing südlich von Wien. Die beiden Anarchisten starben bei dem Versuch den

ANDERE ÜBER UNS:

«Ein linksextremistisches Untergrundblättchen»

W.Theuretsbacher, 'Kurier'

«eine linksextreme Untergrundzeitung» 'fakten', hrsg. vom 'Herz für Inländer'-Aktivisten Horst Rosenkranz

«linkslinkes Info-Blättchen»

'Aula, das freiheitliche Magazin'

«ein linksextremes und linksanarchistisches Druckwerk»

ÖVP-Klubobmann Andreas Khol
in einer Anfrage an den Bundeskanzler

«linksextremistisches Druckwerk» Oberrat Dr. Nevorat,
Staatschutz, in einem Brief an das Landesgericht Wien

Sie sind sich einig. Ihre Meinung über unsere Arbeit ist eindeutig. Und wir? Wir wollen sie nicht enttäuschen. Wer wir sind? Wir machen die **akin**. Aktuelle Informationen. Wöchentlich. Für Wien und den Rest der Welt. Von Linken für Linke. Zum Streiten und zur Aktionseinheit. Und mit extra häßlichem Druckverfahren!

akin Neugierig geworden? Dann bestell ein **akin-Gratis-Probe-Abo**. Schick uns eine Postkarte an: akin, Wipplingerstr. 23, A-1010 Wien. Oder ruf an: (0222) 535-62-00. Wenn Dir die akin gefällt, zahl per Erlagschein öS 600 auf das Konto der bewegung für sozialismus/föj (223-102-976/00, Bank Austria, BLZ 12000, Zahlungszweck: akin), und Du bekommst ein Jahr lang jede Woche (rund 35 Ausgaben) dieses beglaubigt linke Blatt — siehe obige Empfehlungsschreiben. Wenn Du nicht bezahlt, dann löschen wir Deinen Namen nach 3 Gratisnummern aus der Kartei.

Strommasten zu sprengen, der Mast blieb weitgehend erhalten.

Trotzdem setzten innerhalb kürzester Zeit eine beispiellose Medienhetze gegen die Linke ein die versuchte die gescheiterte Sachbeschädigung Gregor Thalers und Peter Koniceks mit den Morden der rechtsextremen BBA in Oberwart aufzurechnen. Jörg Haider gelang es gemeinsam mit der Kronenzeitung und fast allen anderen bürgerlichen Medien dieses Landes die beiden Saboteure zu blutrünstigen Attentätern zu machen und rückte gleich die gesamte Linke - insbesondere das TATblatt und den Revolutionsbräuhaus (RBH) in dasselbe Terror-Eck in das zuvor Thaler und Konicek gerückt wurden.

Waren erst einmal das TATblatt und die ganze autonome und außerparlamentarische Linke zu in der Öffentlichkeit Terroristen gemacht worden fiel es natürlich auch nicht schwer die Grünen in das selbe Eck zu stellen. Anstatt der Hetze von Jörg Haider, Andreas Kohl, Kronenzeitung und co. offensiv entgegenzutreten reagierten die Grünen jedoch nicht nur mit panischen Distanzierungsversuchen von allem was links ist, sondern hätten Teile dieser Linken am liebsten gleich der Staatsmacht ausgeliefert.

Stefan Schennach - der Pressesprecher der Grünen - schrieb in der damaligen bundesweiten Parteizeitung "Online" unter dem Kürzel "SteSche": Ebergassing, TATblatt und Co sind ein Fall für die Sicherheitsbehörden.⁶² Die Auslieferungsgelüste Stefan Schennachs riefen zwar heftige Kritik des - damals noch stärker vorhandenen linken Parteiflügels hervor, der Pressesprecher blieb aber bis heute in Amt und Würden.

Anstatt Stefan Schennach in die Wüste zu schicken hätte dieses Schicksal beinahe die Wiener Landesgruppe der Grünalternativen Jugend (GAJ) getroffen. Insbesondere der damalige Wiener Clubobmann der Grünen - der Ex-Trotzkist Peter Pilz - erpresste die Wiener Landesorganisation der GAJ sich öffentlich von jeder Gewalt und Sachbeschädigung sowie der "gewaltbereiten Linken Szene" zu distanzieren, eine Erpressung der sich nach heftigen internen Debatten die Wiener GAJ auch weitgehend beugte. Das TATblatt - das kurz zuvor die Adresse eines Lokals der GAJ im 10. Bezirk als ihren Vereinssitz benutzen durfte - mußte die Adresse wieder hergeben.

Eine wichtige Kraftprobe zwischen jenen die die Grünen mediengerecht stylen und verwendbar machen wollen und jenen denen es um fortschrittliche Inhalte und eine Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen ging wurde von der Innergrünen Linken verloren. Die Partei wurde noch abhängiger von den Vorgaben der bürgerlichen Presse und den Hetzen von Kronenzeitung; FPÖ und ÖVP.

Von Chorcherr zu Van der Bellen

Nach der Wahlniederlage der Grünen bei der Nationalratswahl im Dezember 1995 setzte die innerparteiliche Demontage des ehemaligen Shooting-Stars, der Pilz-Nachfolgerin, Madeleine Petrovic ein. Anstatt ein Zeichen in Richtung einer grundsätzlichen Kritik am kapitalistischen Ausbeutungssystem zu setzen wurde ausgerechnet einer der wichtigsten Exponenten des neoliberalen Wirtschafts-Flügels der Partei, der Wiener Gemeinderat und Waldorfschulen-Lehrer Christopf Chorcherr zum neuen Bundessprecher gewählt. Bereits im Vorfeld wurde der Kandidat in einem Ausmaß medial in Szene gesetzt, daß sich nur ein einziger chancenloser Gegenkandidat aus Tirol fand der es überhaupt wagte gegen Chorcherr anzutreten. Der erhoffte neue Star am Grünen Polithimmel entpuppte sich jedoch bald als unfähig die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Weder konnte er den Grünen den erhofften Öffentlichkeitseffekt beschereen, noch die in persönliche und politische Intrigen verstrickte Partei wieder zu einem gemeinsamen Politischen Projekt machen.

Ganz im Gegenteil. Mit seinem pointiert neoliberalen Yuppitum konnte sich Chorcherr nur wenige Monate über den von ihm inszenierten Abschuß seines langjährigen politischen Mentors Peter Pilz retten.

Der Programmkongreß der Grünen im Herbst 1997 - bei dem Chorcherr mit allzu militärismusfreundlichen Programmforderungen am Dogma grüner Gewaltlosigkeit scheiterte - gab für Christoph Chorcherr letztlich den Ausschlag: das Handtuch zu werfen. Nicht einmal zwei Jahre nach der Wahl Chorcherrs hatten die Grünen die nächste "Obmanndebatte". Anstatt über inhaltliche Fragen zu debattieren und die politische Ausrichtung zu hinterfragen wurde jedoch gleich weitergemacht wie gehabt.

Karl Öllinger - der sich ursprünglich gerne als Kandidat der Partei-Rest-Linken ins Rennen geworfen hätte - wurde von der Parteispitze zu einem Kuhhandel überredet der ihm einen Sitz im Bundesparteivorstand und mehr Einfluß in der Partei zusicherte, als Gegenleistung aber den

Verzicht auf eine Kandidatur beinhaltete. Wiederum konnte so mit Alexander Van der Bellen im Vorfeld ein siegessicherer Kandidat medial installiert werden. Diesmal wagte überhaupt keinE GrüneR mehr die Gegenkandidatur. Auch die Reste des sich immer wieder als "Linken Flügel" darstellenden Teile der Wiener Grünen, der GAJ oder GRAS oder BasisaktivistInnen aus den Bundesländern stellten keineN KandidatIn gegen den liberalen Wirtschaftsprofessor auf.

In der STANDARD-Ausgabe vom 24./25. Jänner 1998 stellte der neugewählte Bundessprecher Van der Bellen auch gleich klar, daß er mit Hilfe eines "Dialogs mit der Wirtschaft" "für gegenseitiges Verständnis werben" wolle.⁶³

Das Grüne Dilemma

In der EU-Frage gelang es den Grünen nicht, eine einheitliche Position zu finden. Während Johannes Voggenhuber vehement gegen den Beitritt zur Europäischen Union opponierte, sprach sich Monika Langthaler ebenso deutlich für den Beitritt aus. Bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 stimmten 66,58 % für eine Teilnahme Österreichs an der EU. Bei den Wahlen zum Europaparlament am 13. Oktober 1996 erhielten die Grünen 6,76 % der Stimmen und lagen somit wieder deutlich vor dem Liberalen Forum, das 4,2 % erreichte.

Anton Pelinka analysiert die derzeitige Situation der Grünen folgendermaßen: "Damit ist den Grünen ein Dilemma zugewachsen, das der Preis dieser Normalisierung ist: eine gewisse inhaltliche Unschärfe, weil die Grünen es nun unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen recht machen müssen - siehe EU; eine stärkere Betonung von Form und Stil gegenüber Substanz und Programm, weil die Grünen mit anderen Parteien um dieselben Wähler/innen kämpfen - siehe Wahlkämpfe 1994 und 1995."⁶⁴

Wer von den Grünen damit noch linke Politik erwartet wird wohl auch weiter enttäuscht werden.

Daniel Bundschuh

Literaturverzeichnis

Baschnegger, H. u.a.: Die Kälte des Dezember. Der illustrierte Pressespiegel zu Hainburg. Eigenverlag, Druckerei ALWA, Wien (o. J.).

Dachs, Herbert: Grünalternative Parteien. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3. Auflage, Wien 1997, S. 304-314.

Die Grünen (Die Grüne Alternative) (Hg.): 10 Jahre Grüne Bildungswerkstatt. Wien 1996.

Die Grünen/ Die Grüne Alternative/ Der Grüne Klub im Parlament/ Die Grüne Bildungswerkstatt (Hg.): Allzu Hohes Haus. Zehn Jahre Grüner Klub im Parlament. Materialien - Fotografien - Dokumente. Wien (1996).

Grasl, Alexandra: "Nicht unter die Tuchent der Grünalternativen." Interview mit Josef Buchner, in: Online, 2. Jg., Nr. 9, 1996, S. 8.

Lind, Karl (Hg.): Nur kein Rhabarber!. Auseinandersetzungen mit Grüner Politik in Österreich, Wien 1988

Meissner-Blau, Freda: Hat Hainburg die Republik verändert? In: Rainer, Herbert/ Monjencs, Ingrid (Hg.): Hainburg 5 Jahre danach. 1. Auflage, Wien 1989, S. 53-59.

Pelinka, Anton: Das Grüne Dilemma, in: Online, 2. Jg., Nr. 9, 1996, S. 10-11.

Schandl, Franz/ Schattauer, Gerhard: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. 1. Auflage, Wien 1996.

Anmerkungen

¹ Die Grünen in Stichworten. Informationsblatt "Die Grünen – Grüne Alternative Vorarlberg", Frühjahr 1998.

² Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 122.

³ Die Einteilung in drei Phasen sind dem Werk von Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, entlehnt. In der Struktur meiner gesamten Arbeit folge ich im Wesentlichen den Ausführungen von Schandl und Schattauer.

⁴ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 123 f.

⁵ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 120.

⁶ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 128.

⁷ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 129 f.

⁸ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 135.

⁹ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 137 ff.

¹⁰ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 140 f.

¹¹ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 147.

¹² Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 153 ff.

¹³ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 158 – 164.

¹⁴ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 163.

¹⁵ Meissner-Blau, Hat Hainburg die Republik verändert?, S. 57.

¹⁶ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 174.

¹⁷ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 165 – 174.

¹⁸ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 173. Wien und Vorarlberg hatten die höchsten Werte, Kärnten den niedrigsten Wert.

¹⁹ Dachs, Grünalternative Parteien, S. 307.

²⁰ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 181.

²¹ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 177 ff.

²² Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 183.

²³ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 186 ff.

²⁴ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 190 ff.

²⁵ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 195.

²⁶ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 196 – 202.

²⁷ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 204.

²⁸ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 204.

²⁹ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 206.

³⁰ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 207.

³¹ Ebenda.

³² Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 214.

³³ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 209 – 215.

³⁴ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 215.

³⁵ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 216 – 224.

³⁶ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 227.

³⁷ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 227 – 230.

³⁸ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 233.

³⁹ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 230 – 234.

⁴⁰ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 250 – 253.

⁴¹ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 254.

⁴² Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 253.

⁴³ Grasl, "Nicht unter die Tuchent der Grünalternativen", S. 8.

⁴⁴ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 241.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 243.

⁴⁷ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 239 – 246.

⁴⁸ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 265 – 270.

⁴⁹ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 270 – 279.

⁵⁰ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 279.

⁵¹ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 291.

⁵² Die Grünen u.a. (Hg.): Allzu Hohes Haus, S. 24.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 285 – 289.

⁵⁵ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 290.

⁵⁶ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 291ff.

⁵⁷ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 294.

⁵⁸ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 295ff.

⁵⁹ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 297 – 304.

⁶⁰ Vgl. Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 307 – 312.

⁶¹ Schandl/Schattauer, Die Grünen in Österreich, S. 317.

⁶² Stefan Schennach, in ONLINE Nr.2 Mai 1995

⁶³ in: Der Standard, Nr 2771, 2. / 25. Jänner 1998, Seite 5

⁶⁴ Schandl/Schattauer, Die Grünen Österreichs, S. 317.

⁶⁵ Pelinka, Das Grüne Dilemma, S.11.

Streifzüge

4/97:

Stephan Grigat: Zur Kritik des Fetischismus

Karl Reitter: Kapital und Fetischismus

Franz Schandl: Thesen zu Klasse und Klassenkampf

u. a.

1/98:

Erich Ribolits: Wider die Überhöhung der Arbeit

Franz Schandl: Feierabend der Arbeit

Stephan Grigat: Kritik der Nation

Gerhard Scheit: Einerlei - Zum Schwarzbuch

u. a.

2/98:

Franz Schandl: Kreislauf der Ignoranz

Alex Gruber: Totale Vergleichbarkeit

Robert Kurz: Metaphysik der Arbeit

Maria Wöllingseder: Esoterik und die Linke

Stephan Grigat: Pathologie des Marxismus

u. a.

3/98:

Franz Schandl: Jagt die Spekulanten! Schlagt sie tot!

Peter Schuck: Theorie und Praxis

Norbert Trenkle: Was ist der Wert? Was soll die Krise?

Stephan Grigat: Antinationale Kritik und utopischer Positivismus

u. a.

25.- ÖS/ 5.- DM, Jahresabo 100.- ÖS/ 20.- DM

Kritischer Kreis, P.S.K., Nr. 93038948, BLZ 60000

Kritischer Kreis, Margaretenstraße 71-73/23, A - 1050 Wien

Gründungserklärung der Ökologischen Linken (ÖKOLI)

Nach längeren Vorbereitungen gibt es nun auch in Österreich eine "Ökologische Linke" ÖKOLI, die ab Dezember 1998 ihre Zeitschrift radiX herausgibt. Mit dieser Zeitschrift wollen wir ein breites Spektrum an InteressentInnen ansprechen und über einen engen "Szenekreis" hinauskommen.

Da Ökologie für uns eng mit politischen und ökonomischen Fragen zusammenhängt wollen wir keine "linke Ökoorganisation" sein, sondern einen gesamtpolitischen Anspruch erheben. Unseren LeserInnen wollen wir insbesondere die Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung und Kapitalismus vor Augen führen. Daraus ergibt sich eine eindeutig antikapitalistische Ausrichtung unserer Politik, was uns deutlich von den Grünen unterscheidet. Statt des bestehenden Kapitalismus streben wir einen antistaatlichen, herrschaftslosen Sozialismus an in dem die Menschen ihre Bedürfnisse selbstständig regeln können.

In unserer politischen Arbeit wollen wir Theorie und Praxis miteinander verbinden.

Wir sehen uns dabei ganz in der Tradition der kulturellen Moderne und Aufklärung und vertreten damit ein sekulares, rationales Weltbild. Mit vormodernem

Naturromantizismus oder Esoterik-Wahn verbindet sich unser Ökologiebegriff keinesfalls. Unser Ökologiebegriff geht von der Notwendigkeit der langfristigen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit aus und nicht von einer Flucht der Menschen zu einer "Beseelten Natur" im esoterischen Sinne oder anderen romantischen Schwärmereien.

Obwohl wir als antinationale Gruppierung gegen jedes Konstrukt von "Volk" oder "Nation" auftreten, gilt unsere internationale Solidarität all jenen Menschen die auch sonstwo auf dieser Erde für wirkliche Befreiung kämpfen. Darin sehen wir keinen Widerspruch zu unserer antinationalen Haltung. "Nationale Befreiungsbewegungen" können so aber sicher nur unsere kritische Solidarität erwarten, Gruppierungen die im Namen der Befreiung Kriegsverbrechen an Zivilbevölkerung oder anderen Linken begehen oder einen verantwortungslosen Nationalismus predigen sicher gar keine.

Natürlich treten wir - wie hoffentlich die meisten Linken - gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und jede Staatsgewalt auf.

Ökologische Linke (Ö)
Schottengasse 3a/1/4/59
1010 Wien
e-mail: oekoli@swi.ml.org

Ökologische Linke Wien
(siehe oben)

Ökologische Linke Vorarlberg
Postfach 73
6800 Feldkirch

Ökologische Linke (BRD)
c/o. Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
60318 Frankfurt/Main
Tel.: 0049/69/599270

Inhalt:

Editorial, Impressum.....	2
Schwerpunkt EU.....	3
Die Festung Europa schließt ihre Pforten.....	3
EU-Umweltpolitik in der Sackgasse?.....	6
Verkehrte Verkehrspolitik.....	8
Tropisches und Nichttropisches Europa.....	9
Armes und Reiches Europa.....	10
Über sieben Richtlinien zur Gleichberechtigung.....	12
Das Ende des Lomé Abkommens.....	18
MAI.....	20
Asyl für Dogan Ipek.....	21
Helmut Schmidt ist zurück.....	22
TierRECHTSbewegung.....	23
Kurzmeldungen.....	28
Mumia Abu-Jamal.....	30
GrünBlauBraun.....	32
Nicht mehr Grün hinter den Ohren.....	33
ÖKOLI-Gründungserklärung.....	48

Ich möchte ein Abo der radiX und lege ÖS.
100.- (SFr. 25.-/ DM 30.-) für 4 Nummer bei.

Ich habe noch ein wenig Kohle für Eure
politische Arbeit und lege zusätzlich eine
Spende bei.

Ich interessiere mich für eine Mitarbeit bei
Euch. Setzt Euch mit mir in Verbindung.

Meine Adresse:

Einsenden an: Ökologische Linke, Schottengasse
3a/1/4/59, 1010 Wien